

Wenzel, Sylvia

Untersuchung über die Motive und Erwartungen von Eltern,
deren Kinder ihre weiterführende Schulausbildung an
einem Gymnasium in freier Trägerschaft absolvieren

Eine Analyse am Freien Gymnasium Penig
als Schule in freier Trägerschaft und
ein Überblick über die Geschichte des Schulwesens
in den Freistaaten Bayern und Sachsen

DIPLOMARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fachbereich

Wirtschaftswissenschaften

Mittweida, 2009

Wenzel, Sylvia

Untersuchung über die Motive und Erwartungen von Eltern,
deren Kinder ihre weiterführende Schulausbildung an
einem Gymnasium in freier Trägerschaft absolvieren

Eine Analyse am Freien Gymnasium Penig
als Schule in freier Trägerschaft und
ein Überblick über die Geschichte des Schulwesens
in den Freistaaten Bayern und Sachsen

eingereicht als

DIPLOMARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fachbereich

Wirtschaftswissenschaften

Penig, 2009

Erstprüfer: Frau Prof. Dr. rer. pol. Ulla Meister

Zweitprüfer: Herr Armin Frei

vorgelegte Arbeit wurde verteidigt am:

Bibliographische Beschreibung:

Wenzel, Sylvia:

Untersuchung über die Motive und Erwartungen von Eltern, deren Kinder ihre weiterführende Schulausbildung an einem Gymnasium in freier Trägerschaft absolvieren - Eine Analyse am Freien Gymnasium Penig als Schule in freier Trägerschaft und ein Überblick über die Geschichte des Schulwesens in den Freistaaten Bayern und Sachsen.- 2009. – 126 S.

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Diplomarbeit, 2009

Referat:

Ziel der Diplomarbeit ist es, die Beweggründe und Erwartungen von Eltern zu finden, deren Kinder das Freie Gymnasium Penig als weiterführende Schule besuchen und daraus für das Gymnasium Maßnahmen zur Verbesserung bzw. Bereicherung des Schulkonzeptes abzuleiten. Es wird zunächst ein Einblick in die Geschichte von Schule in den Freistaaten Bayern und Sachsens aufgezeigt, um die Entwicklung des Schulwesens in Deutschland aufzuzeigen. Es folgt die Vorstellung der bekannten Privatschulen nach der Waldorfpädagogik und der Montessori-Pädagogik. Danach erfolgt die Auswertung der durchgeführten Befragungen am Freien Gymnasium Penig und dem Johann-Mathesius-Gymnasium in Rochlitz und die Präsentation der Schulkonzepte der beiden Schulen. Zum Schluss erfolgen die Vorschläge zur Effektivitätssteigerung des Freien Gymnasium Penig resultierend aus den Ergebnissen der Erhebung.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	V
0. Einleitung	1
1. Ein Überblick über die geschichtliche Entwicklung von Schule	2
1.1. Die Zeit der Griechen	2
1.2. Die Zeit der Römer	3
1.3. Das frühe Mittelalter	3
1.4. Die Zeit des hohen Mittelalters	4
1.5. Die Zeit des Renaissancehumanismus 1450-1550	6
1.6. Die Zeit der Aufklärung und das 19. Jahrhundert	9
1.7. Die Zeit des 20. Jahrhunderts - Die Weimarer Republik	13
1.8. Die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland	15
1.9. Die Zeit nach 1945 – Gründung der Bundesrepublik Deutschland	17
2. Das Bildungswesen des Freistaates Bayern 1945-1990	20
2.1. Vorbemerkungen	20
2.2. Die Zeit des Wiederaufbaus in Bayern von 1945-1949	21
2.2.1. Das US-Erziehungsprogramm und dessen Abwehr in Bayern	26
2.3. Die Entwicklung des Schulwesens von 1950 – 1964	30
2.3.1. Der Amtswechsel im Kultusministerium und die Kultusministerkonferenz	30
2.4. Die Schulen in Bayern 1950-1964	34
2.4.1. Das Volksschulwesen	34
2.4.2. Das Mittelschulwesen	35
2.4.3. Das höhere Schulwesen	36
2.5. Das Bayerische Bildungswesen 1964-1970	38
2.5.1. Das Hamburger Abkommen von 1964	38
2.5.2. Das Volksschulwesen	39
2.5.3. Das Realschulwesen	40
2.5.4. Das höhere Schulwesen	41
2.6. Das Bayerische Bildungswesen 1970 – 1990	42
2.6.1. Der Wechsel an der Spitze im Kultusministerium 1970	42
2.6.2. Das Volksschulwesen	43

2.6.3.	Das Realschulwesen	44
2.6.4.	Das höhere Schulwesen und die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe 1972	45
3.	Das Bildungswesen des Freistaates Sachsen 1990-2009.....	49
3.1.	Der Aufbau eines neuen Schulsystems in Sachsen nach der Wiedervereinigung 1989/90	49
3.2.	Das heutige Schulsystem des Freistaates Sachsen	53
3.2.1.	Die Grundschule	53
3.2.2.	Die Mittelschule	55
3.2.3.	Das allgemein bildende Gymnasium.....	57
4.	Privatschulen in der Bundesrepublik Deutschland.....	64
4.1.	Rechtliche Grundlagen	64
4.2.	Die Montessorischulen und ihre pädagogischen Grundsätze.....	66
4.3.	Die Waldorfschulen und ihre Pädagogik nach Rudolf Steiner	70
4.4.	Motive und Erwartungen der Eltern an private Schulen	74
5.	Untersuchung über die Motive und Erwartungen von Eltern, deren Kinder das Freie Gymnasium Penig besuchen	79
5.1.	Das Freie Gymnasium Penig.....	79
5.2.	Das Johann-Mathesius-Gymnasium in Rochlitz	84
5.3.	Die Befragungen am Freien Gymnasium Penig und dem Johann-Mathesius- Gymnasium Rochlitz.....	85
5.3.1.	Die Auswertung der Befragung am Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz	85
5.3.2.	Die Auswertung der Befragung am Freien Gymnasium Penig.....	92
5.3.3.	Vergleich und Beurteilung der Auswertungen der beiden Schulen.....	100
5.4.	Empfehlungen für das Freie Gymnasium Penig resultierend aus den Ergebnissen der Befragung	104
5.4.1.	Spanisch als zweite Fremdsprache.....	105
5.4.2.	Das soziale Praktikum	107
5.4.3.	Das Stärken der Zusammenarbeit mit Unternehmen.....	108
5.4.4.	Die außerschulischen Angebote.....	109
5.4.5.	Projektunterricht als Unterrichtsfach	110
5.4.6.	Abschließende Bemerkungen	112
	Anlagen	IV
	Literaturverzeichnis	VII

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Die septem artes liberales.....	7
Abbildung 2 Aufbau der höheren Schulen in protestantischen Ländern des 17. Jh.	7
Abbildung 3 das dreigegliederte Schulsystem Deutschlands	12
Abbildung 4 Auszug aus der Verfassung der Weimarer Republik von 1919	14
Abbildung 5 Gesetz über den Neuaufbau des Reiches, 1934	16
Abbildung 6 Auszüge aus der Artikelserien von Georg Picht.....	18
Abbildung 7 Auszug aus der Verfassung der DDR	20
Abbildung 8 Auszüge aus der Landesverfassung des Freistaates Bayern 1946.....	24
Abbildung 9 Schulreformplan vom 31.01.1948	27
Abbildung 10 Gymnasiumsformen in Bayern ab 1965.....	37
Abbildung 11 Ergebnisse Volksentscheid 1968.....	39
Abbildung 12 Schülerzahlen Realschulen in Bayern	41
Abbildung 13 Entwicklung der Schülerzahlen an Realschulen 1965 -2007	45
Abbildung 14 Auswahlregeln für individuelle Kursprogramme.....	46
Abbildung 15 die vier Ebenen des gymnasialen Bildungsganges.....	48
Abbildung 16 Entwicklung Schüler- und Klassenzahlen am Gymnasium seit 1970	48
Abbildung 17 GG Art. 23.....	49
Abbildung 18 Bevölkerungsentwicklung Freistaat Sachsen ab 1990.....	50
Abbildung 19 Datierungen der Schulgesetze in den neuen Bundesländern.....	51
Abbildung 20 Übersicht über die Fächer in der gymnasialen Oberstufe.....	59
Abbildung 21 Schema der Leistungsbewertung.....	60
Abbildung 22 Jahrgangsprofile Landesgymnasium St. Afra zu Meißen.....	63
Abbildung 23 Grundgesetz der BRD Artikel 7	64
Abbildung 24 Die während der Kindeserziehung zu berücksichtigende Zyklen.....	71
Abbildung 25 Anteile der Privatschüler an Schülern gesamt 2007	75
Abbildung 26 Entwicklung der Schülerzahlen am Freien Gymnasium Penig	80
Abbildung 27 Entwicklung Anzahl der Lehrer am Freien Gymnasium Penig.....	81
Abbildung 28 Entwicklung der schulpflichtigen Bevölkerung im Freistaat Sachsen ...	105
Abbildung 29 Angebot Spanisch als zweite Fremdsprache	105
Abbildung 30 Schüler im Fremdsprachenunterricht an allgemeinbildenden Schulen .	106

Abkürzungsverzeichnis

GB/BHE	- Gesamtdeutscher Block/ Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
HJ	- Hitlerjugend
idF	- in der Fassung
i.d.R.	- in der Regel
Jgst	- Jahrgangsstufe
KMK	- Kultusministerkonferenz
Phil.-Theol-	- Philosophisch-Theologische
SJ	- Schuljahr
v.	- von

Theorie-Teil

0. Einleitung

„Jeder achte Schüler in Sachsen lernt an einer der 340 Schulen in freier Trägerschaft“¹. So lautet die Überschrift einer Pressemitteilung des Statistischen Landesamts des Freistaates Sachsen. Die Schülerzahl erhöhte sich im Schuljahr 2007/08 „...an den allgemein bildenden Schulen und Schulen des zweiten Bildungsweges gegenüber dem [Schuljahr 2006/07] um 12 Prozent.“²

Als freie Mitarbeiterin einer Schule in freier Trägerschaft kann ich den Zuwachs der Schülerzahlen, ja sogar eine auffällig starke Zunahme an Anmeldungen beobachten. Trotz schwieriger wirtschaftlicher Zeiten ist es erstaunlich, dass Eltern bereit sind zusätzliche finanzielle Aufwendungen zu bringen, damit ihre Kinder eine Schule in freier Trägerschaft besuchen können.

Es stellte sich mir die Frage, was veranlasst Eltern ihre Kinder an einer Privatschule anzumelden, welche Erwartungen und Hoffnungen verbinden sie mit dem Schulbesuch ihres Kindes an einer freien Schule und ist die Schule in der Lage diese Erwartungen auch zu erfüllen. Wieso trauen immer weniger Erziehungsberechtigte den öffentlichen Schulen zu, ihren Kindern eine ausreichende schulische Bildung zu gewährleisten. Und welchen Nutzen kann die Schule in freier Trägerschaft aus den Erwartungen der Eltern ziehen.

Gemeinsam mit der Schulleitung des Freien Gymnasium Penig versuchte ich mittels Fragebögen die Ursachen für den erwähnten Trend zu finden und sie so gewinnbringend für die Zukunft des Freien Gymnasium Penig einzusetzen.

Ich musste mir jedoch eingestehen, dass ich kaum Kenntnisse in schulischer Verwaltung und wenig Einblick in unser Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland hatte. Welche Unterschiede gibt es eigentlich zwischen den öffentlichen und privaten Schulen? Welche rechtlichen Grundlagen liegen unserem Schulsystem zu Grunde und woraus entwickelte sich das heutige Schulsystem?

Die in den Medien regelmäßig auftauchenden Schlagwörter PISA-Studie und IGLU-Studie bescheinigen unserem allgemein bildenden Schulsystem schlechte Noten und seinen Schülern keinen guten Start ins Berufsleben. Vielleicht schon ein Motiv, warum Eltern immer mehr von öffentlichen Schulen Abstand nehmen?

¹ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, v. 02.04.2008 , Pressemitteilung

² Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, v. 02.04.2008 , Pressemitteilung

In meiner theoretischen Abhandlung möchte ich die Entwicklung des Schulsystems der BRD nach 1945 aufzeigen. Da sich das Freie Gymnasium Penig und das Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz, worauf sich die Ergebnisse der Untersuchungen in dieser Diplomarbeit stützen, im Freistaat Sachsen liegen, kann die Entstehung des Bildungswesens nach 1945 in der BRD erst mit der Wendezeit 1989/90 aufgezeigt werden. Da sich aber die Ergebnisse in den PISA-Studien der Schüler des Freistaates Sachsen, mit denen der Schüler des Freistaates Bayern weitestgehend ähneln, werde ich die Entwicklung des bayerischen Bildungswesens zwischen 1945-1990 aufzeigen.

Zusätzlich zum geschichtlichen Hintergrund des Schulsystems möchte ich auch auf die wohl bekanntesten Arten von Privatschulen, den Montessorischulen und den Waldorfschulen sowie auf das Konzept des Freien Gymnasium Penig näher eingehen.

1. Ein Überblick über die geschichtliche Entwicklung von Schule

1.1. Die Zeit der Griechen

Will man die Geschichte der Schule und der Schulpflicht von ihren Anfängen an historisch betrachten, so muss man bis in die zweite Hälfte des 5. Jahrhunderts zurückgehen. Es sind die Griechen, die als Erfinder des modernen Unterrichts gelten.

Man spricht von zwei verschiedenen Unterrichtsmethoden. Die der sog. Sophisten und die Methode des Sokrates. Die Sophisten, „... eine Gruppe von umherziehenden Intellektuellen ...“³, versuchte gegen Bezahlung den jungen Leuten eine „...universale Bildung zu vermitteln und [...] die Kunst der Beredsamkeit zu lehren.“⁴

Sokrates und seine Schüler hingegen vertraten die Ansicht, dass nur das dem Lernenden vermittelt werden kann, was er von sich aus erkennen kann. Man lernte „... durch geschicktes Fragen des Lehrers [indem] die Antworten gewissermaßen in sich selbst bzw. in der Sache selbst entdeckt ...“⁵ wurden. Der zu Zeiten der Griechen entwickelte Lehrplan, die sog. enkyklios paideia, umfasste neben Lesen und Schreiben, Kenntnissen in der Dialektik, der Kunst des Diskutierens, Arithmetik, Geometrie, Astronomie und der Musiktheorie, das wohl wichtigste Fach für die Griechen: die Rhetorik. Für einen jungen Griechen war es der Höhepunkt seiner höheren Bildung am sog. gymnasion, welches er zwischen seinem 14. und 18 Lebensjahr besuchte.

Diese Ausbildung war jedoch nur besseren Familien vorbehalten. Wer zum Kreise der Gebildeten gehören wollte, musste der griechischen Sprache mächtig sein und ein gymnasion besucht haben.

³ Konrad, 2007, Seite 16

⁴ Konrad, 2007, Seite 16

⁵ Konrad, 2007, Seite 16

War es anfangs nur der männlichen Bevölkerung möglich eine höhere Bildung an einem gymnasium zu erhalten, erhielt mit der hellenistischen Zeit⁶ auch die weiblichen Bevölkerung Zugang zum gymnasium.

1.2. Die Zeit der Römer

Der Ausbau des einfachen Bildungswesens der Römer erfolgte, als die östlichen Mittelmeerräume, darunter auch Griechenland, zum Imperatorium Romanum zählten. Die Römer begannen ihre Kinder zuerst in den Provinzen auf ein gymnasium zu schicken. Anfangs noch in griechischer Sprache, später in lateinischer Sprache. Der bei den Griechen herrschende Lehrplan, die enkyklios paideia, wurde auch für die privaten Grammatikschulen im Lande übernommen. Der Besuch der Elementarschule stand beiden Geschlechtern offen, solange es sich Eltern leisten konnten. Jungen und Mädchen konnten ab ihrem 11. bzw. 12. Lebensjahr die Grammatikschulen besuchen. Privatunterricht war jedoch üblich. Bis Kaiser Theodosius 395 n. Chr. den Privatunterricht verbot⁷. Die Geburtsstunde des Staatselementarschulwesens, da der Lehrer im römischen Reich nun aus staatlichen Mitteln bezahlt wurde.

Im 6. Jahrhundert verfiel das römische Reich und damit auch sein Schul- und Bildungswesen. Es war die Zeit als das Christentum gerade Staatsreligion geworden war und so ist es nicht verwunderlich, dass es am Ende des römischen Reiches ausschließlich den Christen vorbehalten war, zu unterrichten. Unter den Christen verschwand das Schulwesen fast vollständig, da sich herausstellte, dass das Christentum zur Vermittlung seines Glaubens keine Schulen brauchte. Elementare Bildung wurde wieder Aufgabe der Familien.

1.3. Das frühe Mittelalter

Mit dem Verbot aller nichtchristlichen Bildung von Kaiser Justinian und der Auflösung der Akademie Platons in Athen existierte eine höhere Ausbildungsmöglichkeit nur im privaten Bereich. Durch sog. Grammatik- und Rhetoriklehrer in den größeren Städten des Landes konnte höhere Bildung überleben.

Viele Anhänger der Lehre der artes liberales⁸, waren jedoch der Meinung, dass man sich nicht nur auf den Glauben verlassen sollte. Man sollte die artes begreifen „... und damit die Inhalte des neuen Glaubens wissenschaftlich begründen [...] können.“⁹

Selbst einflussreiche Theologen forderten das Studium der artes, um den Glauben zu festigen. Nach anfänglichem Zögern und Skepsis unter führenden Theologen konnte sich die Lehre der artes in den Dom- und Klosterschulen durchsetzen.

⁶ 3. und 2. Jahrhundert vor Christus, klassische Zeit des Absolutismus der hellenistischen Könige

⁷ Konrad, 2007, Seite 22

⁸ Gruppe im röm. Reich, die sich der Lehre der sieben freien Künste zuwandte. Diese Studienfächer stellten die einem freien Mann sich gehörenden Bildung dar. Man unterschied zwischen dem Trivium und dem Quadrivium.

⁹ Konrad, 2007, S. 25

1.4. Die Zeit des hohen Mittelalters

Im 6. und 7. Jahrhundert gaben immer mehr Eltern ihre Jungen in die Obhut der Klöster und Bischofskirchen. Man vertrat in der Kirche die Auffassung, sich den Nachwuchs so früh wie möglich zu erziehen und in strikt vom Laien zu trennen. Mit der Aussicht auf eine angemessene Bildung und gewissen Zugeständnissen und Privilegien an die Eltern, wurde ihnen das Weggeben ihrer meist fünf- oder sechsjährigen Kinder in ein Kloster schmackhaft bzw. leichter gemacht.

Bereits im frühen Mittelalter bildeten sich nördlich der Alpen Domschulen an Bischofssitzen. Ab dem 12. Jahrhundert entwickelten sich auch an Kirchenorten, die kein Bischofssitz waren Schulen. Die sog. Pfarrschulen bzw. Küsterschulen.

Der Pfarrer nahm die ihm anvertrauten Jungen in seine Obhut und unterrichtete sie teilweise mit Unterstützung eines Küsters. Die Pfarrschulen hatten sich schnell in ganz Mitteleuropa ausgebreitet und waren wie die Kloster- und Domschulen mit Stiftungen ausgestattet. Somit war es auch Kindern aus armen Verhältnissen, selbst Kindern von Leibeigenen, möglich an einem schulischen Unterricht teilzunehmen. Ein sozialer Aufstieg konnte durch die Stiftungen ermöglicht werden.

Es war von je her auch Kindern gestattet die Klosterschule zu besuchen, die nicht eine geistliche berufliche Laufbahn einschlagen wollten. Da eine andere Form der höheren Bildung seit Ende des römischen Reiches nicht mehr existierte, war es notwendig geworden, den Nachwuchs für das Verwaltungswesen aus den Klosterschulen zu holen. Ein weiterer wichtiger Grund für die Zulassung dieser Schüler war der nicht unwesentliche Aspekt, dass adlige reiche Eltern für die Ausbildung ihrer Kinder viel Geld auszugeben bereit waren.

Man unterteilte deshalb die Klosterschule in eine innere Schule, die *scholae interiores*, und eine äußere Schule, die *scholae exteriores*. Beide waren streng voneinander getrennt und dienten unterschiedlichen Ausbildungskriterien. Die *scholae interiores* diente ausschließlich der Ausbildung hin zum Geistlichen, hingegen die *scholae exteriores*, der eine weltliche Bildung zugrunde lag. Bei einer großen Anzahl von Jungen in der Klosterschule unterteilte man die Jungen in Gruppen, um sie besser unterrichten zu können. Es war festgelegt, dass nur max. 10 Kinder gemeinsam von einem Lehrer unterrichtet werden sollten. Anfangs war als einziges Lehrmittel das Buch erlaubt, später ließ man auch Bilder zu. Die Leistungen der Schüler wurden benotet.¹⁰

Weil Sie Mitglieder der klösterlichen Gemeinschaft waren, mussten sich die Jungen der *scholae interiores* strengen Regeln und Pflichten unterwerfen. Der Gebrauch von Stock und Rute als Züchtigungsmittel war an der Tagesordnung. Am Tage herrschte Schweigepflicht, nur an Sonn- und Feiertagen war für wenige Stunden das Spielen erlaubt. Der Lehrer hatte seine Schüler ständig und überall zu überwachen, damit sie sich untereinander nicht zu nahe kamen und sich ihre Kleidung berühren konnte. Schulsprache war Latein, um alle Credos und das Vaterunser weitergeben zu können.

¹⁰ Konrad, 2007, S.28-30

An den Pfarrschulen war es üblich nur einen minimalen Elementarunterricht abzuhalten. An größeren Schulen zählte zum Unterrichtsprogramm auch die Lehre der artes liberales.

Die Vielzahl der dadurch entstandenen Erkenntnisse in Verbindung mit traditionellem Wissen z. Bsp. der alten Griechen, führte zu Spezialisierungen an den einzelnen Schulen und dem Entstehen neuer Lehrgebiete. Dadurch war es notwendig geworden, dass sich Schüler, die sich dem Gebiet der Medizin zuwenden wollten auf den Weg an den Schulstandort machen mussten, an dem die Spezialisten auf diesem Gebiet lehrten. Man legte im Mittelalter daher weite Strecken zurück. Es bildeten sich in ganz Europa verteilt Zentren eines bestimmten Lehrgebietes heraus. So wurde beispielsweise im 11. und 12. Jahrhundert Paris ein Zentrum der Theologie. Aus diesen Zentren entwickelten sich die ersten Universitäten in Europa.¹¹

Zur Zeit der Städtegründungen im 12. und 13. Jahrhundert entstanden neben den Dom- und Klosterschulen auch weltliche Schulen, die von Magistraten gegründet wurden und das Wissen von Handel und Gewerbe vermittelten.

An diese Schulen konnte man seine Kinder ab einem Alter von 6 oder 7 Jahren schicken. Unterrichtet wurde max. 6 oder 7 Jahre, oft jedoch weniger. Einzig allein die Vermittlung des Wissens unterschied diese Schulen von den Kloster- und Pfarrschulen. Um weiterhin das Schul- und Bildungsmonopol inne zu haben, nahm sich die Kirche das Recht, zu bestimmen wer an diesen weltlich orientierten Schulen unterrichten durfte. So waren es stets Theologen, die als Lehrer eingesetzt waren. Die Schule musste zusätzlich auch bestimmte Kirchendienste, z. Bsp. die Messnerie ausüben. Damit sicherte man sich einen gewissen Kontakt mit der Kirche.

Da Frauen das Amt des Priesters im Christentum nicht ausüben dürfen, legte man auch auf die Bildung von Frauen keinen großen Wert. erinnert man sich jedoch an Hildegard von Bingen oder Mechthild von Magdeburg so weiß man heute, dass es durchaus im Mittelalter hoch gebildete Frauen gab. Daraus lässt sich schließen, dass es einigen Frauen möglich war eine höhere Bildung zu genießen.

Die Bildung der Mädchen im Mittelalter legte man in die Hände von Nonnen in den Frauenklöstern. Am Unterricht nahmen Novizinnen und Töchter aus adligen Familien teil. Später auch Frauen aus dem Bürgertum. Man vermittelte neben Lesen und Schreiben, die Einführung in den Kirchengesang und gelegentlich Latein. Bei einigen Mädchen schloss sich danach das Trivium an. Somit konnten einige Klosterschulen für Mädchen durchaus das Niveau der Klosterschulen für Jungen erreichen.

Mädchen des städtischen Kleinbürgertums besuchten jedoch oft nur eine weltliche Schule, da sich ihre Eltern den Besuch einer Klosterschule finanziell nicht leisten konnten.

¹¹ Geschichte der Schule, F.-M. Konrad, S.35

1.5. Die Zeit des Renaissancehumanismus 1450-1550

Die Reformation des Martin Luther und der sich daraus entwickelte Protestantismus veränderte das von der katholischen Kirche geprägte Schulwesen. In den nun neu entstandenen protestantischen Gebieten kam es zur Zerschlagung der Klöster und damit auch zum Wegfall der Klosterschulen und zur Abwendung von allen weltlichen Schulen.

Doch es war nicht Luthers Absicht, das Schulwesen und damit auch die höhere Bildung zu zerstören. Im Gegenteil: Er mahnte zur Ausbildung an Schulen. Es kam zu Neugründungen von Schulen, diesmal jedoch nicht durch die Kirche sondern durch die Landesfürsten oder städtische Magisterräten. Man kann sagen, das noch heute bekannte Schulwesen der Bundesrepublik Deutschland nahm zur damaligen Zeit in den protestantischen Gebieten Deutschlands seinen Anfang.

Durch die Landesherren wurden erste Schulordnungen herausgegeben, die den heutigen in ihren Inhalten gleichen. Es wurde in einer Schulordnung u. a. festgelegt, wo welche Schule, welcher Art errichtet wird, was gelehrt werden darf und welche Vorbildung der Lehrer besitzen muss. Eine Vorbildfunktion hatte zur damaligen Zeit die kursächsische Schulordnung von 1528.

Mit dem Ende des dreißigjährigen Krieges 1648 bedurfte es eines erneuten Aufbaus des Schulwesens. Es entstand 1642 das erste Schulgesetz im Herzogtum Gotha, dass das niedere Schulsystem außerhalb der Kirchenordnung regelte.

Die Schulen für die höhere Bildung konnten nur auch ohne päpstliches Privileg gegründet werden. Es entstand eine Vielzahl von Universitäten und größeren Latein- oder Realschulen, an denen in der Regel 8 Jahre unterrichtet wurde.

Ab dem 16. Jahrhundert nannte man diese Schulen Gymnasium, um sie von der einfachen sechsjährigen Lateinschule abzugrenzen. Diese Schulform wiederum konnte sich von der Elementarschule meist nur durch die Unterrichtssprache Latein abstecken. Als höchste zu besuchende Schulform galt das gymnasium illustre. Hier konnte man in weiteren zwei Jahren ein semiuniversitäres Programm absolvieren.

Unterrichtsgegenstand der Lateinschulen war neben dem Lesen und Schreiben der lateinischen Sprache, auch der Religionsunterricht, der Musikunterricht und die Lehre der Mathematik und Geschichte. Dabei gilt es den Geschichtsunterricht zu Luthers Zeiten, von dem was wir heute als Geschichtsunterricht kennen klar zu distanzieren. Es bedeutet im Grunde nur, dass im Lateinunterricht statt eines Dichters ein Historiker gelesen wurde.

Das Lehrprogramm der Lateinschulen wurde erst langsam gegen Ende des 17. Jahrhundert erweitert.

Am Gymnasium wurden zusätzlich die Sprachen Griechisch und teilweise auch Hebräisch unterrichtet, eine theologische Grundbildung vermittelt sowie die Fächer des alten römischen Trivium der arte liberales.

Die „**septem artes liberales**“ bestehen aus

- einem „trivium“: Grammatik, Rhetorik, Dialektik und
- einem „quadrivium“: Arithmetik, Geometrie, Astronomie, Musik.

Abbildung 1 Die septem artes liberales¹²

Am gymnasium illustre kamen noch die Fächer des Quadrivium oder die sog. Realienfächer, z.B. Erdmessung und Naturkunde, zum Lehrplan hinzu. Die Lehre der Realia, wie Ökonomie oder Architektur, überließ man im 17. Jahrhundert den berufsbezogenen Bildungseinrichtungen. Die sich daraus in Deutschland entwickelten Ritterakademien hatten meist Schüler aus adligen Hause. Als sich jedoch die Gymnasien und Universitäten im 18. Jahrhundert immer mehr diesen Fächern öffneten, starben die Ritterakademien wieder aus.

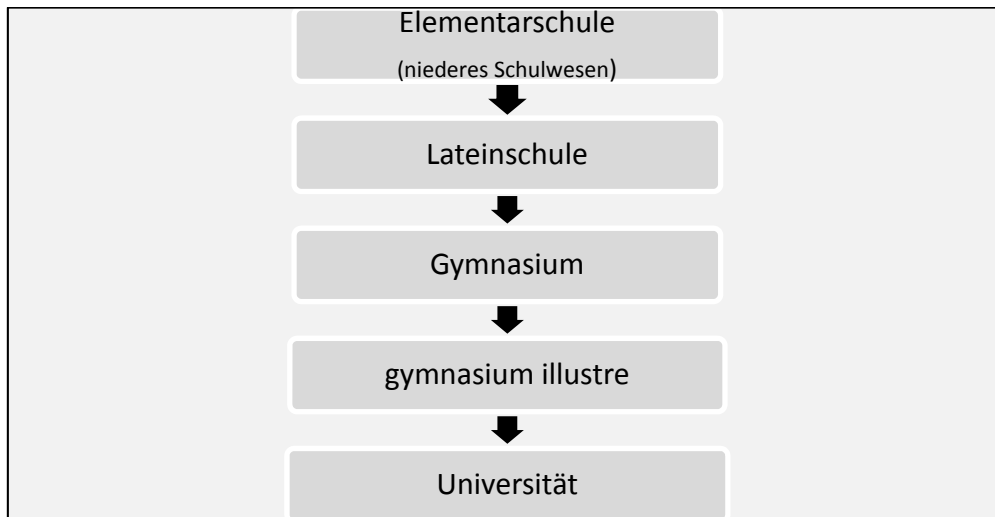


Abbildung 2 Aufbau der höheren Schulen in protestantischen Ländern des 17. Jh.

Die Lehrmittel blieben seit dem Mittelalter auf Gesangsbuch, Katechismus und einer deutschen Form der Bibel beschränkt. Auch die Bildung der Mädchen war, besonders im niederen Schulwesen, also in den Elementarschulen, koedukativer Unterricht. Hier lehrte man die Jungen und Mädchen gemeinschaftlich.

Im höheren Schulwesen konnte sich koedukativer Unterricht auch nach der Reformation von Luther weiterhin nicht durchsetzen. Man bestand in den neuen Schulordnungen ausdrücklich auf eine strikte Trennung von Jungen und Mädchen. Man legte in den Schulordnungen jedoch auch fest, dass auch Mädchen das Recht auf Bildung haben. Es kam zur Gründung der Jungen und Mädchenschulen. Und das Berufsbild der Lehrerin entwickelte sich.

¹² TU Dresden, v. 10.04.2009, S.5

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts setzte man in den katholischen Gebieten Deutschland zur sog. Gegenreform im Schulwesen an.

Es kam zu einem Neuaufbau des höheren Schulwesens, nicht zuletzt wegen eines auftretenden Priestermangels und herben Machtverlusten der katholischen Kirchen. Die Dom- und Klosterschulen, die der Ausbildung des Geistlichen Nachwuchses dienten, ersetzte man durch Kollegien bzw. Seminare. Die Kinder wurden, wie in den Klosterschulen üblich, bereits in jungen Jahren aufgenommen, um den zukünftigen Priestern die nötige schulische Vorbildung zukommen zu lassen.

Ein Kolleg unterschied sich von seinem protestantischen Gegenüber, dem Gymnasium, durch seinen stärker geprägten theologischen Charakter. Auch übernahm die Errichtung einer solchen Bildungsstätte nicht, wie in den protestantischen Gebieten, der Landesfürst, sondern der Bischof. Nur gelegentlich wurden Schulordnungen von Landesherren aufgestellt. Erwähnenswert sei hier die Schulordnung des Herzogtum Bayern von 1569, in der als Hauptaufgabe der Schule festgehalten wird, dass sie die Jugend von der Lehre Martin Luthers und seinen Reformationsgedanken fernhalten soll.¹³

In den Kollegien wurde die Lehrarbeit von dem Jesuitenorden ausgeführt. Die pädagogische Arbeit wurde durch die jesuitische Ratio studiorum von 1599 geregelt.

Der im Original „Ratio atque Institutio Studiorum Societatis Iesu“ genannte Leitfaden der Jesuiten zum Lernen regelte die Aufnahmebedingungen, die Anzahl der Klassen, die in den höheren Abteilungen zu durchlaufen waren, bevor man für die theologischen Fachstudien zugelassen wurde, den Lehrstoff jeder Klasse, welche Lehrbücher genutzt werden, das Prüfungswesen und die Zeugnisse, die Schulstrafen, die Versetzungsbedingungen, die unterrichtsfreien Tage und die Schulferien.

Sie galt bis zur Auflösung des Jesuitenordens 1773 und erlangte weltweite Beachtung.

Die Ratio studiorum ging in ihrer Genauigkeit und Ausführlichkeit deutlich über die Schulordnungen und Lehrpläne in den protestantischen Gebieten hinaus.

Die Einbindung der Realienfächer, wie im gymnasium illustre hatte im Lehrplan der Jesuiten keinen Platz. Man legte den Fokus auf die Religion, was durchaus als Nachteil in einer Zeit der Entdeckungen gesehen werden kann. Erst Mitte des 18. Jahrhunderts zur Zeit der Aufklärung öffnete man sich langsam an den Kollegien für die Realienfächer. Um Kollegien jedoch dauerhaft im Schulwesen zu integrieren kam diese Öffnung zu spät. Mit der bereits erwähnten Auflösung des Jesuitenordens durch Papst Clemens XIV., kam auch das Ende der Kollegien. Heute sind nur die Priesterseminare in der katholischen Kirche zu finden.

¹³ Konrad, 2007, S. 58

Mit der Neubildung des höheren Schulwesens kam es auch zu einer Wiederbelebung der höheren Mädchenbildung. Maßgebend beteiligt daran waren die Ursulinen.¹⁴

Sie begannen in den katholischen Gebieten Deutschlands mit der Gründung von Elementar- und höheren Schulen für Mädchen, indem sie die Ratio studiorum des Jesuitenordens übernahmen und geschlechtsspezifisch modifizierten.

Während in den katholischen Gebieten das höhere Schulwesen für Jungen wie auch für Mädchen wiederbelebt werden konnte, beschränkte sich das niedere Schulwesen meist ausschließlich auf den Sonntagsunterricht durch den Pfarrer der Gemeinde.

Die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht kam nur langsam in den katholischen Regionen Deutschlands voran. Anders in den protestantischen Gebieten. Hier war im 17. Jahrhundert in allen Ländern eine allgemeine Schulpflicht eingeführt worden. Die Herausbildung zwei voneinander klar wegen ihrer Konfession getrennten Schulwesens ist zum damaligen Zeitpunkt deutlich ersichtlich gewesen. Nicht nur in Deutschland sondern auch in ganz Europa war diese Entwicklung erkennbar.

1.6. Die Zeit der Aufklärung und das 19. Jahrhundert

Der Versuch 1848/49 den einheitlichen Nationalstaat durch eine Volkserhebung auf dem Weg von unten herzustellen war gescheitert. Die Idee einen Nationalstaat zu gründen blieb und so setzte man auf eine Reicheinigung auf dem Weg von oben.

Es bedurfte einige Kriege ehe sich am 18.01.1871, durch die Kaiserproklamation in Versailles, Deutschland zum Deutschen Reich unter der Führung Preußens zusammenschloss.

Dennoch bedurfte es in den damals wohl bedeutsamsten Einzelstaaten, dem Königreich Preußen und der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, Nachholbedarf bei den niederen Schulen. Beide Länder stehen auch für das unterschiedliche Schulwesen aufgrund ihrer Konfessionen.

In Preußen führte man erst 1717 die allgemeine Schulpflicht ein. Man regelte den Inhalt und die tägliche Dauer des Unterrichts in den Elementarschulen durch das Generallandschulreglement 1763. Im Jahre 1794 machte man das Schulwesen zur Staatsaufgabe, in dem durch das allgemeine Landrecht festgelegt wurde, dass „... Schulen und Universitäten [...] Veranstaltungen des Staates ...“¹⁵ sind.

¹⁴ Die Ursulinen sind eine von Angela Merici 1535 gegründete Frauengemeinschaft, die sich zum bekanntesten Erziehungsorden entwickelte.

¹⁵ Konrad, 2007, S. 63

In den katholischen Gebieten wurden nun erstmals auch Schulen durch Behörden gegründet und Schulordnungen in Kraft gesetzt. Mustergültig dabei war die Schulordnung der österreichischen Monarchie. 1774 beauftragte Kaiserin Maria-Theresia den Augustiner Abt Ignatz von Felbiger eine Schulordnung auszuarbeiten, die für das ganze Land als Muster dienen sollte. Felbiger entwarf ein hierarchisch gestuftes System vom Gymnasium bis zur Dorfschule und war somit der eigentliche Begründer des niederen Schulwesens in den katholischen Gebieten Deutschlands. Seine Schulordnung wurde später für alle katholischen Gegenden im Deutschen Reich übernommen. Der wachsende Einfluss auf das Schulwesen im Deutschen Reich nahm nicht zuletzt durch die Entstehung von staatlichen Schulverwaltungen und Schulaufsichten zu.

Im Jahre 1787 errichtete man im Königreich Preußen ein Oberschulkollegium. Andere deutsche Länder folgten im Laufe des 19. Jahrhunderts mit der Bildung von gestuften Schulverwaltungssystemen.

Lange Zeit war es nicht jedem Kind möglich eine Grundausbildung durch den Besuch einer Elementarschule zu erhalten. Die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht konnte diesem Problem auch nicht wirklich Abhilfe schaffen. Erst mit dem preußischen Kinderschutzgesetz 1839 konnte jedem Kind der Besuch einer Elementarschule ermöglicht werden. Mitte des 19. Jahrhunderts besuchten 80% aller Kinder einer Altersstufe die sog. Volksschule.¹⁶ In den 1890-er Jahren sank die Rate der Menschen, die nicht Lesen und Schreiben konnten auf unter 10 % der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland.¹⁷

Bis zum Ende des Kaiserreiches 1918 verlor der Religionsunterricht an den Schulen immer mehr an Bedeutung. Neue Fächer wie Zeichnen, Geschichts- und Geographieunterricht, Handarbeiten für Mädchen, Turnen für Jungen und Naturlehre wurden in der Schule als Unterrichtsfächer eingeführt.

In den Städten setzt sich mehr und mehr das Jahrgangsprinzip durch. Man teilte die Schüler in den Klassen nach ihrem Alter ein. In den auf dem Lande vorherrschenden Volksschulen hielt man an dem Einklassenprinzip fest. Alles Schüler in der Schule wurden in einer Klasse unterrichtet.

Der Staat beteiligte sich zunehmend an der Finanzierung des niederen Schulwesens mit Zuschüssen oder Kostenübernahmen für die Lehrerbildung und Schulverwaltungen. Der Einfluss des Staates auf das Schulwesen nahm damit weiter zu und zeigte die ersten Ansätze unseres heutigen Schulsystems.

Auch bei der Lehrerbildung beteiligte sich der Staat zunehmend. So mussten Kommunen den Schulraum und dessen Ausstattung sowie den Naturalienanteil des Lehrergehalts finanzieren. Die finanzielle Belastung der Familien konnte zwar durch diese Maßnahmen gemindert werden, dennoch war sie teilweise recht erheblich, aufgrund der in einigen Gegenden zu bezahlenden Schulgelder und dem Kauf von Schulbüchern. Das meiste Geld vom Staat ging jedoch an die höheren Schulen.

¹⁶ Konrad, 2007, S. 65

¹⁷ Konrad, 2007, S. 69

Die Modernisierung der Elementarschulen und damit des niederen Schulwesens hing von der Errichtung von Lehrerseminaren und der daraus resultierenden Qualifizierung des Lehrkörpers ab. Ende des 19. Jahrhunderts/ Anfang des 20. Jahrhunderts besaß die Lehrerbildung in Deutschland eine Vorreiterrolle und war Vorbild für andere europäische Staaten bis hin zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Wie bereits erwähnt, nahm auch der Einfluss des Staates in den katholischen Gegenden des Deutschen Reiches zu. Im höheren Bildungswesen zeigte sich dieser Einfluss u. a. an der Einführung eines Prüfungswesens. In der Ratio studiorum waren in ersten Ansätzen bereits Regelungen im Prüfungswesen zu erkennen.

Nachdem der Jesuitenorden aufgelöst wurde, übernahm der Staat die Kollegien und nannte sie fortan Lyzeen. Er behielt dabei die Ordensmänner als Lehrkräfte.

Viele Klöster wurden im Napoleonischen Zeitalter durch den Staat aufgelöst. Die meisten Klosterschulen verschwanden mit der Auflösung ihrer Klöster. Eine wichtige Stufe der höheren Bildung, die Klosterschule, ging damit verloren. Der Staat war zum Handeln gezwungen.

In den protestantischen Gebieten des Deutschen Reiches verschaffte man sich über die Reglementierung und Normierung von Prüfungen im höheren Schulwesen mehr Einfluss. So etablierte man im Jahre 1788 erstmalig im Königreich Preußen ein Abiturreglement. Jetzt bedurfte es das Bestehen eines Abiturs um die Universität besuchen zu können. Diese Regelung galt vorerst nur für arme Schüler, die die Universität mit einem Stipendium besuchen wollten.¹⁸

Diese Benachteiligung wurde erst im Jahre 1812 durch die 2. Abiturregelung entschärft. Nun mussten auch diejenigen Abiturprüfungen ablegen, die eine höhere Beamtenlaufbahn im preußischen Staatsdienst einschlagen wollten. Damit war diese Beamtenlaufbahn nicht mehr allein dem Adel vorbehalten. Erst 1834 musste ein jeder Schüler eine Abiturprüfung ablegen und zusätzlich mindestens 2 Jahre auf einem Gymnasium gewesen sein.¹⁹

Das Zeitalter der Industrialisierung machte es notwendig, dass der Staat als Träger der Schulen sich über den Lehrplan und den Unterrichtsstoff Gedanken machte: Die Menschen lebten in einer immer moderner werdenden Gesellschaft und die Wissenschaften schritten mit teilweise riesigen Schritten voran.

Um einer Beamtenlaufbahn oder ein wissenschaftliches Studienfach ergreifen zu können, musste sich der Lehrplan an den höheren Schulen verändern. Die Theologie nahm einen zu großen Stellenwert ein. Bei den Schulfächern nahmen die alten Sprachen einen hohen Stellenwert ein. Die Fächer Deutsch, Mathematik, Französisch, Geographie, Geschichte, und Naturkunde erhielten allmählich zusammen mit Biologie, Chemie und Physik immer mehr Bedeutung als Lehrinhalte.

¹⁸ Konrad, 2007, S. 76

¹⁹ Konrad, 2007, S. 76

Die Landschaft der Gymnasien veränderte sich. Es entstanden neue Arten, wie das humanistische Gymnasium. Um eine bessere Studierfähigkeit zu erreichen, erlaubte es der Staat nur den Gymnasien Abiturprüfungen vorzunehmen, die ihre religiöse Prägung aufgaben. Zählte man die 3-jährige Vorbereitungsschule dazu, so umfasste die Dauer des Besuches eines Gymnasiums 12 Jahre. Das Eingreifen des Staates durch Vorgaben seinerseits, führte zu einer immer homogener werdenden Schullandschaft.

Im Zuge dieser "Reform" entstanden auch zwei neue Typen der höheren Schule. Das Realgymnasium und die Oberrealschule. Am Realgymnasium lehrte man Latein, aber nicht wie an anderen höheren Schulen üblich. kein Griechisch. Man konzentrierte sich auf das Lehren der neuen Fremdsprachen. In der Oberrealschule verzichtete man neben Griechisch auch auf das Erlernen der lateinischen Sprache und fokussierte sich auf naturwissenschaftliche Unterrichtsfächer. In dieser Zeit bildeten sich die noch heute bekannten gymnasialen Profile humanistisch, sprachlich und mathematisch-naturwissenschaftlich heraus.

Auch das heute noch bekannte mittlere Schulwesen hat in dieser Zeit seinen Ursprung. 1705 entstand in Halle die erste Realschule in Deutschland. Anfang des 18. Jahrhundert kam dieser Schultyp vorwiegend in den katholischen Gebieten vor, da die höheren Schulen noch stark religiös ausgerichtet waren. Was man aber in seinem späteren Berufs- und Arbeitsleben an Wissen benötigte, lernte man in der Realschule. Der wahre Durchbruch der Realschule gelang jedoch erst mit der Bildung eines mittleren Schulwesens.

An der Realschule legte man die Bedürfnisse des technischen, gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes in den Mittelpunkt des Unterrichts. Auch war das Bildungsniveau höher als an der Volksschule.

Die Unterrichtsinhalte waren an den Schulen des mittleren Bildungswesens auf die neu entstandenen Berufe im gehobenen Verwaltungsdienst bei der Post, der öffentlichen Bauverwaltung sowie der Bergbau- und Militärbürokratie zugeschnitten.

In den 1920-er Jahren entstand mit der Einführung der Mittleren Reife das dreigegliederte Schulsystem in Deutschland.

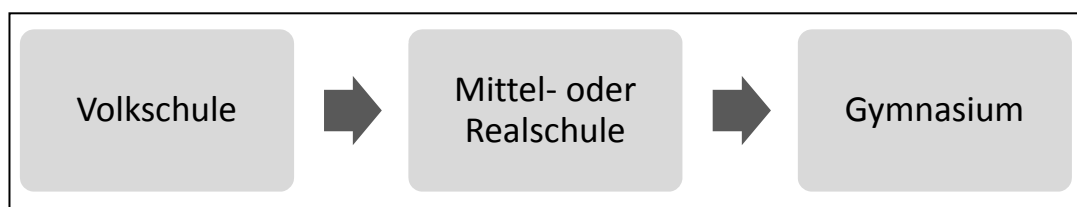


Abbildung 3 das dreigegliederte Schulsystem Deutschlands

Mit der Entwicklung des Bildungsbürgertums entstanden auch Ende des 18. Jahrhunderts immer mehr sog. höhere Mädchenschulen. Hier erhielten die Mädchen gerade so viel Bildung wie zum Erlernen eines Berufes notwendig war, sie für ihre Ehemänner interessante Gesprächspartnerinnen sein konnten oder um interessante Gastgeberinnen zu sein.

Der Besuch dieser Schulen berechtigte die Mädchen nicht ein Studium an einer Universität aufnehmen zu können. Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts war der Druck der bürgerlichen Frauenbewegung so groß, dass man einzelnen besonders leistungsstarken Mädchen der höheren Mädchenschule die Möglichkeit einräumte eine Realschule zu besuchen. Solche Schulen nannte man Lyzeum. Es war, anders als an der Jungenschule, den Mädchen jedoch nicht gestattet eine Prüfung abzulegen. Es bestand weiterhin die Möglichkeit auch eine private höhere Mädchenschule zu besuchen.

Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts war es auch den Mädchen vorbehalten mit Beendigung der Oberstufe am Lyzeum das Abitur abzulegen. Es war den Frauen erst nach 1900 ein uneingeschränkter Zugang zu Universitäten möglich.

1.7. Die Zeit des 20. Jahrhunderts - Die Weimarer Republik

Während sich mit dem Ende des 1. Weltkrieges 1918 auch das Ende des Deutschen Reiches vollzog und der Ausrufung zur Republik am 9.11.1918 durch Philipp Scheidemann Deutschland zur Republik wurde. Vollzogen sich im Schulwesen sowie in der Gesellschaft kaum große Veränderungen.

Eine der wichtigsten Erneuerungen war das Reichsgrundschulgesetz von 1920. Es verpflichtet „... alle Kinder am Anfang ihrer Schullaufbahn ...“²⁰ eine öffentliche Grundschule für 4 Jahre zu besuchen.

Einige Gegenden führten eine sog. christliche Simultanschule, an der Kinder beider Konfessionen mit getrenntem Religionsunterrichts lernten. Dieses Schulmodell blieb jedoch eine Ausnahme im deutschen Bildungswesen. Den noch bestehenden Konfessionsschulen räumte man eine Bestandsgarantie ein. Die Schulpflicht lag zu Zeiten der Weimarer Republik bei 8 Jahren. Der Besuch einer Fortbildungsschule nach Beendigung der Grundschule war lt. Artikel 145 der Weimarer Verfassung zur Pflicht geworden.

²⁰ Konrad, 2007, S. 87

VIERTER ABSCHNITT

Bildung und Schule

Artikel 144

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates; er kann die Gemeinden daran beteiligen. (...)

Artikel 145

(1) Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre. Der Unterricht und die Lernmittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen sind unentgeltlich.

Artikel 146

(1) Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsame Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.

(2) Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Abs. 1, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes.

(3) Für den Zugang Minderbemittelter zu den mittleren und höheren Schulen sind durch Reich, Länder und Gemeinden öffentliche Mittel bereitzustellen, (...)

Artikel 147 [...]

Artikel 148

(1) In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erstreben.

(2) Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.

(3) Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht sind Lehrfächer der Schulen. Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung.

(4) (...)

Artikel 149

(1) Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Der Religionsunterricht wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt.

(2) Die Erteilung religiösen Unterrichts und die Vornahme kirchlicher Verrichtungen bleibt der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat.

(3) (...)

Abbildung 4 Auszug aus der Verfassung der Weimarer Republik von 1919²¹

²¹documentArchiv.de, v. 12.04.09, Weimarer Verfassung

1.8. Die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland

In den Zeiten des Nationalsozialismus 1933-1945 war die Schule eine Institution, die das nationalsozialistische Gedankengut lückenlos und überall durchsetzen sollte. Die Nationalsozialisten übten durch Ein- und Übergriffe der Hitlerjugend²² auf die Schulen Druck aus. Es gab für alle Mitglieder der HJ für ihre Aktivitäten Unterrichtsausfall und an zwei Nachmittagen in der Woche mussten die Jungen der Hitlerjugend keine schulischen Aufgaben erledigen.

Ab 1934 war für Jungen der Hitlerjugend mit Führungsaufgaben am Samstag schulfrei. Daraus resultierte ein steigende Unruhe und Disziplinlosigkeit an den Schulen. Bei vielen Jungen kam es zu Leistungsabfällen, was wiederum zu Protesten bei den Eltern führte.

Durch geschicktes Verbünden mancher Schulleitung mit den Eltern blieb der Reichsjugendführung oft nichts anderes übrig, als Zugeständnisse einzugehen. So konnte ab 1939 für Schüler, deren Leistungen zu schlecht waren, die Befreiung von den HJ-Diensten durch die Schulleitung verlangt werden. Auch konnten alle Schüler im letzten Halbjahr vor den Abiturprüfungen vom HJ-Dienst freigestellt werden. Um nur einige Beispiele hierfür zu nennen.

Bis zum Jahre 1939 wurden alle Lehrer aufgefordert, sich als HJ-Führer zu betätigen. Damit schritt die Gleichschaltung von Schule mit Staat und Ideologie weiter voran. Ein wichtiges Ziel der Nationalsozialisten.

War bis zur Zeit des Nationalsozialismus das Schulwesen ein Hoheitsrecht der Länder gewesen. So änderte sich dies 1934 mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches. Von nun an lag die Schulhoheit beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Man hatte die völlige Gleichschaltung der Schule erreicht und konnte auch die Lehrpläne nach der nationalsozialistischen Ideologie ausrichten. Zu nennen wäre u.a. die Fächer Biologie, Geschichte, Deutsch, Sport und Erdkunde. Damit kam es zur Aufwertung ideologisch wichtiger Fächer gegenüber den naturwissenschaftlichen Fächern. Der Religionsunterricht wurde völlig an den Rand der Lehrpläne gedrängt, aber nicht gänzlich verboten. Ziel der nationalsozialistischen Schulpolitik war eine Homogenisierung und Vereinheitlichung des Schulwesens zu erreichen.

²² 1926-1945 Jugend- und Nachwuchsorganisation der NSDAP, 1945 aufgelöst und seither verboten

**Gesetz über den Neuaufbau des Reichs.
Vom 30. Januar 1934.**

Die Volksabstimmung und die Reichstagswahl vom 12. November 1933 haben bewiesen, daß das deutsche Volk über alle innenpolitischen Grenzen und Gegensätze hinweg zu einer unlöslichen, inneren Einheit verschmolzen ist. Der Reichstag hat daher einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das mit einmütiger Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind.

Artikel 1

Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben.

Artikel 2

Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über.
Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung.

[...]

Artikel 6

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 30. Januar 1934.

**Der Reichspräsident
von Hindenburg**

**Der Reichskanzler
Adolf Hitler**

**Der Reichsminister d. Innern
Frick**

Abbildung 5 Gesetz über den Neuaufbau des Reiches, 1934²³

Das höhere Bildungswesen mit seiner Vielzahl an unterschiedlich ausgerichteten Gymnasien wurde unter der Diktatur Adolf Hitlers auf das humanistische Gymnasium und der deutschen Oberschule mit neusprachlicher und mathematisch-naturwissenschaftlicher Ausrichtung reduziert. Ab 1937/38 lag die Schulbesuchszeit der höheren Schulen bei 8 Jahren.

An der ideologischen Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter orientierte sich auch das höhere Mädchenschulwesen unter den Nationalsozialisten. Die höhere Schule reduzierte sich auf eine Frauenoberschule mit hauswirtschaftlichen Elementen. Die Auswirkung der damaligen Ideologie zeigte sich auch an der Frauenquote der Studierenden pro Jahr. Sie betrug in der Zeit von 1933-1945 maximal 10%.

Im mittleren Schulwesen wurden die Lehrpläne auf einen allgemein gültigen Lehrplan zusammen gestellt und es wurde der Übergang von der Mittelschule auf die höhere Schule untersagt. Die Bekenntnisschulen wurden stark unter Druck gesetzt und somit zur Aufgabe gezwungen. 1940 verbot man die meisten privaten katholischen Schulen und erreichte damit das Ende des kirchlichen Einflusses auf das staatliche Bildungswesen.

²³ documentArchiv.de, v.12.04.09, Gesetz über den Neuaufbau des Reiches

1.9. Die Zeit nach 1945 – Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Mit Ende des 2. Weltkrieges 1945 schien auch das Schulwesen untergegangen zu sein. Deutschland war in vier Besatzungszonen gegliedert. Die Sowjetunion sowie die westlichen Besatzungsländer drängten auf eine Neugestaltung des Schulwesens. Das dreiegegliederte Schulsystem schien nicht wieder aufgebaut zu werden.

Doch in den westlichen Besatzungszonen kam es anders. Das alte dreiegegliederte Schulsystem wurde wieder eingeführt und in einigen Gegenden entstanden auch die alten konfessionsgebundenen Volksschulen wieder. Auch behielt man die Geschlechtertrennung bei. Die Schulhoheit wurde den Ländern wieder übertragen.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 behielt man diese Gliederung des Schulsystems bei und setzte die Grundschulzeit, außer in Berlin, von 6 wieder auf 4 Jahre zurück. Die Menschen orientierten sich wieder an althergebrachten konservativen Werten. Es entstand daraus ein an Leistungsfähigkeit mangelndes und relativ rückständiges Schulwesen. Was man am internationalen Abschneiden in manchen Untersuchungen heute noch erkennen kann. Die einstige Vorreiterrolle hatte das Bildungssystem in Deutschland damit verloren und bis zum heutigen Tage nicht wieder einholen können.

Man erkannte in der Bundesrepublik zwar das Dilemma und beauftragte bereits 1959 einen Ausschuss damit, dem Ganzen Abhilfe zu schaffen. Mit dem damals vorgelegten „Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung der allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens“ versuchte der Ausschuss Vorschläge zu machen, die jedoch kaum gesetzlich umgesetzt wurden. Man forderte u. a. die Volksschule um 2 Jahre zu verlängern und machte den Vorschlag im Anschluss an die Grundschule eine zweijährige Förder- bzw. Orientierungsstufe einzurichten.

In einigen Bundesländern führte man eine Förderstufe ein und verlängerte die Volksschule um ein Jahr, indem man die sog. Hauptschule (Klassenstufe 5-9 der Volksschule) als Volksoberschule einführte.

Ein 1964 in der Wochenzeitung Christ und Welt erschienener Artikel des Pädagogen Georg Picht löste einige höchst kontroverse Debatten um die Zukunft des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland aus.

"Es ist nun allerdings zu sagen, dass in der Zeit des Wiederaufbaus der Bundesrepublik das Bewusstsein dafür, dass der Aufbau des Bildungswesens unter allen anderen Aufgaben des Staates gerade in einer Notsituation vordringlich sein müsste, weil nämlich der Bestand der Wirtschaft darauf gründet - dass dieses Bewusstsein in West-Deutschland nicht vorhanden war.

[...]

Der bisherige wirtschaftliche Aufschwung wird ein rasches Ende nehmen, wenn uns die qualifizierten Nachwuchskräfte fehlen, ohne die im technischen Zeitalter kein Produktionssystem etwas leisten kann. Wenn das Bildungswesen versagt, ist die ganze Gesellschaft in ihrem Bestand bedroht. [...] In der modernen 'Leistungsgesellschaft' heißt soziale Gerechtigkeit nichts anderes als gerechte Verteilung der Bildungschancen; denn von den Bildungschancen hängen der soziale Aufstieg und die Verteilung des Einkommens ab. (...) Der gesamte soziale Status, vor allem aber der Spielraum an persönlicher Freiheit, ist wesentlich durch die Bildungsqualifikationen definiert, die von dem Schulwesen vermittelt werden. (...) Die Schule ist deshalb ein sozialer Direktionsmechanismus, der die soziale Struktur stärker bestimmt als die gesamte Sozialgesetzgebung der letzten 15 Jahre.[...]

Abbildung 6 Auszüge aus der Artikelserien von Georg Picht²⁴

Nicht zuletzt wegen dieser Diskussionen entschloss man sich 1965 den Deutschen Bildungsrat zu gründen, mit dem Ziel Verbesserungsvorschläge für das Bildungswesen der BRD durch ausgewiesene Fachleute zu finden.

Fünf Jahre später, im Jahre 1970, stellte der Bildungsrat seine Vorschläge im Strukturplan für das Bildungswesen dar.

Jedoch gelang es den Verantwortlichen in den damaligen Regierungen leider nicht die Vorschläge auch weitestgehend umzusetzen.

Der deutsche Bildungsrat bestehend aus Bildungspraktikern, Politikern, Wissenschaftlern und Personen aus der Schulverwaltung, unterbreitet u.a. folgende Empfehlungen zur Verbesserung der Bildungsmisere.

Er forderte:

- die Abschaffung des vertikal gegliederten Schulsystems zu Gunsten eines horizontalen Systems
- die Einführung einer Schulvorbereitung bereits im Kindergarten um benachteiligten Kindern die gleichen Chancen zu Schulbeginn zu gewähren
- die Vorverlegung der Schulpflicht auf das fünfte Lebensjahr
- die Einführung einer "integrierten Gesamtschule" als neuen Schultyp
- mehr wissenschaftliche Ansätze in allen Unterrichtsfächern
- Förderung des forschenden und sozialen Lernens
- Die Beendigung der Benachteiligung von Mädchen im höheren Bildungswesen²⁵

Doch nicht alle Anstöße des deutschen Bildungsrates hat man ignoriert. Einige Ideen und Vorschläge hat man versucht umzusetzen. So wurden in allen Schularten sog. Curricula statt der herkömmlichen Lehrpläne eingeführt, um Lernziele vorzugeben, den Einsatz von Unterrichtsmedien zu modernisieren und zeitgemäße Lernmethoden einsetzen zu können.

²⁴ DeutschlandRadioBerlin, v. 12.04.2009

²⁵ Konrad, 2007, S. 102f.

An den Hauptschulen führte man die Fächer Arbeitslehre und den Fremdsprachenunterricht ein. Eine Reform der gymnasialen Oberstufe sollte der Entfaltung von Neigungen und Begabungen der Schüler mehr Freiraum geben. Zu den bereits bestehenden Arten von Gymnasien wurden das berufliche Gymnasium und die Fachoberschulen als neue Schularten eingeführt.

Ein weiterer positiver Aspekt der Reformdebatte war, dass die einzelnen Schulen begannen, sich auf die Entwicklungsbedürfnisse ihrer Schüler einzustellen, in dem sie z. B. außerschulische Angebote entwickelten und sich mit der kinder- und jugendgerechten Gestaltung von Lebensräumen auseinander setzten. Auch erreichte man, dass in der Bundesrepublik Deutschland die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Mädchen, vor allem beim Zugang zum höheren Bildungswesen, vollständig im Laufe der Zeit verschwand. Die Geschlechtertrennung an Schulen war zur damaligen Zeit meist nur noch an konfessionellen Privatschulen zu finden.

Vergleicht man die damaligen Vorschläge des deutschen Bildungsrates mit den heutigen Forderungen nach dem schlechten Abschneiden in der PISA-Studie, so kann man manche Parallele entdecken. Vorschläge hinsichtlich einer Veränderung des Lehrplanes und der Modernisierung von Unterrichtsmethoden und Schulgebäuden, selbst die Diskussionen um die Förderung des Individuums waren bereits 1970 geführt wurden und werden heute wieder geführt.

Das einst hochgeachtete und im Ausland angesehene Bildungswesen Deutschlands hatte seit der Zeit der Nationalsozialisten immer mehr an Vorbildfunktion in der Welt verloren. Nach 1945 war es den Verantwortlichen nicht gelungen, ein innovatives und neugestaltetes Bildungs- und Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland zu etablieren.

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik 1949 gab es bis zur Wiedervereinigung 1990 zwei vollkommen unterschiedliche Schulsysteme in Gesamtdeutschland. Während man sich in der DDR an einer achtjährigen Einheitsschule orientierte, kehrte man nach Kriegsende in der BRD zum Bildungs- und Schulwesen der Weimarer Republik zurück. Nur langsam, nach und nach, errichtete man in der westlichen Besatzungszone durch Reformen, ein erneuertes Schulsystem.

Man war stets bemüht sich an die Vorgaben der Zeit zu halten und den Bedürfnissen von Eltern, Schülern und Lehrern gerecht zu werden. Dabei orientierte man sich immer öfter an den skandinavischen Ländern, deren Schulsystem immer mehr zum Vorbild des europäischen Bildungswesens wurde.

Die Zeiten als in Deutschland ein modernes, weltweit geachtetes Bildungswesen existierte, scheinen endgültig vorüber.

Nach aktuellem schlechtem Abschneiden Deutschlands in verschiedenen europäischen und globalen Studien sind Bund und Länder auf der Suche nach Antworten, um der erneuten Bildungsmisere zu entfliehen. Dabei zeigt sich, dass bereits vor Jahren versäumt wurde, sich den anbahnenden Problemen des Bildungswesens zu stellen.

Es liegt nun in den Händen der Verantwortlichen, sich den Fragen zu zuwenden und neue Ansätze im Bildungswesen aufzustellen. Die Zukunft wird zeigen, ob Deutschland weiter in der Bildung und Erziehung unserer Schüler im Vergleich mit anderen Ländern hinterher läuft oder den Sprung in ein modernes, an die Anforderungen von Gesellschaft und Wirtschaft angepasstes schulisches Bildungswesen schafft.

Die steigenden Schülerzahlen an privaten Schulen sind ein erstes Indiz für die Regierung zu handeln und die Schulen in öffentlicher Trägerschaft für Eltern und Schüler weiterhin attraktiv zu halten und einer evtl. hinsichtlich der schulischen Bildung entstehenden Zweiklassengesellschaft entgegen zu wirken.

2. Das Bildungswesen des Freistaates Bayern 1945-1990

2.1. Vorbemerkungen

Um die Unterschiede zwischen Privatschule und staatlicher Schule herausarbeiten zu können, bedarf es auch eines Rückblicks auf die Entwicklung des Bildungswesens in der BRD.

Da nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Mai 1945 Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt wurde, waren es die Besatzungsmächte, die über den weiteren Verlauf der Entwicklung in den besetzten Gebieten Deutschlands entschieden.

Am 23. Mai 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland aus der Besatzungszone Frankreichs, der USA und Großbritanniens gegründet. Bereits im März 1949 begann man dafür mit der Ausarbeitung des Grundgesetzes und stellte damit auch die Weichen für ein westdeutsches eigenständiges Bildungswesen.

Hoffte man anfangs in der noch jungen BRD auf einen Zusammenschluss mit der durch die Sowjetunion besetzten Ostzone Deutschlands, musste man sich jedoch am 7. Oktober 1949 von dieser Vorstellung verabschieden.

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik entstand für die ostdeutschen Gebiete ein in Artikel 17 der Verfassung der DDR festgehaltenes eigenständiges Bildungswesen. Deutschland war nun in einen demokratischen Staat und eine Diktatur geteilt. Erst 1989 gelang es den Menschen in beiden eigenständigen Staaten durch eine sog. friedliche Revolution wieder zu einem demokratischen Gesamtdeutschland zu werden.

Artikel 17

(...)

Mit dem einheitlichen sozialistischen Bildungssystem sichert die Deutsche Demokratische Republik allen Bürgern eine den ständig steigenden gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechende hohe Bildung. Sie befähigt die Bürger, die sozialistische Gesellschaft zu gestalten und an den Entwicklungen der sozialistischen Demokratie schöpferisch mitzuwirken.

Abbildung 7 Auszug aus der Verfassung der DDR²⁶

²⁶ documentArchiv.de, v. 12.05.2009, Verfassung der DDR

Da sich diese Diplomarbeit auf Schulen des Freistaates Sachsen bezieht, muss für die Zeit von 1945-1990 ein anderes Bundesland für die Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Bildungswesens in der BRD gefunden werden.

Sachsen war bis 1990 im Einheitsschulsystem der DDR und kann erst mit der Wiedervereinigung 1989/90 ein demokratisches Schul- und Bildungswesen aufweisen.

Als Vergleichsgröße zum fehlenden sächsischen Rückblick auf die Jahre zwischen 1945-1990 wird deshalb auf die Entwicklung des bayerischen Bildungswesens in dieser Zeit näher eingegangen.

In den letzten Vergleichsstudien des Bildungsniveaus der Schüler in den einzelnen Bundesländer der BRD war stets der Freistaat Bayern oder der Freistaat Sachsen als Sieger des Vergleiches hervorgegangen. Es liegt daher nahe, sich den Freistaat Bayern als Vergleichsgröße heranzuziehen, da sich annehmen lässt, dass sich beide Länder in ihren Aufbau des Schulwesens ähnlich sein müssen.

2.2. Die Zeit des Wiederaufbaus in Bayern von 1945-1949

Wie bereits erwähnt, war Deutschland nach Kriegsende in vier Besatzungszonen eingeteilt.

Der Freistaat Bayern war unter amerikanischer Aufsicht und gehörte somit die US-Besatzungszone. Nach Beschluss der Potsdamer Konferenz vom 17.7.-2.8.1945 wurde Deutschland durch einen alliierten Kontrollrat, dem auch die SU angehörte, verwaltet und hatte keine eigene Regierung. Als wichtigste Aufgaben der Besatzungsmächte legte man im Potsdamer Abkommen die Demokratisierung, Dezentralisierung, die Denazifizierung und die Demontage der deutschen Gebiete fest.

Die Reinigung der Bevölkerung in der Besatzungszone vom Nationalsozialismus war für die amerikanische Regierung die oberste Priorität in den ersten Nachkriegsjahren. Man wollte die Bevölkerung demokratisieren und war der Auffassung, dass ein Neuaufbau Deutschlands vom deutschen Volke ausgehen muss. Erst dann sei es für die amerikanischen Behörden möglich, Maßnahmen zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens durchzuführen.

Die Amerikaner errichteten das Office of Military Government (US), die sog. OMGUS, mit der für die Zivilverwaltung zuständigen G5-Abteilungen der US-Armee, zu der auch die Abteilung für Education & Religious Affairs (E&RA) gehörte²⁷. Die E&RA - Abteilung war von Beginn an stets bemüht eine Aufbaupolitik zu betreiben und förderte die schnelle Wiederingangsetzung von Schulen und Hochschulen in Bayern.

²⁷ Liedtke, 1997, S. 476

Mit Wiedereröffnung der bayerischen Schulen kamen aber auch der Probleme. Es mangelte im gesamten Freistaat an Schulgebäuden, da die meisten im Kriege vollständig oder teilweise zerstört wurden oder die Gebäude durch die Militärregierung besetzt waren. Dem entgegen standen ein starker Anstieg von schulpflichtigen Kindern, durch die starken Geburtsjahrgänge und ein zu Kriegsende eingesetzter Flüchtlingsstrom. So waren 30% der Volksschulen in Bayern zerstört und man erreichte eine durchschnittliche Anzahl von Schülern in einer Klasse von 83 Kindern.

Daraufhin kam es in vielen Volksschulen zu verkürztem Unterricht bzw. Schichtunterricht, um der Lage einigermaßen Herr zu werden.

Es fehlte außerdem an Lehrmitteln, wie Hefte, Stifte, Radiergummis usw. für die man verständlicherweise in den Nachkriegsjahren kein Geld hatte. Auch waren Schulbücher knapp, da viele der alten Bücher aus der Zeit des Nationalsozialismus stammten und nicht mehr den Gedanken von Demokratie und Entnazifizierung entsprachen.

Ein weiteres Problem stellte der Lehrermangel dar. Durch die Direktive 1067 vom 26.4.1945 und der Direktive AG 014.1-1 vom 7.7.1945 war es zu Entlassungen von ca. 9000 Volksschullehrern in Bayern gekommen. Jeder erhielt ein Arbeitsverbot als Lehrer an einer Schule, wenn er ein Nazisympathisant bzw. Parteimitglied der NSDAP war.

Die anfangs noch konsequent durchgeführten Entlassungen liberalisierte man jedoch schrittweise wieder, um dem Lehrermangel entgegen zu wirken. Dadurch gelang es der Militärregierung viele Lehrer wieder einzustellen. Jedoch Denunzianten, Propagandisten, Personen, die aus nutznießerschen Gründen aus der Kirche ausgetreten waren, in der Reichsleitung der NSDAP oder ihren Gliederungen hauptamtlich tätig waren, Gauleiter und Kreisleiter, Lehrer aus NS-Oberschulen, Adolf-Hitler-Schulen oder Ordensburgen, blieb die Wiedereingliederung in den Schuldienst weiterhin verweigert.²⁸

Die Militärregierung besaß in der Bevölkerung kein großes Ansehen, was deren Arbeit nicht erleichterte. Erst mit der Ernennung Herman Wells als educational manager am 1.3.1948 verbesserte sich diese Situation. Die E&RA wird in die Educational & Cultural Relations Division aufgewertet.

Die Umsetzung der Pläne zur Neugestaltung des Schulwesens ist für die amerikanischen Soldaten sehr schwierig, da sie keine ausgesprochenen Kenner des deutschen Schulwesens waren und die Suche nach amerikanischen Fachkräften in den USA gestaltete sich äußerst schwer, da keiner gewillt war in das zerstörte „Nazi-Deutschland“ zu gehen und der Bevölkerung zu helfen.

Auch hatten Schulen und Bildungseinrichtungen nach Kriegsende in der Militärregierung keine oberste Priorität. Es galt zu allererst, den hunger- und notleidenden Deutschen und Flüchtlingen zu helfen.

²⁸ Liedtke, 1997, S. 554

Mit der Direktive JCS 1067 befahl der Oberkommandant jedoch bereits in den ersten Nachkriegsjahren die Schließung aller Erziehungseinrichtungen, insbesondere die Adolf-Hitler-Schulen, die Nationalsozialistischen Erziehungsanstalten (Napolas) und die Ordensburgen. Mit dem Befehl JCS 1067 erlaubte er aber auch die Wiedereröffnung von Volks-, Mittel-, und Berufsschulen.²⁹ Die Höheren Schulen und die Hochschulen sollten jedoch basierend auf einem im alliierten Kontrollrat vereinbarten Programm durch die Besatzungsmächte gestaltet werden.

Mit der Entnazifizierung der Lehrerschaft und dem Verbot von Schulbüchern mit nazistischen Inhalten begann man in der amerikanischen Besatzungszone mit der Reinigung des Schulsystems.

Am 11.07. 1947 konnte durch bereits jahrelanger Bemühungen des oberkommandierenden Generals der amerikanischen Armee Lucius Clay die Weisung JCS 1067 durch JCS 1779 abgelöst werden. Die neue Direktive erlaubte es Clay einen positiver gestalteten kulturellen Wiederaufbau zu betreiben. JCS 1779 enthielt konkrete Vorgaben und erlaubte assistierende Forderungen an Entwicklungsarbeit im Bildungswesen. Alle besetzten Länder sollten eigene Programme entwickeln, die Chancengleichheit in der Bildung ermöglichen sollten.

Doch in der US-Besatzungszone tat man sich schwer. JCS 1779 war zwar der Anstoß für die über viele Jahre dauernde Debatte über die Strukturen des Bildungswesens in Deutschland, jedoch führten viele der Diskussionen meist zu keinen brauchbaren Ergebnissen.

Die anderen Besatzungsmächte taten sich bei der Entwicklung eines neuen Schulsystems in ihren Besatzungsgebieten wesentlich leichter.

Bereits 1947 übergaben die Briten den Deutschen in ihrer Besatzungszone alle Erziehungsangelegenheiten und behielten sich lediglich eine indirekte Kontrolle vor. Auch die Franzosen hatten schnell Germanisten gefunden, die sich mit der Umgestaltung des Schulsystems nach französischem Vorbild befassten. Sie wollten jedoch an ihrer Kontrolle auch nach der Gründung der Bundesrepublik festhalten. In der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands hatten die Sowjets bereits vor Gründung der DDR weite Zuständigkeiten an die ostdeutschen Zentralverwaltungen in Berlin abgegeben. Mit dem Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule 1946 legte man in der sowjetischen Besatzungszone die Einheitsschule als zukünftiges Schulmodell fest.

Mit der Zustimmung zur Länderverfassung Bayerns durch die US-Militärregierung wurde dem Freistaat die Zuständigkeit für das Bildungswesen übertragen. Die Artikel 129-137 der bayerischen Verfassung regelten die Schulpolitik Bayerns. Mit Zustimmung der bayerischen Bevölkerung per Volksentscheid am 01.12.1946 wurde mit der Landesverfassung auch das bayerische Schulwesen verfassungsrechtlich fundamentiert.

²⁹ Liedtke, 1997, S. 478f.

VERFASSUNG DES FREISTAATES BAYERN

VOM 02. DEZEMBER 1946

2. Abschnitt: Bildung und Schule

Art. 128

1) Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten.

Art. 129

- 1) Alle Kinder sind zum Besuch der Volksschule und der Berufsschule verpflichtet.
- 2) Der Unterricht an diesen Schulen ist unentgeltlich.

Art. 130

1) Das gesamte Schul- und Bildungswesen steht unter der Aufsicht des Staates, er kann daran die Gemeinden beteiligen.

Art. 131

- 1) Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.
- 2) Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne.
- 3) Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen.

Art. 132

Für den Aufbau des Schulwesens ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlagen, seine Neigung, seine Leistung und seine innere Berufung maßgebend, nicht aber die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern.

Art. 133

1) Für die Bildung der Jugend ist durch öffentliche Anstalten zu sorgen. Bei ihrer Einrichtung wirken Staat und Gemeinde zusammen. Auch die anerkannten Religionsgemeinschaften und weltanschaulichen Gemeinschaften sind Bildungsträger.

Art. 134

1) Privatschulen müssen den an die öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen entsprechen. Sie können nur mit Genehmigung des Staates errichtet und betrieben werden.

Art. 135

1) Die öffentlichen Volksschulen sind Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschulen. Die Wahl der Schulart steht den Erziehungsberechtigten frei. Gemeinschaftsschulen sind jedoch nur an Orten mit bekenntnismäßig gemischter Bevölkerung auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu errichten.

Art. 136

- 1) An allen Schulen sind beim Unterricht die religiösen Empfindungen aller zu achten.
- 2) Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach aller Volksschulen, Berufsschulen, mittleren und höheren Lehranstalten. Er wird erteilt in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft.
- 4) Die Lehrer bedürfen der Bevollmächtigung durch die Religionsgemeinschaften zur Erteilung des Religionsunterrichts.

Art. 137

1) Die Teilnahme am Religionsunterricht und an kirchlichen Handlungen und Feierlichkeiten bleibt der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten, vom vollendeten 18. Lebensjahr ab der Willenserklärung der Schüler überlassen.

Abbildung 8 Auszüge aus der Landesverfassung des Freistaates Bayern 1946³⁰

³⁰ Universität Turin, 14.05.2009, Verfassung Freistaat Bayern

Noch 1946 versuchte der damalige Kultusminister Bayerns Dr. Franz Fendt den Schulbetrieb wieder aufzunehmen. 14 Lehrerbildungsinstitute bzw. Aufbauschulen waren im Jahr 1964 in Betrieb.

An den höheren Schulen sowie an den Berufs- und Mittelschulen gab es die gleichen Probleme wie an den Volksschulen. Neben Lehrermangel und Mangel an Unterrichtsmaterialien, existierten auch nur wenige Gebäude, in denen Unterricht durchgeführt werden konnte.

Auch der Aufbau der Mittelschulen gestaltete sich mit den angesprochenen Problemen, verlief jedoch relativ zügig. Bereits nach Kriegsende setzte man die Kloster- und Ordensgemeinschaften wieder zur Führung von Mittelschulen ein. Es wurde einfach das System vor 1933 für die ausschließlich von Mädchen besuchten Mittelschulen wieder eingeführt. So konnten am 01.05.1946 bereits 49 klösterliche Mädchenmittelschulen und 2 für den Ordensnachwuchs wieder öffnen.³¹ Die im März 1947 herausgebrachte „Schulordnung für die Mädchen-Mittelschulen“ wurde zur wesentlichen Grundlage für den Schulbetrieb. Noch war die Mittelschule eine Schule nur für Mädchen. Dies änderte sich mit dem SJ 1949/50 als die dreijährige Mittelschule für Mädchen und Jungen eingeführt wurde.

Auch der Wiederaufbau des höheren Schulwesens gestaltete sich für die bayेरische Regierung äußerst schwierig. 44,5% der Schulgebäude waren zerstört oder teilweise beschädigt, so dass viele Schüler in Notunterkünften unterrichtet wurden.³² Hinzu kamen wegen der Kälte in den Wintermonaten bedingte Unterrichtsausfälle, fehlende Lehrmittel und ein unzureichender Kenntnisstand der Schüler, die in den letzten Kriegsjahren bereits mit 14 Jahren zum Kriegsdienst herangezogen wurden.

Durch diese Umstände war die Aufnahme eines regulären Unterrichts an höheren Schulen fast unmöglich und Kultusminister Dr. Fendt erklärte das SJ 1946/47 zum Wiederholungsjahr. Gleichzeitig gab man Schülern, die am Krieg teilnahmen, die Möglichkeit, an ausgewählten Schulen durch Sonderlehrgänge von einem halben bis anderthalb Jahren das Abitur zu erreichen. Im SJ 1946/47 hatten 79 gymnasiale, 7 realgymnasiale, 166 realistische Klassenzüge, 2 Wirtschaftsoberrealschulen und 4 höhere Handelsschulen im Freistaat Bayern ihren Schulbetrieb wieder aufgenommen.³³

Da die laufende Schulreform noch nicht beendet war, konnte keine neue Schulordnung erlassen werden. Es wurde daher die Schulordnung für höhere Lehranstalten von 1928 wieder in Kraft gesetzt. Erst am 17.05.1949 im Rahmen der Schulreform erhielten die 14 an Gymnasien und Oberrealschulen eingerichteten Kurzformen der höheren Schule Anweisungen bezüglich Lehrstoff und Stunden-
tafel.

³¹ Liedtke, 1997, S. 565

³² Liedtke, 1997, S. 566

³³ Liedtke, 1997, Tabelle S. 567

2.2.1. Das US-Erziehungsprogramm und dessen Abwehr in Bayern

Bereits im Jahre 1946 erhielten die Landesregierungen von der US-Militärregierung aus Berlin die Weisung das Schulsystem erst auf Landesebene und danach im gesamten Besatzungsgebiet nach amerikanischen Vorbild zu gestalten. Diese Schulreform mit dem Ziel einer Einheitsschule nach amerikanischem Vorbild bedeutete die Abkehr vom traditionellen gegliederten Schulsystem Deutschlands und der Wegfall des, besonders in Bayern hochgeschätzten, humanistischen Gymnasiums. Der neue Staatsminister für Unterricht und Kultus, Kultusminister Dr. Alois Hundhammer, lehnte die ihm auferlegte Reform entschieden ab und wollte eine eigene Neubildung des Schulwesens durchsetzen. Jahrelange Kontroversen zwischen der Militärregierung und der Landesregierung Bayerns folgten.

Mit der "Amerikanisierung" der Deutschen in der Besatzungszone tat sich die US-Regierung schwer. Eine 1947 große indirekte kulturelle Offensive das Educational Exchange Program stieß bei der bayerischen Bevölkerung auf großen Widerstand.

Die US-Besatzer hatten ein in drei Phasen gegliederten Erziehungsprogramm für den Freistaat Bayern erarbeitet.

In der ersten Phase ab 1945 war die Militärregierung die einzige Autorität. Sie veranlasste den Wiederaufbau der örtlichen Verwaltungen und eröffnete die Schulen wieder, um den Kindern die Möglichkeit zum Lernen zu geben.

In der zweiten Phase ihres Erziehungsprogramms überließ man dem deutschen Volke immer mehr Sachverhalte selbst. Besonders ersichtlich in den zur damaligen Zeit entstandenen Entwürfen der Länderverfassungen und des Grundgesetzes. Die Besatzungsmächte gaben den Handlungsrahmen vor. Mit der Direktive 54 des alliierten Kontrollrates versuchte die Militärregierung 1947 mit allen Mitteln ihre Vorstellungen eines Bildungswesens für Deutschland durchzusetzen.

Kultusminister Dr. Hundhammer hatte bereits am 31.03.1947 der US-Militärregierung seinen eigenen „Erziehungsplan auf weite Sicht“ vorgelegt.

Da die US-Militärregierung auf die Erfüllung der Direktive 54 bestand, missbilligte General Clay diesen Reformplan und gab ihn, mit der Bitte um Wiedervorlage, an das bayerische Kultusministerium zurück.

Am 30.09.1947 wurde der Militärregierung durch die CSU ein neu ausgearbeiteter Schulreformplan vorgelegt, der auf den Richtlinien der Militärregierung und dem Erziehungsplan Hundhammers basierte. Er wurde jedoch wieder durch die US-Behörden abgelehnt.

Um mehr Druck auf die bayerische Landesregierung auszuüben, ordnete man am 01.12.1947 die sechsklassige Grundschule an und verbot man alle zwei- und dreizügigen Schulsysteme und die nichtuniversitäre Lehrerausbildung. Außerdem sollte bis 01.02.1948 ein verbesserter Reformplan vorgelegt werden.

Schon am 16.01.1948 brachte der Kultusminister Hundhammer den Plan für eine Neuordnung der Lehrerbildung nach den Weisungen des Amtes der Militärregierung für Deutschland zur Vorlage im Landtag. Er ging auf die Weisungen der Militärregierung ein und veranlasste die Schließung der Lehrerbildungsinstitute und verwies in seinem Plan auf die sechsklassige Grundschule.

Es kam zu ausführlichen Debatten und Redebeiträgen im bayerischen Landtag, bei denen es Kultusminister Hundhammer geschickt verstand, den Abgeordneten die, seiner Meinung nach, überwiegenden Nachteile des Plans der Militärregierung eine Einheitsschule einzuführen aufzuzeigen. Bei den aufgezählten Kosten, die durch die geforderte Lehrmittel- und Schulgeldfreiheit sowie durch die Lehrerausbildung an den Universitäten auf den Haushaltsetat des Freistaates zukommen, waren die meisten Abgeordneten tief beeindruckt. Trotz der Tatsache, dass die SPD und auch die FDP die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit grundsätzlich für erstrebenswert hielten, lehnte man die Gesetzesentwürfe und damit auch die Umsetzung der Befehle der Militärregierung parteiübergreifend ab.

Die Staatsregierung wurde vom Landtag daraufhin beauftragt, in neue Verhandlungen mit der Militärregierung zu treten. Bereits am 31.01.1948 legte das Staatsministerium für Unterricht und Kultus in Bayern der Militärregierung einen neuen Schulreformplan nach Anweisungen der US-Militärregierung vor. In diesem Reformentwurf wurde das gesamte bayerische Schulwesen im Sinne der Einheitsschule neu gestaltet. Eine geforderte Schulreform für die Berufsschullehrer legte der Minister als Entwurf am 30.03.1948 der Militärregierung vor. Sowohl Dr. Hundhammer als auch der Ministerpräsident Dr. Ehard stellte Vorbemerkungen zu den Plänen und in Briefen klar, dass sie sich eindeutig von den aufgezwungenen Reformplänen der US-Militärregierung distanzieren.

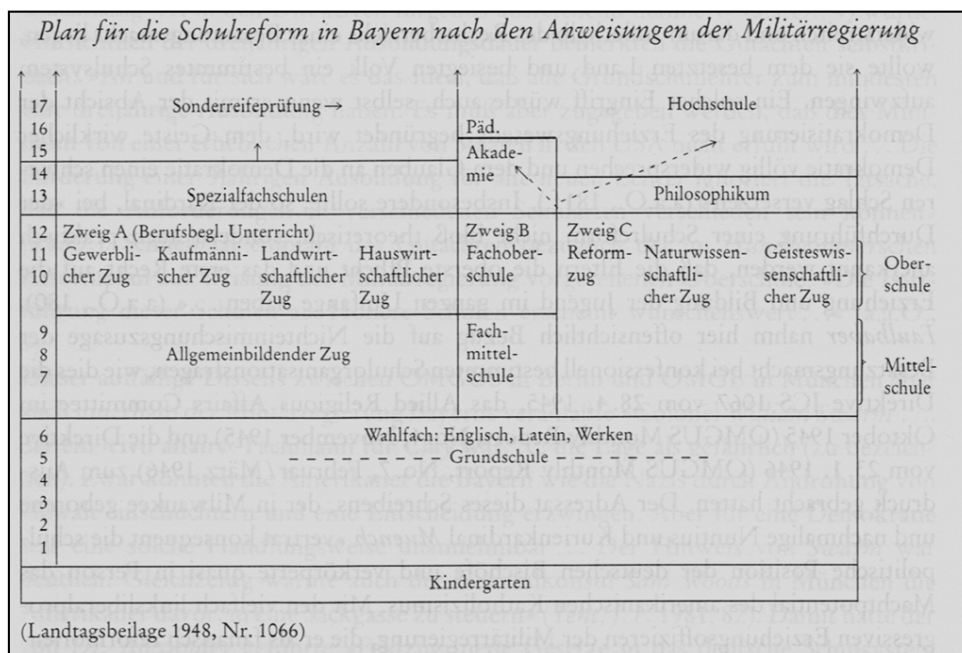


Abbildung 9 Schulreformplan vom 31.01.1948³⁴

³⁴ Liedtke, 1997, Abbildung S. 579

Der Streit um die Schulreform eskalierte. Im August 1948 erhielt der damalige Ministerpräsident Dr. Ehard den Befehl Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit für alle öffentlichen Volks- und höhere Schulen ab dem 01.09.1948 einzuführen. Gleichzeitig werden alle käuflich zu erwerbenden Schulbücher und Lehrmittel beschlagnahmt. Die Militärregierung drohte dem Freistaat Bayern falls der Befehl nicht ausgeführt wird mit empfindlicher Strafe.

Kultusminister Dr. Hundhammer holte sich ein Rechtsgutachten ein, welches bescheinigt, dass eine Verletzung der Haager Landkriegsordnung von 1907 durch die US-Militärregierung und ein nichtgebotener Übergriff auf das Privateigentum und des öffentlichen Schulsystems vorliegen.

Die Verantwortlichen der US-Militärregierung blieben standhaft. Sie wollten mit allen Mitteln der Bevölkerung und der Regierung Bayerns ein amerikanisches Schulsystem aufzwingen. Dabei wollte man aber nicht von seinen Grundsatz, dies auf demokratischem Wege durchzusetzen abweichen. Auch wenn sich nicht nur in der Regierung, sondern auch in der Bevölkerung heftiger Widerstand zeigte.

Doch durch den Befehl war dieser demokratische Grundsatz in Gefahr geraten. Sowohl die Amerikaner als auch die Regierung Bayerns gingen wieder einen Schritt aufeinander zu und setzten sich für Gespräche zusammen.

General Clay und Ministerpräsident Ehard fanden schlussendlich zu einem Kompromiss. Man einigte sich, dass ab dem SJ 1948/49 der Staat 50% der Schulgeld-, Lehrmittel- und Lehrkosten übernimmt. Ab dem SJ 1949/50 übernimmt der Staat 75% und ab dem SJ 1950/51 100% der Kosten. Somit war der Haushaltsetat nicht gleich mit einem enormen Ausgabenanstieg konfrontiert. Ministerpräsident Ehard sicherte der US-Militärregierung die finanzielle Absicherung durch den Landtag zu und im Gegenzug sicherte General Clay der Regierung Bayerns zu, dass man nicht sofort alle Punkte des amerikanischen Schulprogrammes übernehmen müsse.

Wie vereinbart verabschiedete der Landtag am 15.12.1948 mehrere Gesetze zur Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit. Bereits im April des Jahres gründete Kultusminister Dr. Hundhammer eine Stiftung zum Wiederaufbau des bayerischen Erziehungs- und Bildungswesens.

Der Abschlussbericht der Stiftung vom 22.02.1949 stellte folgende Kernpunkte einer Schulreform in Bayern vor:

- Eine in Kurs- und Kernfächer unterscheidende und um ein Jahr erweiterte Volksoberstufe
- Eine berufsbegleitende Berufsschule
- Eine vierklassige Realschule mit Übertrittsmöglichkeiten in eine dreiklassige Fachoberschule
- Das traditionelle Gymnasium mit Lang- u. Kurzform
- Die Ausbildung der Volksschullehrer und Berufsschullehrer an einem sechsklassigen pädagogischen bzw. Berufspädagogischen Institut³⁵

³⁵ Liedtke, 1997, S. 585f.

Es wurden durch die Stiftung viele Empfehlungen zur inneren Schulreform, zu Gesetzesentwürfen, Stundentafeln und dem 1950 zur Erprobung freigegebenen Bildungsplan für Volksschulen erarbeitet.

Kultusminister Dr. Hundhammer griff die Vorschläge der Stiftung sofort auf. Bereits ab dem SJ 1949/50 konnte die Regierung dank der schnellen Zustimmung der US-Militärregierung ein Schulreformprogramm einsetzen.

In Nürnberg, Augsburg und Regensburg erprobte man die Einführung des 9. Schuljahres an der Volksschule. Die Lehrerbildungsanstalten wandelte man schrittweise in das sog. Deutsche Gymnasium um und nahm bereits Schüler der 6. und 7. Volksschulklasse auf. Für die Lehrerbildung wurden 4 pädagogische und ein berufspädagogisches Institut gegründet.

Man öffnete die Mittelschulen auch für Jungen und wandelte die sechsklassige Realschule in eine dreiklassige Mittelschule um. Es wurden 18 Mittelschulen errichtet. Gleichzeitig erprobte man auch den Übertritt der 6. Volksschulklasse in die höheren Lehranstalten.

1949 setzte die 3. Phase des amerikanischen Erziehungsprogramms ein. Die US-Besatzungsmacht überließ der Bevölkerung immer mehr Verantwortung. Mit Artikel 7 GG ging die Verantwortung für das Bildungswesen auf die deutsche Regierung und deren Bundesländer über. Die Amerikaner zogen sich immer mehr zurück.

Es erfolgte ein Übergang von der Militär- zur Zivilverwaltung. Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland war auch der Einfluss der Amerikaner auf das Schulsystem praktisch nicht mehr vorhanden. Man besann sich auf die neuen Aufgaben im Bildungswesen: Beobachten, Beraten und Assistieren.

Leider führten die Streitereien auch zu einem katastrophalen Abschneiden Bayerns in ersten Vergleichen bei der Schulentwicklung mit anderen Bundesländern. So gab es bereits 1950/51 in Berlin, Bremen und Hessen für alle Volksschüler bereits Schulbuchfreiheit, während in Bayern noch 20% aller Volksschüler sich ihre Bücher kaufen mussten.³⁶

Mit der Einführung eines neuen Volksschullehrplans 1950 versuchte man den Zielen der US-Militärregierung gerecht zu werden. 29 Mittel- und 30 höhere Schulen wurden neu eingerichtet, in dem man das neue Fach social studies und einen neuen Geschichtslehrplan einführte.

Die US-Regierung versuchte die Schulen nach dem Vorbild der amerikanischen comprehensive school zu gestalten, was jedoch an dem zu großen Widerstand in der Bevölkerung scheiterte. Das Geld, welches man dafür ausgeben sollte benötigte man für den Wiederaufbau der Schulhäuser und deren Ausstattung.

Alle anderen Aufgaben mussten in der Schulverwaltung des Freistaates Bayern warten. Dadurch gelang es allen anderen Bundesländern in der US-Besatzungszone die geforderten Ziele schneller umzusetzen als Bayern. Auch verweigerte sich bayerische Regierung bei der geforderten Demokratisierung und Vereinheitlichung der Schulverwaltung und behielt das alte System der Verwaltung jedes Schultyps bei.

³⁶ Liedtke; 1997, S. 504

Ebenso durch die Wiedereröffnung der konfessionellen Schulen in Bayern wie vor der Zeit des Nationalsozialismus setzte sich der Freistaat in der Schulentwicklung zurück.

Mit der Verabschiedung des Schulorganisationsgesetzes am 08.08.1950 im bayerischen Landtag war die Zeit des Eingreifens der USA in die Schulpolitik Bayerns endgültig vorbei.

Abschließend lässt sich sagen, dass die bayerische Regierung mit breiter Unterstützung durch die Bevölkerung das Aufzwingen eines amerikanischen Schulsystems erfolgreich verhindern konnte. Es gelang, das traditionelle Schulsystem zu festigen und es um die staatlichen Mittelschulen für Mädchen und Jungen zu erweitern. Eine Sonderstellung nahm der Freistaat Bayern ein, als es um die organisationsrechtliche Fundierung des konfessionellen Volksschulwesens ging. Artikel 135 der Landesverfassung Bayern von 1946 verankerte die Volksschulen zu Bekenntnisschulen und festigt somit auch den Einfluss der Kirchen auf das Volksschulwesen in Bayern. Eine schwierige Situation wie sich in den folgenden Jahren noch zeigen wird.

Auch die Neugestaltung der Lehrerbildung lief nur langsam an. Zwar regte sich wenig Widerstand bei der Auflösung der Seminare, dennoch behielt man an den pädagogischen Instituten die strikte konfessionelle Lehrerbildung bei. Bis 1950 gelang es der Regierung in Bayern nicht, eine vollkommen ausgereifte Lehrerbildung einzusetzen. Durch die vielen Verweigerungen und Streitigkeiten mit der US-Militärregierung war die Entwicklung des Schul- und Bildungswesen in Bayern noch nicht so weit entwickelt wie in den anderen Bundesländern in der US-Besatzungszone. Ein Rückstand, den es galt in den nächsten Jahren aufzuholen.

2.3. Die Entwicklung des Schulwesen von 1950 – 1964

2.3.1. Der Amtswechsel im Kultusministerium und die Kultusministerkonferenz

Mit der Landtagswahl am 26.11.1950 verlor der Kultusminister Dr. Alois Hundhammer sein Amt.

Die Landtagswahlen von 1950 gelten als Wendepunkt in der bayerischen Schulpolitik. Jedoch sah sich der neue Kultusminister Josef Schwalber, bisheriger Staatssekretär im Innenministerium, den politischen Zielen seines ehemaligen Schul- und Parteifreundes Dr. Hundhammer in gewisser Weise verpflichtet.

Dr. Alois Hundhammer konnte im Großen und Ganzen mit seiner Amtszeit zufrieden sein. Er hatte seine wichtigsten Ziele, das Festhalten am Bekenntnisschulprinzip und das Abwehren der amerikanischen Einheitsschule erfolgreich durchsetzen können.

Da die Bundesländer durch Artikel 30 Grundgesetz, der besagt: „Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.“³⁷, die Kompetenzen für die Schulpolitik zugesprochen bekamen, waren sie gegenüber dem Staat bestrebt diese auch zu wahren.

Die Kultusminister aller bundesdeutschen Länder führten zu diesem Zwecke ständige Konferenzen der Kultusminister der Kultusministerkonferenz durch. Eine für die Länder effiziente Interessenvertretung entstand.

Bereits am 19. und 20.02.1948 trafen sich die Kultusminister oder Vertreter der Kultusministerien aus den Ländern in Stuttgart zu einer ersten Konferenz. Unter den Teilnehmern waren auch die Vertreter aus den Ländern in der sowjetischen Besatzungszone. Diese „...Konferenz der deutschen Erziehungsminister (...) war zugleich die Geburtsstunde der Kultusministerkonferenz der Länder ...“³⁸. Auf der sog. Stuttgarter Konferenz beschloss man, sich in regelmäßigen Abständen wiederzutreffen.

Auf der zweiten Konferenz waren die Vertreter der Länder in der sowjetischen Zone aufgrund der vorgekommenen geschichtlichen Ereignisse nicht mehr anwesend. Auf der zweiten Tagung entschied man, ein ständiges Sekretariat mit Sitz in Frankfurt am Main, dem damaligen Zweizonensitz, einzurichten. „Aufgabe des Sekretariats (ist) die Führung der Konferenzgeschäfte und eine (...) beobachtende Funktion gegenüber der Zweizonenverwaltung ...“³⁹. Das Sekretariat der KMK ist mit zwei höheren Beamten und zwei Angestellten besetzt.

Als die Bundesbehörden 1949 in Bonn, der damaligen Hauptstadt der BRD, ihre Arbeit aufnahmen, wurde auch der Sitz des Sekretariats nach Bonn verlegt. Ein Führungsgremium wurde gegründet, das die Konferenz nach außen vertritt und aus dem Präsident und zwei Stellvertretern, den sog. Vizepräsidenten, besteht.

Der damalige Kultusminister Dr. Hundhamer wurde am 19. und 20.10.1949 in Bernkastel erster Präsident der KMK. Seine Stellvertreter waren der hamburgische Senator Landahl und der hessische Kultusminister Dr. Stein.⁴⁰

Auslöser für die Konferenz war die damalige Befürchtung die Länder könnten sich durch die Einteilung in vier Zonen kulturell auseinander entwickeln. Weiterhin strebte man gemeinsame Grundlagen für das Schulsystem in Deutschland an. Auf der Tagesordnung der ersten Konferenz standen u.a. Punkte wie die Papierversorgung für die Schulbuchherstellung, die Klassenstärken, die Gesamtschuldauer, aber auch die Frage der Einheitsschule. Eine grundlegende Schulreform beschloss man jedoch nicht, da sich einige Länder, darunter auch Bayern, dagegen verwehrten. Die Frage nach der Schulreform kam erst in der 7. Sitzung am 20. und 21.04.1949 wieder auf. Es kam allerdings zu keiner Beschlussfassung.

³⁷ documentArchiv.de, v.14.05.2009, Grundgesetz

³⁸ Sekretariat der KMK, v.24.05.2009, S. 1,

³⁹ Sekretariat der KMK, v.24.05.2009, S. 1

⁴⁰ Sekretariat der KMK, v.24.05.2009, S. 3

Man legte in der 1. Konferenz in Bernkastel als Aufgabe der ständigen Konferenz der Kultusminister fest, „... dass die Kulturhoheit der Länder bei allen Maßnahmen der Bundesorgane und der Bundesbehörden gewahrt bleibt, und daher (darüber) wachen (werde), dass ihre kulturpolitische Arbeit keine Einschränkung erfährt.“⁴¹ in der im Dezember 1949 verabschiedeten Geschäftsordnung definiert sich die Konferenz als „ ... freiwillig tätige Arbeitsgemeinschaft.“⁴²

In der Geschäftsordnung hielten die Minister fest, dass alle Beschlüsse einstimmig getroffen werden müssen und dass alle „... verfassungs- und verwaltungsrechtliche Zuständigkeit des Bundes und der Länder unberührt bleibe.“⁴³

Die Hauptaufgabenfelder der KMK liegen im Bereich der Schulen und Hochschulen und der Kunst und Kultur. Fast alle Beschlüsse der KMK sind in den einzelnen Bundesländern umgesetzt worden. Mal mit weniger, mal mit mehr Wirkung auf das jeweilige Bundesland.

Als wichtige Abkommen für das Schulwesen seien das 1955 zwischen den Ländern und der Bundesregierung abgeschlossene Düsseldorfer Abkommen, das 1964 geschlossene Hamburger Abkommen und die Reform der Oberstufe 1972 erwähnt.

Trotz vieler Veränderungsprozesse ist die KMK noch heute eine bedeutende Institution. „Ihr Auftrag war und ist es, bei grundsätzlicher Eigenständigkeit der Länder und föderaler Vielfalt das notwendige Fundamentum an Einheitlichkeit, Gemeinsamkeit und Vergleichbarkeit im Bildungs- und Kulturwesen der Länder zu sichern.“⁴⁴

Die Beschlüsse der KMK wurden auch in Bayern umzusetzen. Sie waren oft Anstoß für notwendige, vielleicht, ohne die Vorschläge der anderen Länder, nie durchgeführten Maßnahmen im Schulwesen. Die Einführung einer 9. Volksschulklasse wäre ohne Beschluss der KMK wahrscheinlich nicht eingeführt worden.

Bereits 1954 gab es wieder einen Wechsel an der Spitze im bayerischen Kultusministerium. Neuer Ministerpräsident wurde Wilhelm Hoegner und der neue Kultusminister wurde der parteilose August Rucker.

Zu einer der wichtigsten Aufgaben des neuen Kultusministers wurde die Umgestaltung der Lehrerbildung in Bayern hin zu einer Ausbildung an der Hochschule. Bereits am 28.01.1955 legte man dem Landtag einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor. Doch durch die Ablehnung der CSU und der Kirchenverbände eine selbstständige, staatliche, unkonfessionelle simultan organisierte Hochschule zu errichten, scheiterte der Gesetzesentwurf.

⁴¹ Sekretariat der KMK, v.24.05.2009, S. 3

⁴² Sekretariat der KMK, v.24.05.2009, S. 3

⁴³ Sekretariat der KMK, v.24.05.2009, S. 3

⁴⁴ Sekretariat der KMK, v.24.05.2009, S. 14

Nach mehreren Diskussionsrunden im Landtag, gelang es dem eingesetzten kulturpolitischen Ausschuss zwei Gesetzesänderungen in den Entwurf einzuarbeiten. Man gewährte jetzt die Option auf die Errichtung nichtstaatlicher Hochschulen für Lehrerbildung zu errichten. Damit wollte man den Kirchen entgegenkommen und ihnen die Möglichkeit geben, eigene Hochschulen zu errichten. Als zweite Änderung sollte an den zukünftigen Hochschulen für jedes Bekenntnis eine eigene Professur für konfessionelle Wertlehre eingerichtet werden.

Während sich die katholische Kirche strikt weiterhin gegen das Gesetz wehrte und auch Gespräche zwischen dem Ministerpräsidenten Hoegner und Kardinal Wendel im Januar 1956 ergebnislos endeten, war die evangelische Kirche nun gesprächsbereiter.

Sie unterbreitete den Vorschlag, den Absolventen einer simultanen Lehrerbildungsstätte auch an Bekenntnisschulen einzusetzen, vorausgesetzt die Ausbildung erfolgte auf christlicher Grundlage, an allen Hochschulen sind glaubensmäßige Schwerpunkte belegbar und die Hochschulen sind nach konfessionellen Aspekten organisiert. Mit diesem Vorschlag konnte die bayerische Landesregierung gut leben und es kam im Februar des Jahres zu einer Einigung.

Anfang Oktober 1957 zerbrach die Viererkoalition und am 08.10.1957 trat Ministerpräsident Hoegner von seinem Amt zurück. Es bildete sich eine neue Koalition zwischen CSU, FDP und dem GB/BHE. Neuer Ministerpräsident wurde Hanns Seidel (CSU) und neuer Kultusminister wurde Theodor Maunz (CSU).

Im Februar 1958 legte man im Landtag den sog. Seidel-Plan, ein neuer Gesetzesentwurf zur Lehrerbildung vor.

„Die Pädagogischen Hochschulen haben bekenntnismäßigen Charakter... Meldet sich eine für den Lehrbetrieb einer pädagogischen Hochschule ausreichende Zahl von Studierenden mit dem Begehren, an einer Pädagogischen Hochschule simultanen Charakters ausgebildet zu werden, so wird eine Hochschule dieses Charakters errichtet... Studierende, die sich um das Lehramt an Volksschulen mit Bekenntnischarakter bewerben, müssen ihre Pflichtvorlesungen ... an einer Pädagogischen Hochschule mit entsprechendem Bekenntnischarakter, deren Wahl ihnen freisteht, hören und an einer solchen die Abschlußprüfungen ablegen; weitere Vorlesungen, Übungen und Seminare, können sie an einer sonstigen Pädagogischen Hochschule oder einer Universität hören.“ (Buchinger, H. 1975, 608)⁴⁵

Dieser neue Gesetzesentwurf stieß bei der Opposition und den Lehrerverbänden, selbst beim Koalitionspartner FDP auf wenig Begeisterung. Ein weiterer Entwurf folgte, der die Anbindung der pädagogischen Hochschulen an die Universitäten beinhaltete. Dieses Gesetz billigte der Landtag schlussendlich am 02.06.1958.

Im ersten Jahr verzeichneten die pädagogischen Hochschulen insgesamt 2273 Studenten. Bei der Ausbildung zum Volksschullehrer notierte man einen Anstieg von 23% gegenüber dem Vorjahr.⁴⁶

⁴⁵ Liedtke, 1997, S. 711

⁴⁶ Liedtke, 1997, S. 714

Die damit fast 10 Jahre dauernde Entwicklung eines benötigten Gesetzes zur Lehrerbildung fand 1958 sein Ende. Die steigende Zahl der Studenten ließ erkennen, dass mit dem Gesetz erfolgsversprechende Aussichten zu erwarten waren.

2.4. Die Schulen in Bayern 1950-1964

2.4.1. Das Volksschulwesen

Dass es bei den zahlreichen kleinen Landschulen in Bayern zu schulorganisatorischen Problemen kommen würde, war dem Beobachter bereits Mitte der 50-er Jahre ersichtlich.

Im SJ 1950/51 gab es im Freistaat 4961 katholische und 1519 evangelische Bekenntnisschulen, sowie 227 Gemeinschaftsschulen. Bereits im Schuljahr 1959/60 waren es schon 5204 katholische, 1557 evangelische Bekenntnisschulen und 242 Gemeinschaftsschulen.⁴⁷

Ein weiterer Grund für die entstehenden Probleme ist im Prinzip der ungeteilten bzw. nur teilweise geteilten Volksschule zu finden. Der Unterricht erfolgte für alle Volksschüler in einer Klasse oft bedingt durch das Bekenntnisschulprinzip und dem Prinzip der dorfeigenen Schule, an denen die Bevölkerung und auch die Regierung festhielten. Nur wenigen Ausnahmefällen war es erlaubt, wie in der Landesverfassung Artikel 135 verankert, Verbandsschulen zu gründen.

1955 regte der Kultusminister Rucker erste Diskussionen zur Schließung von Zwergschule (Schule mit max. 25 Schülern) und deren Zusammenlegung an. Es kam zum Beginn einer Landschulreform an den Volksschulen, bedingt auch durch den Landlehrermangel, sinkenden Geburtenraten und der allgemeinen Landflucht der Bevölkerung in Bayern.

Da sich in der Region Unterfranken die meisten Zwergschulen befanden, erprobte man hier zuerst die Landschulreform. Trotz Bedenken der politischen Spitze, allen voran Ministerpräsident Hoegner und der ländlichen Bevölkerung, deren Lehren und Pfarrer, setzte man die Verbandsschulbildung fort. 1956 wurden in Ober- und Unterfranken 4 Schulen zusammengelegt.

Die Zusammenschlüsse der Schulen ließen sich schon wegen des weiterhin bestehenden Lehrermangels nicht verhindern. Nicht unerheblich dazu beigetragen hatten die Unstimmigkeiten hinsichtlich der Lehrerausbildung. Erst ab 1959 war ein verstärkter Zustrom an den neuen pädagogischen Hochschulen zu verzeichnen. Bis dahin musste man sich mit Maßnahmen, wie die 45 Minuten Unterrichtsstunde und der Reaktivierung von Volksschullehrern im Ruhestand über Wasser halten. Ab 1963 setzt man verstärkt Fachlehrer ein, so dass der Klassenlehre nicht mehr den kompletten Unterricht abhalten musste und somit nur noch seine Kernunterrichtsfächer abhalten sollte.

Binnen weniger Jahre stieß die Zusammenlegung der kleineren Schulen in der Bevölkerung auf wachsende Zustimmung. Man erkannte allmählich die sich

⁴⁷ Liedtke, 1997, S. 716

daraus resultierenden Vorteile. Mit der Errichtung der Unterstufen- und Oberstufenverbandsschulen 1965/66 schaffte die Landschulreform ihren Durchbruch.

Das Problem der Zusammenlegung bekenntnisunterschiedlicher Schulen blieb jedoch ungelöst.

Da für die Errichtung einer Gemeinschaftsschule das Bekenntnisschulprinzip nicht mehr aufrecht gehalten werden konnte, bedurfte es einer Verfassungsänderung. Weil man aber mit dem Widerstand der Kirchen in dieser Frage rechnete, entschloss man sich zu einer Übergangslösung. Man integrierte die Lehrer und Schüler einer Bekenntnisminderheit in eine Schule mit anderem Bekenntnis und versuchte nach Möglichkeit bekenntnishomogene Klassen zu bilden. Man sprach von sog. modifizierten oder gemischten Bekenntnisschulen. Eine wenig praktikable Lösung wie sich herausstellte, die man der zukünftigen Regierung zu lösen überließ.

2.4.2. Das Mittelschulwesen

Wie bereits erwähnt, gründete man 1949 Mittelschulen sowohl für Mädchen und Jungen. Eine neue Ära der Mittelschule in Bayern begann.

Die Gemeinden mussten für Raum- und Sachbedarf der Mittelschulen aufkommen. Der Staat übernahm die Personalkosten auf Antrag. Der Besuch einer Mittelschule baute auf dem 7-jährigen Volksschulbesuch auf. Man legte in der Ausbildung den Schwerpunkt auf einen allgemein bildenden, durch die Fremdsprache Englisch ergänzten Unterricht. An einer Mittelschule legte man stets großen Wert auf eine berufsbezogene Ausbildung. Dafür stand dem Schüler ein wirtschaftlicher, gewerblicher oder landwirtschaftlicher Zweig zur Auswahl. Für das SJ 1949/50 galten noch Übergangslehrpläne. Erst 1950 und 1955 mit einer bereinigten Fassung wurden die Unterrichtsinhalte verbindlich geregelt.

42 Kommunen beantragten 1950 beim Kultusministerium die Errichtung einer staatlichen Mittelschule. Erste Schulöffnungen konnten bereits im Oktober durchgeführt werden. Ende der 50-er Jahre hatte der Freistaat Bayern 39 staatliche Mittelschulen zu verzeichnen.

Mit Anstieg der Schulzahlen stiegen auch die Schülerzahlen. Lernten 1949/50 600 Jungen und 10550 Mädchen an einer Mittelschule, so waren es 1959/60 bereits 15.979 Jungen und 27.666 Mädchen.⁴⁸

Die Mittelschulen dienten dem Zweck, für den Nachwuchs in gehobenen praktischen Berufen der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handel und der Verwaltung, in pflegerischen, sozialen, technisch-künstlerischen und hauswirtschaftlichen Frauenberufen eine geeignete Schulausbildung zu vermitteln.

Dabei gelang es dem Freistaat Bayern in dem Mittelschulwesen eine führende Stellung unter den Bundesländern Deutschlands einzunehmen.

⁴⁸ Liedtke, 1997, S. 736

Ende der 50-er Jahre und Anfang der 60-er Jahre stellte man die bisherige dreiklassige Mittelschule auf eine vierklassige Schule um und erarbeitete eine verbindliche Regelung der Mittelschullehrerbildung.

Nun war es dem Schüler möglich, bereits ab der 6. Volksschulklasse an eine Mittelschule zu gehen. Die Wahlpflichtfächer musste der Schüler erst nach Besuch des 1. Schuljahres an einer Mittelschule festlegen. Man gab dem Schüler damit die Möglichkeit sich mit der Wahl seines zukünftigen Berufes gründlicher und eingehender zu befassen.

Mit der Erfüllung des Hamburger Abkommens 1964 wurden, auch bedingt durch die Umbenennung der Oberrealschule in mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium, die Mittelschulen in Realschulen umbenannt.

2.4.3. Das höhere Schulwesen

Das traditionelle höhere Schulwesen in Bayern besteht aus Gymnasium, Oberrealschule und Realgymnasium. Das Drängen der Amerikaner eine Einheitschule einzurichten, wurde von der Regierung und der Bevölkerung Bayern als Ende des humanistischen Gymnasiums angesehen.

Da man sich erfolgreich gegen das amerikanische Schulsystem gewehrt hatte, kam es in den 50-er Jahren zu kaum nennenswerten Veränderungen bzw. Entwicklungen im höheren Schulwesen. Da ab dem SJ 1948/49 an den Lehrerbildungsstätten keine neuen Auszubildenden aufgenommen werden durften, wandelte man diese Schulen in einen neuen Typus der höheren Schulen um. Dieser wurde ab 1954 deutsches Gymnasium genannt.

Im Zusammenhang mit der Ausbildung an höheren Schulen scheint in diesem Zeitraum die 1951 durchgeführte Wiedereinführung des 9. Schuljahres erwähnenswert. Man wollte dem Schüler in diesem Schuljahr selbstständiges, kritisches und geistiges Arbeiten ermöglichen und dabei den Lernstoff weitestmöglich auszusparen.

Mit Beginn der 1950-er Jahre nahm auch das Interesse von Eltern an einer höheren Bildung ihrer Kinder zu. Soziale Aufstiegschancen waren immer mehr mit dem Besuch einer höheren Schule und der damit erwarteten höheren Bildung verbunden. Gemessen an der Gesamtzahl der gleichaltrigen Bevölkerung verdoppelte sich die Schülerzahl an den höheren Schulen zwischen 1938 und 1959.⁴⁹

Wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs und den Voraussetzungen der sich entwickelnden modernen Industriegesellschaft kam es besonders 1950-1955 zu einem rapiden Anstieg der Schülerzahlen.

Den ansteigenden Schülerzahlen folgte bald der Ruf nach guter Bildung, der zu Beginn der 60-er Jahre immer lauter ertönte und 1964 im Artikel von Georg Picht seinen Höhepunkt erreichte.

Man entschied sich das höhere Schulwesen auszubauen, um dem Drängen der Bevölkerung nach guter Bildung am Gymnasium gerecht zu werden.

⁴⁹ Liedtke, 1997, S. 739

Infolge des Hamburger Abkommens erhielten alle Schularten des höheren Schulwesens ab 1965 die gemeinsame Bezeichnung Gymnasium.

Das Wirtschaftsgymnasium, seit 1960 als Wirtschaftsoberrealschule bekannt und das sozialwissenschaftliche Gymnasium für Mädchen zählten seit 1965 ebenfalls als neue Schultypen zum höheren Schulwesen.

Lag der Anteil an weiblichen Schülern an einer höheren Schule 1950 noch bei 34,7%⁵⁰ setzte ab Mitte der 60-er Jahre, im Zuge einer von der Regierung eingesetzten Bildungswerbung und des veränderten Frauenbildes und ihrer Rolle in der Gesellschaft, ein steter Anstieg der weiblichen Schülerzahlen ein.

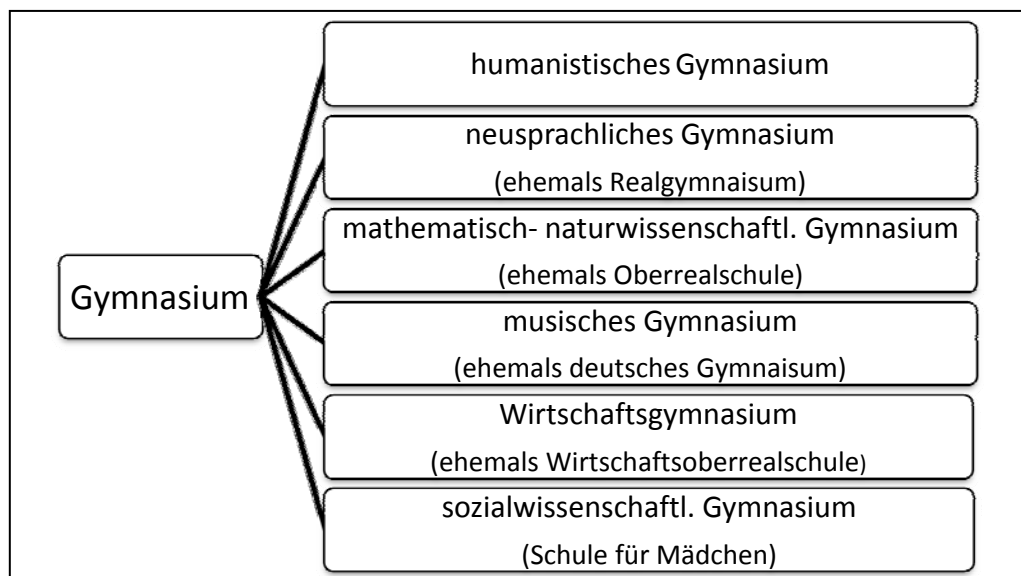


Abbildung 10 Gymnasiumsformen in Bayern ab 1965

Anfang der 1960-er Jahre werden durch den Druck aus der Bevölkerung erste Vorkehrungen zur Reform der gymnasialen Oberstufe getroffen. Der Neuaufbau des höheren Schulwesens sollte die weiteren Jahre das bestimmende Thema bleiben.

⁵⁰ Liedtke, 1997, S. 741

2.5. Das Bayerische Bildungswesen 1964-1970

2.5.1. Das Hamburger Abkommens von 1964

Am 28.10.1964 unterzeichneten die Regierungschefs der Bundesländer die „Neufassung des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens“⁵¹ auf der KMK in Hamburg. Das sog. Hamburger Abkommen war eine Weiterentwicklung des Düsseldorfer Abkommens, dass die Dreigliederung des deutschen Schulwesens als verbindliche Basis aller Schulsysteme der Länder beinhaltete.

Das Hamburger Abkommen war in fünf Abschnitte unterteilt, wobei nur der 2. Abschnitt eine direkte Bedeutung für das Bildungswesen hatte. Das Abkommen beinhaltete:

- allgemeine Bestimmungen über das Schuljahr
- Beginn und Dauer der Schulpflicht
- Ferienregelungen/ Schuljahresbeginn immer im Herbst
- Regelungen für einheitliche Bezeichnungen im Schulwesen
- Organisationsformen
- Anerkennung von Prüfungen und Zeugnissen
- Bezeichnung der Notenstufen
- Neuregelung der Sprachenfolge an Gymnasium und Realschule
- Härtefallklauseln für Schulwechsel innerhalb der Bundesländer⁵²

Eine Neuerung des Abkommens war die Berücksichtigung der Grund- und Hauptschulen im Abkommen. So einigte man sich auf die Einführung eines 9. Schuljahres und des Erlernens einer Fremdsprache ab der 5. Klasse an einer Hauptschule. Weiterhin ausgespart blieben dagegen die beruflichen Schulen.

Die 1966 folgenden Richtlinien und Empfehlungen zur Ordnung des Unterrichts in den Klassen 5 bis 11 der Gymnasien und 1969 die Empfehlungen zur Hauptschule der Kultusminister knüpften an das Hamburger Abkommen an.

Noch heute bildet das Hamburger Abkommen die einheitliche, gemeinsame Grundlage des Schulwesens der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Hamburger Abkommen und seine Erfüllung hatten große Auswirkungen auf die bayerische Bildungspolitik.

Der, 1964 neu ins Amt berufene, Kultusminister Dr. Ludwig Huber veranlasste, neben den bereits erwähnten Umbenennungen der Schultypen, durch eine Richtlinie für Bayerische Volksschulen 1966 die Aufnahme der 9. Jahrgangsklasse an den Volksschulen.

⁵¹ Sekretariat der KMK, v.24.05.2009, S. 7

⁵² Sekretariat der KMK, v.24.05.2009, S. 7

2.5.2. Das Volksschulwesen

Die Volksschulen in Bayern hatten Mitte der 60-er Jahre noch immer mit der Bindung an das Schulorganisationsgesetz von 1950, dem Konkordat und dem Kirchenvertrag zu kämpfen. Das Recht der Gemeinden auf eine eigene Dorfschule und die Verankerung in der bayerischen Landesverfassung, dass Volksschulen Bekenntnisschulen sind, erschwerten die notwendige Zusammenlegung der Volksschulen weiterhin.

Erst das Volksschulgesetz von 1966 konnte das Schulorganisationsgesetz mit Zustimmung der beiden Kirchenverbände außer Kraft setzen.

Man vereinbarte, wenn mind. 35 Schüler einer Bekenntnisschule einem anderen Bekenntnis angehören, erhalten diese Schüler einen Religionslehrer ihres Bekenntnisses. Der Lehrer erteilt auch Unterricht in anderen Fächern, ist Klassenlehrer und ein vollwertiges Mitglied der Lehrerkonferenz.

Die erforderliche Verfassungsänderung des Artikels 135 der Landesverfassung führte zu Streitigkeiten zwischen den Regierungsparteien und der Opposition. Da man sich nicht auf einen Gesetzestext einigen konnte, streben die Parteien ein Volksbegehren an.

Dieser Volksentscheid hatte einen klaren Sieg für die Gesetzesvorlage des bayerischen Landtages zur Folge.

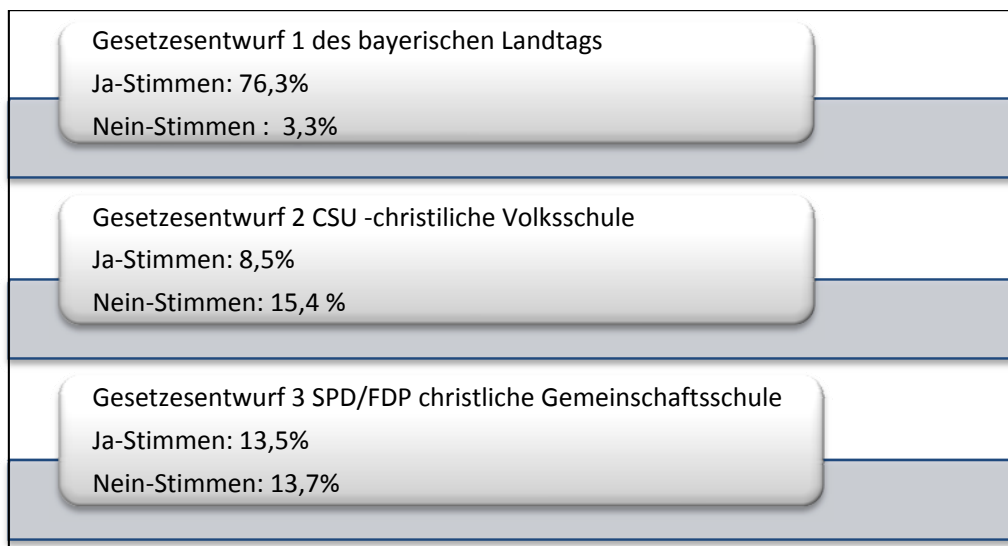


Abbildung 11 Ergebnisse Volksentscheid 1968⁵³

Das Gesetz für die Änderung des Artikels 135 BV lautet nun wie folgt:
„Die öffentlichen Volksschulen sind gemeinsame Schule für alle volksschulpflichtigen Kinder. In ihnen werden die Schüler nach den Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet und erzogen. Das Nähere bestimmt dazu das Volksschulgesetz.

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1968 in Kraft“⁵⁴

⁵³ Liedtke, 1997, S. 760

⁵⁴ Liedtke, 1997, S. 760f

Auch traf man sich mit den Kirchen wegen der Verfassungsänderung zu Gesprächen und konnte am 07.10.1968 die geringfügigen Veränderungen am 1924 mit der katholischen Kirche geschlossenen Konkordats und dem mit der evangelischen Kirche geschlossenen Kirchenvertrags bekannt geben.

Ein jahrelang anhaltender Disput zwischen Regierung und Kirchen fand damit seinen Abschluss. Mit den Änderungen in den Kirchenverträgen war auch die Zeit bayerische Bekenntnisschule endgültig zu Ende.

Es kam zur Bereinigung des Volksschulgesetzes von 1967, in dem die konfessionelle Bindung abgeschafft, Erleichterungen bei der Organisation des Pflichtschulwesens vereinbart wurden und die verschiedenen Schularten innerhalb des Pflichtschulwesens wegfielen.

Die Bildung von Bekenntnisklassen war nun keine Pflicht mehr. Den Volksschulen war es nun erlaubt, Schüler unterschiedlichen Bekenntnisses gemeinsam auf der Basis des christlichen Bekenntnisses zu unterrichten und zu erziehen.

2.5.3. Das Realschulwesen

Das Realschulwesen unterlag in den 60-er Jahren keinen einschneidenden Reformen. Die Realschule entwickelte sich zu einem der beliebtesten Schultypen im Freistaat, was aktuelle Statistiken belegen.

Ein solcher Anstieg kam nicht einfach so zu Stande. Das Kultusministerium setzte in dieser Zeit eine intensive Bildungswerbung für die Realschulen ein. Ab dem Jahr 1965 folgte eine innere Umstrukturierung hinsichtlich des Angebotes an den Schulen. Die Wahlpflichtfachgruppe III wurde auf die Bildungsansprüche der sozialen, musischen und handwerklichen Gebiete ausgerichtet. Die Fremdsprache Englisch wurde im Unterricht mehr gefördert z. B. durch Sprachlabors. Das Schulfernsehen hielt Einzug in den Unterricht als eine Lehrmethode. Den Mädchen bot man mehr naturwissenschaftliche Fächer an und beschränkte ihre Ausbildung nicht mehr ganz auf den sozialen Bereich.

Ab dem SJ 1966/67 erhielten Schüler der 7. Klasse auf Wunsch einen zusätzlichen Ergänzungsunterricht, um den Übergang von der Volksschule auf die Realschule zu erleichtern. Seitdem waren Wechsel in den Klassenstufen 7, 8 und 9 von der Volksschule an die Realschule ohne zeitliche Verluste möglich. Eine Wiederholung von Jahrgangsstufen brauchte der Schüler beim Schulwechsel nun nicht mehr zu fürchten.

Tab. F 1: Realschulen¹

(öffentliche und private Schulen zusammen)

Jahr (jeweils 1. 10.)	Schulen	Schüler ²	Klassen	Lehrer		Wöchentl. erteilte Unterrichts- stunden
				voll- und teilzeit- beschäftigt ^{3,4}	insgesamt ⁵	
	1	2	3	4	5	6
1955	174	37 733	1 053	1 545	1 820	•
1960	195	49 436	1 575	2 379	2 649	•
1965	234	77 033	2 348	3 485	4 012	•
1970	287	129 242	3 909	5 576	6 255	146 445
1975	319	159 921	4 985	6 921	7 533	183 268
1980	322	178 438	5 844	7 802	8 457	201 606
1985	330	145 246	5 321	7 920	8 334	196 525
1990	328	121 202	4 862	8 028	8 357	187 458
1995	326	137 963	5 066	8 167	8 476	194 004
2000	331	166 396	5 941	8 905	9 508	216 878
2001	334	182 583	6 440	9 405	10 041	233 344
2002	337	198 889	6 968	9 940	10 654	250 023
2003	339	211 333	7 404	10 550	11 269	264 637
2004	342	219 674	7 697	10 746	11 480	276 167
2005	349	225 349	7 858	11 085	11 797	281 312
2006	349	230 518	8 014	11 413	12 263	282 983
2007	349	233 607	8 180	11 807	12 744	289 529

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

¹ Einschließlich Aufbaufklassen an Volksschulen, die bis 1969 bestanden haben, sowie der kooperativ geführten Realschulzüge an den Gesamtschulen (ab 1973 auch Schwabmünchen, ab 1980 auch Treuchtlingen, ab 1993 nur noch Treuchtlingen und Wilhelm-Löhe-Schule Nürnberg). Bis 1979 einschließlich Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung (ab 1980 vgl. Tabelle E 5).² Siehe auch Tabelle C 6: Abschlüsse an Schulen.³ Als teilzeitbeschäftigt gelten alle Lehrer, die mit mindestens der Hälfte, aber weniger als der vollen Unterrichtspflichtzeit beschäftigt sind.⁴ Angegeben sind die auf Vollzeitlehreereinheiten umgerechneten voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrer. Bei dieser Umrechnung werden ab 1987 zusätzlich zu den erteilten Unterrichtsstunden auch die Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden der betroffenen Lehrer berücksichtigt. Bis 1975 wurden die mit Beschäftigungsauftrag eingesetzten Lehrer im Vorbereitungsdienst einbezogen. Ab 1987 sind auch die mit Dienstbezügen abwesenden voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrer hinzugerechnet.⁵ Die Zahl der Lehrer insgesamt enthält die voll- und teilzeitbeschäftigten Lehrer (gemäß Fußnote 4) sowie die mit weniger als der Hälfte der vollen Unterrichtspflichtzeit tätigen Lehrer und Mehrarbeit leistenden Lehrer, die entsprechend der von ihnen erteilten Unterrichtsstunden, ab 1987 unter Einbeziehung der gewährten Anrechnungsstunden, auf Vollzeitlehreereinheiten umgerechnet sind. Ab 1975 wird der von Lehrern im Vorbereitungsdienst eigenverantwortlich erteilte, auf Vollzeitlehreereinheiten umgerechnete Unterricht bei den Lehrern insgesamt als weitere Gruppe hinzugerechnet.**Abbildung 12 Schülerzahlen Realschulen in Bayern⁵⁵**

2.5.4. Das höhere Schulwesen

Im höheren Schulwesen vollzog man im Jahre 1964 einen Neuaufbau. Zusammengefasst lassen sich aus der Neuordnung folgende wichtige Umgestaltungen darstellen:

- Wegfall einer Fremdsprache nach der 7. Klasse (Ausnahme: deutsches Gymnasium)
- Wegfall eines der beiden musischen Fächer nach der 7. Klasse (Ausnahme: Oberealschule)
- Schüler muss sich nach der 7. Klasse zwischen Chemie oder Physik entscheiden (Ausnahme: Oberrealschule)
- Abschluss einer Reifeprüfung nach der 8. Klasse Gymnasium mit einer Vorprüfung
- Nach Möglichkeit Zusammenlegung von einstündig erteilten Fächern zu zweistündig erteilten Unterrichtsfächern
- Zusätzlicher Unterricht in Sozialkunde
- Einzige Schwerpunktfächer in den letzten beiden Jahrgangsklassen sind Deutsch, Mathematik und Religionslehre und abhängig von der Schulart eine der drei möglichen Fremdsprachen

⁵⁵ Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2008, S. 83 Tab F1

Um der noch hohen Fluktuationszahl von Schülern am Gymnasium entgegen zu wirken, setzte Kultusminister Huber erstmals 1967 eine Nachprüfung ein. Diese Chance eine Prüfung abzulegen, wenn das Klassenziel nur knapp verfehlt wurde, war als Hilfestellung für Schulabbrecher gedacht. „Von diesem Angebot hatten nach den Angaben Hubers weit über 1000 Schüler erfolgreich Gebrauch gemacht.“⁵⁶

2.6. Das Bayerische Bildungswesen 1970 – 1990

2.6.1. Der Wechsel an der Spitze im Kultusministerium 1970

Mit dem Wechsel Dr. Hubers am 08.12.1970 an das Staatsministerium für Finanzen, übernahm Prof. Dr. Hans Maier als neuer Minister das Kultusministerium.

Mit der Überschrift seiner ersten Haushaltsrede „Bildungspolitik am Scheidewege“⁵⁷ charakterisiert er damit auch sogleich seine zukünftige Amtszeit.

Im Jahre 1973 sah der Bildungsgesamtplan der bayerischen Regierung die Einrichtung einer integrierten Gesamtschule vor. Kultusminister Prof. Dr. Maier wandte sich gegen den Plan der Regierung und forderte drei Sondervoten in einer Rede vor dem Landtag.

Aus seiner Sicht waren die Frage der zukünftigen Schulorganisation, die weitere Erprobung der Orientierungsstufe und die Neugestaltung der Lehrerbildung neu zu überdenken.

Prof. Dr. Maier sprach sich für die Beibehaltung des differenzierten Bildungswesens aus und schlug eine Neuordnung des Schulwesens nach dem Vorbild des Gesamtschulkonzeptes der SPD-regierten Bundesländer vor. Die Neugestaltung der Orientierungsstufe verlagerte er in das Jahr 1976, um die bis zu diesem Jahr laufenden Erprobungen in die Umgestaltung mit einfließen zu lassen. Bei der Lehrerbildung bevorzugte er einen mindestens 6-semestrigen Studiengang für die Lehrer in der Primar- und Sekundarstufe I sowie einen 8-semestrigen Studiengang für die Ausbildung zum Lehrer der Sekundarstufe II.

Kultusminister Maier wollte in seiner Amtszeit durch die weitere mengenmäßige Ausdehnung auch gleichzeitig eine qualitative Steigerung im Bildungswesen des Freistaates Bayern erreichen.

⁵⁶ Liedtke, 1997, S. 774

⁵⁷ Liedtke, 1997, S. 781

2.6.2. Das Volksschulwesen

Mit dem Ende der Bekenntnisschulen und den Gesetzesänderungen im Volksschulgesetz war es der bayerischen Regierung gelungen, die Anzahl der Volksschulen zu verringern und den Aufbau der Volksschule zu verbessern.

Leider konnte die Anzahl der Schüler pro Klasse, vor allem bei der Zusammenlegung von Jahrgangsstufen, nicht vermindert werden und so wurde es 1976/77 unumgänglich eine verbindliche Höchstzahl von 45 Schülern pro Klasse festzulegen.

Die großen Klassenstärken waren bis Anfang der 70-er Jahre noch weit verbreitet. Eine erste Maßnahme zur Entlastung des Klassenlehrers war die Zuweisung eines pädagogischen Assistenten für den Lehrer.

Seit 1970 konnte jeder ab 16 Jahren mit einem Realschulabschluss bzw. einem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse eines Gymnasiums oder gleichwertigen Schulausbildung die Ausbildung zum pädagogischen Assistenten abschließen.

Der pädagogische Assistent durfte nur an Grund- und Hauptschulen eingesetzt werden und hatte folgende Aufgabenbereiche:

- Übernahme von Korrekturarbeiten
- Aufgabenkontrolle
- Betreuung von Klassen und Unterrichtsgruppen bei Übungsarbeiten im Unterricht, im Unterricht mit Lernprogrammen und anderen Arbeitsmaterialien, bei Einzel- oder Gruppenarbeit
- Betreuung der Klassen bei Unterrichtsgängen, Betriebserkundungen, Schulwanderungen und Aufenthalten in Landschulheimen
- Aufsicht in Zwischenstunden
- Verwaltung von Lehrmittelsammlungen und Schulbüchereien
- Führung des Schriftverkehrs für den Lehrer.⁵⁸

Auf die Qualität der Hauptschule, als Teil der Volksschule, hatten zwei Beschlüsse des bayerischen Landtages von 1981 einwirken können.

Im Mai 1981 beschloss man, die Überprüfung des qualifizierenden Hauptschulabschlusses.

Der zweite Beschluss vom 12.11.1981 änderte die Bestimmungen der allgemeinen Schulordnung der Hauptschule dahingehend, dass mit dem SJ 1982/83 jeder Schüler, der einen qualifizierenden Hauptschulabschluss erwerben möchte, diesen nur noch an einer Hauptschule bekommen kann. Weiterhin beschloss man, dass jeder Schüler einer 9. Klasse an einer Hauptschule einen Antrag auf Prüfungen zum qualifizierenden Hauptschulabschluss stellen kann.

Außerdem sollte ab sofort überprüft werden, in wie weit man Schülern anderer Schultypen schulische Angebote unterbreiten kann, um ihnen die Ablegung eines qualifizierenden Abschlusses zu ermöglichen.⁵⁹

⁵⁸ Liedtke, 1997, S. 786

⁵⁹ Liedtke, 1997, S. 789

Auch in der Grundschule, als weiterer Teil der Volksschule, führte man 1981 für das SJ 1982/83 einen neuen Grundschullehrplan ein.

Mit diesem neuen Lehrplan veränderte sich auch der Erziehungsauftrag der Lehrer. Im Grundschullehrplan von 1981 waren diesbezüglich drei Pfeiler zu erkennen.

- „...Orientierung am Kind
- Grundlegende Allgemeinbildung und Erziehung hat Vorrang vor bloßer Wissensvermittlung
- Stärkung des Erziehungsauftrages der Schule, keine Verwissenschaftlichung des Unterrichts.“⁶⁰

Im SJ 1985/86 trat dann auch ein neuer überarbeiteter Hauptschullehrplan mit folgenden Zielstellungen in Kraft:

- „Stärkung des Erzieherischen auf Grundlage des christlichen Menschenbildes,
- Konzentration auf das Wesentliche,
- Stärkung von Praxisbezug und Berufsorientierung,
- Ausbau der Arbeitslehre und Verbesserung der Zusammenarbeit von Haupt- und Berufsschule.“⁶¹

2.6.3. Das Realschulwesen

In den 70-er Jahren kam es zu einem fast flächendeckenden Ausbau der Realschulen. „Im Zeitraum von 1960 bis 1976 konnten 136 Realschulen errichtet werden.“⁶²

Zu Schulneugründungen kam es dabei zum größten Teil in den ländlichen Gebieten. Auch das am 12.10.1970 verabschiedete Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulweges diente der Verbesserung der Schülerzahlen an Realschulen und war für Schüler, die aus finanziellen Gründen eine weiterführende Schule nicht besuchen, gedacht.

Im SJ 1974/75 traten die allgemeine Schulordnung und ihre ergänzenden Bestimmungen in Kraft.

Die Neuerungen waren in der Wahlpflichtfächergruppe III, deren neue Konzipierung und ihre bessere Anpassung an die Anforderungen der sozialen, musischen und handwerklichen Berufe. Von den Fächern Kunsterziehung, Werkerziehung, Technisches Zeichnen, Musik, Sport und Hauswirtschaft musste sich der Schüler zwei auswählen, die er belegen wollte.

Eine weitere Neuerung war, dass sich die Schüler aus den Wahlpflichtfächergruppen I und II in der 7. Klasse generell zwischen Kursive und Maschinenschriften entscheiden mussten.

Das Fach Ethik wurde als Ersatzangebot für Religion eingeführt und die Richtzahl der Klassenstärke ab der 7. Jahrgangsstufe wurde von 40 auf 38 Schüler pro Klasse gesenkt.

⁶⁰ Liedtke, 1997, S. 793

⁶¹ Liedtke, 1997, S. 794

⁶² Liedtke, 1997, S. 797

Im SJ 1978/79 wurde in der Jahrgangsstufe 9 statt den Fächern Buchführung und Wirtschaftsrechnen das Fach Rechnungswesen eingeführt. Nicht zuletzt um die neue Wochenstundenzahl 30 zu erreichen.

Die Änderungen in der Wahlpflichtfächergruppe III wurde von den Schüler positiv aufgenommen. Generell lässt sich feststellen, dass die Realschule als weiterführende Schule von Schülern und Eltern gut aufgenommen wurde, was das stetige langsame Anwachsen der Schülerzahlen bis Mitte 1980 zeigt.

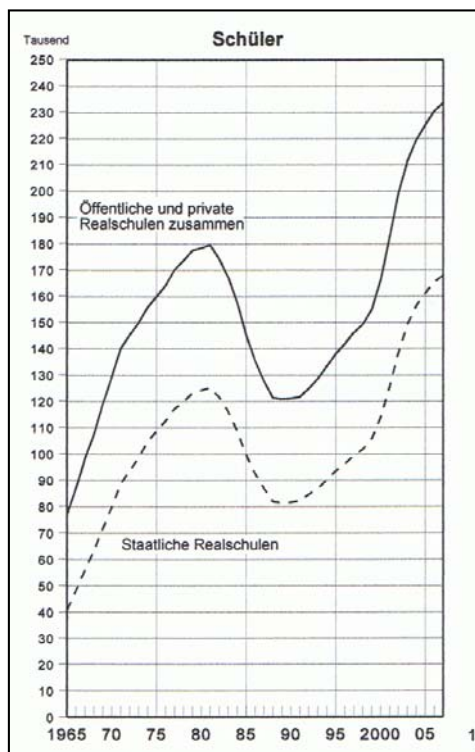


Abbildung 13 Entwicklung der Schülerzahlen an Realschulen 1965 -2007⁶³

2.6.4. Das höhere Schulwesen und die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe 1972

Nach einer über viele Jahre andauernde Erprobungsphase begann man Anfang der 70-er Jahre mit der Einführung einer Kollegstufe am Gymnasium.

Unter einer Kollegstufe versteht man, einen studienbezogenen Bildungsgang für die Jahrgangsstufen 11-13 an Gymnasien, wobei in den Jahrgangsstufen 12 und 13 jeweils zwei Kurshalbjahre als sogenannte Kursphasen unterteilt werden.

Ein Gesetzesentwurf von 1971 der bayerischen Regierung wollte den Stundenplan der Kollegstufe in Pflicht und Wahlfächer unterteilen. Der Pflichtbereich sollte in ein sprachliches, ein mathematisch-naturwissenschaftliches und ein gesellschaftswissenschaftliches Aufgabengebiet eingeteilt werden. Die Pflichtfächer sollten um das Fach Sport ergänzt werden.

⁶³ Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2008, S. 85 Grafik Realschulen

Der Wahlbereich sollte dem Schüler zur Vertiefung von anderen Schulfächern und zum Erlernen neuer Fächer dienen. Durch diese Auswahlmöglichkeiten für die Schüler war es ab der 11. Jahrgangsstufe nun notwendig geworden, dass Jahrgangsklassensystem gegen ein Halbjahreskurssystem einzutauschen.

Am 07. 07. 1972 beschlossen die Kultusminister auf einer ihrer ständigen Konferenzen, dass Kollegstufensystem bundesweit einzuführen.

Jedem Schüler war es nun freigestellt, sich seine Kursfächer unter bestimmten Voraussetzungen selbst auszuwählen. Er musste dabei zwei Leistungskursfächer und zwei Grundkursfächer aussuchen. Dabei nahmen die Leistungskurse 6 Wochenstunden in 4 Kurshalbjahren in Anspruch. Ein Wechsel der Leistungskurse nach Beginn des Halbjahres war nicht vorgesehen. Einzig allein eine Wiederholung der Klassenstufe 12 mit zwei neuen Leistungskursen, ließ einen Wechsel der Fächer zu.

Die fünf Auswahlregeln für ein individuelles Kursprogramm:

1. Der erste Leistungskurs muss eine Fremdsprache, der zweite entweder Mathematik oder eine Naturwissenschaft enthalten.
2. Ein Fach kann nicht gleichzeitig als Leistungs- und Grundkurs gewählt werden.
3. Die Grundkursfächer sind so zu wählen, sie zusammen mit den Leistungskursen die Aufgabenfelder abdecken.
4. Pflichtgemäß sind als Grundkursfächer zu belegen: Deutsch, eine Fremdsprache, ein künstlerisches Fach, ein Fach aus dem Bereich politische Bildung, Religion oder Ethik, Sport, und zwei Naturwissenschaften
5. Die vorgeschriebene Zahl von 66 Wochenstunden für die Grundkurse darf in den vier Kurshalbjahren nicht unterschritten werden.

Abbildung 14 Auswahlregeln für individuelle Kursprogramme⁶⁴

Jeder Schüler, auch Kollegiat genannt, musste seine Wahl der Leistungs- und Grundkursfächer mit Sorgfalt und nach genauer Überlegung treffen, da sich die Anforderungen in den Leistungskursen deutlich von denen in den Grundkursen unterschied und ein Wechsel der Leistungskurse wie bereits erwähnt nicht so ohne weiteres möglich war.

Neben den Veränderungen im Inhalt und der Struktur der gymnasialen Oberstufe, änderte sich auch das Benotungssystem. Für die Kollegstufe führte man nun ein Punktesystem anstelle des Notensystems ein. Anfangs noch bis 20 Notenpunkte, nach den Bonner Vereinbarungen der KMK 1974 bis 15 Notenpunkte.

⁶⁴ Liedtke, 1997, S. 802

Für die Umrechnung des Notensystems in das Punktesystem galt folgender Schlüssel:

Note 1 = 20/19/18 Notenpunkte je nach Notentendenz
Note 2 = 17/16/15 Notenpunkte je nach Notentendenz
Note 3 = 14/13/12 Notenpunkte je nach Notentendenz
Note 4 = 11/10/09 Notenpunkte je nach Notentendenz
Note 5 = 08/07/06 Notenpunkte je nach Notentendenz
Note 6 = 05 oder weniger Notenpunkte⁶⁵

Für die Abiturnote setzte sich die Leistungskursbenotung aus zwei Klausuren pro Halbjahr und einer Note für eine Facharbeit im dritten Halbjahr zusammen.

Rechnet man stets mit der max. Punktezahl von 20 Notenpunkten für jede erbrachte Leistung, so ergibt sich eine max. erreichbare Punktezahl von 400 Punkten.

In den Grundkursfächern werden 20 Halbjahresleistungen zusammengerechnet, die ebenfalls eine max. Punktezahl von 400 Punkten ermöglichen.

Aus den Leistungs- und Grundkursen lässt sich somit eine max. Gesamtpunktezahl von 800 Notenpunkten erreichen.

Für die endgültige Abiturnote sind jedoch die zu erbringenden Prüfungsleistungen besonders wichtig. Die Abiturprüfung erfolgt in beiden Leistungskursen und in zwei Grundkursen. Hier kann der Kollegiat maximal 400 Notenpunkte erreichen. Eine Gesamtqualifikation von 1200 Punkten war höchstens zu erreichen und für das Erlangen der allgemeinen Hochschulreife musste der Schüler mind. 600 Notenpunkte erzielen und im letzten Halbjahr mind. 200 Punkte erreicht haben.⁶⁶

Mit der Einführung der 15-Punkteregelung verminderte sich die Punktezahl und zum erfolgreichen Bestehen des Abiturs waren nun mind. 300 von max. 900 Notenpunkten zu erreichen. Außerdem führte man die 100 Punkte-Hürde als Mindestanforderung in den Leistungs- und Grundkursen ein. Der Notendurchschnitt berechnete sich aus dem Durchschnitt der Prüfungshalbjahre und der schriftlichen und mündlichen Prüfungen.

Ab dem SJ 1976/77 wird die Kollegstufe als Regelform der gymnasialen Oberstufe verbindlich an allen Gymnasien des Freistaates Bayern eingeführt.

Am 29.10.1986 endete die Amtszeit von Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier. Unter der neuen Regierung Franz-Josef Strauß erfolgte die Teilung des Kultusministeriums in die Bereiche Unterricht und Kultur mit dem neuen Minister Hans Zehlmair und den Bereich Wissenschaft und Kunst mit dem neuen Minister Wolfgang Wild.

⁶⁵ Liedtke, 1997, S 938

⁶⁶ Liedtke, 1997, S. 939

Im Januar legte die regierende Partei CSU ihre neuen Ziele für die Bildungspolitik der nächsten Jahre vor. Zu einer der bildungspolitischen wichtigsten Entscheidung zählte auch der neue Lehrplan für Gymnasien von 1990. Er trat im Schuljahr 1992/93 für alle Klassenstufen von 5-11 in Kraft und unterstrich den pädagogischen Freiraum des Lehrers.

Der neue Lehrplan löste die längst überholten curricularen Lehrpläne ab und beinhaltet erstmals alle Fächer und Jahrgangstufen am Gymnasium. Er war weitestgehend in sich abgestimmt und zeigt deutlich Querverbindungen zu anderen Fächern auf. Ein Konzept eines damals zeitgemäßen Lehrplanes war gefunden, der sich analog des Realschullehrplanes in 4 Ebenen teilte:

- | | |
|----------|---|
| 1. Ebene | Beschreibung des Gymnasiums im Ganzen |
| 2. Ebene | Zusammensetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrages |
| 3. Ebene | Rahmenpläne |
| 4. Ebene | Fachlehrpläne |

Abbildung 15 die vier Ebenen des gymnasialen Bildungsganges⁶⁷

Das Gymnasium sollte von nun an eine vertiefte allgemeine Bildung vermitteln, welche die Basis der allgemeinen Studierfähigkeit darstellt.

Das Ziel des Gymnasiums war die breite Entfaltung der Persönlichkeit der Schüler. Der neue Lehrplan sollte die Richtung des pädagogischen Handelns aufweisen sowie innovativ, orientierend und anregend wirken.

Dass sich der Wechsel des Lehrplanes ausgezahlt hat, zeigen die kontinuierlich ansteigenden Schülerzahlen seit dem SJ 1990/1991.

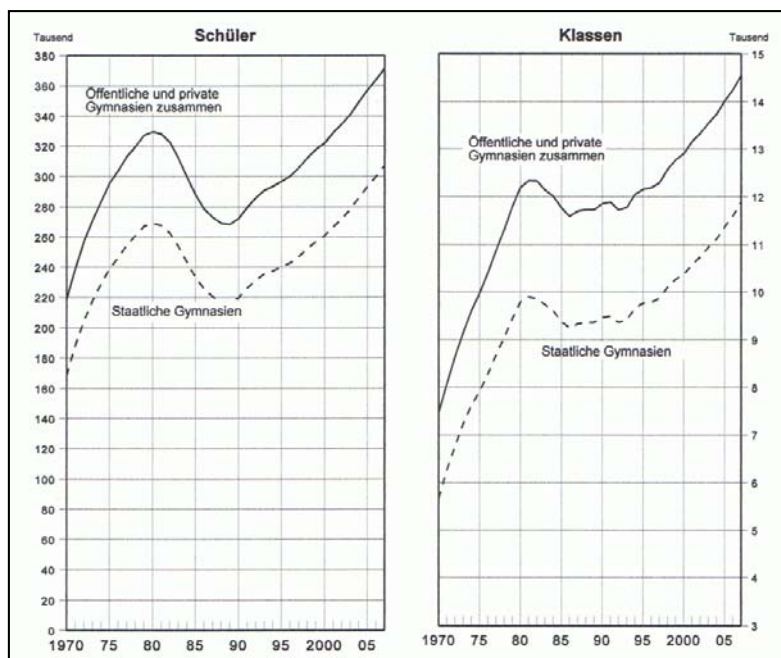


Abbildung 16 Entwicklung Schüler- und Klassenzahlen am Gymnasium seit 1970⁶⁸

⁶⁷ Liedtke, 1997, S. 838

⁶⁸ Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2008, S. 97 Grafik

3. Das Bildungswesen des Freistaates Sachsen 1990-2009

3.1. Der Aufbau eines neuen Schulsystems in Sachsen nach der Wiedervereinigung 1989/90

Im Herbst 1989 sorgten in der DDR gewaltfreie Großdemonstrationen, u.a. in Leipzig und Berlin, zum Sturz des Generalsekretärs Erich Honecker und am 9. November 1989 zur Öffnung der innerdeutschen Grenze.

Nach den ersten freien Wahlen in der DDR im Frühjahr 1990 beschließt die Volkskammer der DDR am 23. August den Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

Art. 23. Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Abbildung 17 GG Art. 23⁶⁹

Mit dem Tag der deutschen Einheit am 03. Oktober 1990 war Deutschland nach 40 Jahren der Trennung wiedervereint.

Mit dem Wegfall der DDR, ihrer Verfassung und Gesetze mussten auch für das Schulwesen in den fünf neuen Bundesländern und dem ostdeutschen Teil Berlins neue Gesetze geschaffen werden. Im Einigungsvertrag 1990 legte man fest, das Bildungswesen bis zum 30.06.1991 für die neuen Bundesländer gesetzlich zu regeln.⁷⁰

Zu ersten Reformen kam es bereits Ende 1989/Anfang 1990 in der damals noch existierenden DDR. Mit dem SJ 1990/91 übertrug man die Leitung der Schulen erstmals Direktoren, die durch eine Schulkonferenz gewählt wurden. Man bemühte sich, um intensive Teilnahme von Lehrern, Eltern und Schülern am Schulwesen. Die bis dahin existierenden ideologischen Vorgaben in Lehrplänen verschwanden. Die Regierung der DDR war bestrebt, die Schule nicht mehr als Machtinstrument der Partei und des Staates zu missbrauchen.

Es folgten neue Lehrpläne mit neuen Fächern, wie Gesellschaftskunde ab der Klassenstufe 7, neuen Fremdsprachen neben Russisch und einen neuen Lehrplan für das Fach Geschichte. Es kam zu einer ersten Welle von Gründungen von Privatschulen in der DDR.

Mit der Wiedervereinigung am 03.10.1990 trat das für die BRD geltende Grundgesetz auch für die neuen Bundesländer in Kraft. Eine neue Regelung für das Schulsystem musste getroffen werden.

⁶⁹ Verfassungen der Welt, v. 18.07.2009

⁷⁰ Berg/Fürck/Furck ..., 1998, S. 377

Es entstanden erste Diskussionen über die Beibehaltung und Fortführung der polytechnischen und erweiterten Oberschulen des Schulsystems der DDR. Dies erwies sich aber als recht schwierig, insbesondere durch den eingeschränkten Zugang zum Abitur, den man als nicht weiter durchführbar hielt.

Mit der Wiedervereinigung kam es auch zu anderen Problemen, die bei der Neugestaltung des Bildungswesens berücksichtigt werden mussten. Die weiterhin zunehmende Abwanderung der Bevölkerung in den Gebieten der ehemaligen DDR und der drastische Einbruch der Geburtenquote hinterließen ihre Spuren im Schulsystem. Zwar war die Abwanderungsquote im Freistaat Sachsen nicht so dramatisch wie in den anderen neuen Bundesländern, aber es zeigte sich dennoch ein Handlungsbedarf auch im Hinblick auf die Schulentwicklung.

Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen 1990 bis 1999									
Gebietsstand 1. Januar 2008									
Jahr	Bevölkerung am Jahresanfang	Lebend- geborene	Gestor- bene	Überschuss der Lebend- geborenen bzw. Gestor- benen (-)	Zuzüge	Fortzüge	Überschuss der Zu- bzw. Fortzüge (-)	Bevölke- rungszu- bzw. -ab- nahme (-) ¹⁾	Bevölkerung am Jahresende
Insgesamt									
1990	4 912 767	49 774	67 934	-18 160	43 473	161 038	-117 565	-136 853	4 775 914
1991	4 775 914	31 341	65 985	-34 644	46 935	97 954	-51 019	-85 668	4 690 246
1992	4 690 246	25 298	61 565	-36 267	61 523	74 377	-12 854	-49 138	4 641 108
1993	4 641 108	23 423	59 900	-36 477	68 678	65 538	3 140	-33 333	4 607 775
1994	4 607 775	22 734	58 234	-35 500	75 951	64 279	11 672	-23 430	4 584 345
1995	4 584 345	24 004	57 550	-33 546	85 420	69 952	15 468	-17 742	4 566 603
1996	4 566 603	27 006	55 756	-28 750	82 098	73 574	8 524	-20 901	4 545 702
1997	4 545 702	29 008	53 483	-24 475	76 518	75 421	1 097	-23 290	4 522 412
1998	4 522 412	30 190	51 883	-21 693	66 475	77 721	-11 246	-32 997	4 489 415
1999	4 489 415	31 383	50 562	-19 179	65 918	76 580	-10 662	-29 729	4 459 686

Abbildung 18 Bevölkerungsentwicklung Freistaat Sachsen ab 1990⁷¹

Der Neuaufbau des Schul- und Bildungswesens wurde stark durch die alten Bundesländer beeinflusst. Der Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR legte im Artikel 37 Absatz 4 fest, dass „... bei der Neugestaltung des Schulwesens (...) [als] Basis das Hamburger Abkommen und die weiteren einschlägigen Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz ...“⁷² angewendet werden.

Die Regierungen der neuen Bundesländer orientierten sich außerdem an den Schulgesetzen der westdeutschen Länder. Es kam zu verschiedenen Kooperationen. Der Freistaat Sachsen arbeitet mit den Bundesländern Bayern, Hessen und hauptsächlich mit Baden-Württemberg zusammen. Zwischen den Kultusministern der Länder Sachsen und Baden-Württemberg traf man dafür eine eigene Vereinbarung.

⁷¹ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, v. 07.07.2009

⁷² Bundeszentrale für politische Bildung, v. 07.07.2009, Einigungsvertrag Art. 37

Bereits 1991 konnten in allen neuen Bundesländern die rechtlichen Voraussetzungen für die Übernahme des westdeutschen Grundmodells des Schulwesens geschaffen werden. Zwischen März und Juli 1991 wurden bereits die ersten Schulgesetze in den Ländern verabschiedet. Eine neue Schulreform entwickelte sich, die die westdeutschen und auch die ostdeutschen Traditionen im Schulwesen vereinte.

Thüringen	vorläufiges Bildungsgesetz vom 25.03.1991
Mecklenburg-Vorpommern	1. Schulreformgesetz vom 26.04.1991
Brandenburg	1. Schulreformgesetz am 28.05.1991
Sachsen	Schulreformgesetz vom 11.07.1991
Sachsen-Anhalt	Schulreformgesetz am 11.07.1991
Berlin-Ost	Übertragung der in Berlin-West gültigen Bestimmungen

Abbildung 19 Datierungen der Schulgesetze in den neuen Bundesländern⁷³

Diese ersten gesetzlichen Regelungen sollten im Laufe der Zeit noch einige Male geändert werden. So novellierte der Freistaat Sachsen sein Schulgesetz und veränderte 1993 das Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, 1994 die Festlegung der Betreuung von behinderten Kindern in den Förderschulen und 1995 mit der Übergabe der Aufgabe von Schülerbeförderung von öffentlichen und genehmigten Ersatzschulen in freier Trägerschaft an die Kreise und kreisfreien Städte.

Der Freistaat Sachsen führte sein gegliedertes neues Schulsystem erst mit dem Schuljahresbeginn 1992/93 ein. Ein Jahr später, als die anderen neuen Bundesländer. Neben Thüringen und Sachsen-Anhalt war Sachsen eines der Bundesländer, die ein zweigegliedertes Bildungswesen einführten, indem sie die Hauptschule mit der Realschule zusammenlegten. Diese schulinterne Gliederung ermöglichte es den Schulen organisatorisch flexibler zu sein, was die Nachfrage von Haupt- und Realschule betrifft. In der Realschule, in Sachsen Mittelschule genannt, konnte nun der Hauptschulabschluss in integrierten Klassen oder in abgetrennten Zügen erworben werden.

Durchaus eine Reaktion auf die sich bereits abzeichnende Schulentwicklung hin zu weniger Schülern.

Die Dauer der Grundschule legte man auf 4 Jahre fest. Außer im Bundesland Brandenburg und Berlin, die die Regelungen aus Berlin-West mit 6 Jahren übernahmen.

Im Schulsystem der DDR eine feste Institution war der Hort für die Grundschüler. Er wurde in das neue Schulsystem übernommen und diente fortan den Schülerinnen und Schülern der Grundschule als Aufenthaltsmöglichkeit mit Betreuung nach dem Unterricht und in Ferienzeiten.

⁷³ Berg/Führ/Furck ..., 1998, S. 380

Die Klassenstufen 5 und 6 dienten in Sachsen den Schülern der Mittelschule und des Gymnasiums als Orientierungsstufe. Auch behielt man in Sachsen die DDR-Regelung und mittlerweile auch anderen Bundesländern übliche Regelung bei, das Abitur in 12 anstelle von 13 Schuljahren zu erhalten.

Weitere Neuerungen in Sachsen waren die spezifischen Regelungen zur Nationalität der Sorben.

Alle neuen Bundesländer boten bereits in den ersten Schulreformgesetzen Ganztagsbetreuung an und hatten Sonderschulkonzepte für Förderschulen.

Nach Artikel 7 Absatz 3 GG wurde in allen öffentlichen Schulen der Religionsunterricht und das Ersatzfach Ethik eingeführt.

Auch die Regelungen für Privatschulen unterliegen im Freistaat Sachsen einem eigenen Gesetz. Das Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft trat am 04.02.1992 in Kraft. Es kam in Sachsen zur Wiederbelebung von traditionsreichen Privatschulen wie das Landesgymnasium Sankt Afra zu Meißen im August 1992, ein Internatsgymnasium in öffentlicher Trägerschaft des Landes Sachsen und bereits 1989 das Gymnasium St. Augustin zu Grimma.

Die neuen Schulsysteme orientierten sich stark an den westdeutschen Entwürfen. Man behielt sich jedoch gewisse Eigenständigkeiten vor und übernahm nicht komplett die westdeutschen Schulmodelle. So konnte man in der Kürze der Zeit auch eine Schulreform durchführen, die auch auf die prognostizierten schwindenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren eingehen konnte.

Im Freistaat Sachsen wurde die Sekundarstufe I zu einem zweigliedrigen Schulsystem. Die Struktur der Sekundarstufe II übernahm man aus dem westdeutschen Schulmodellen.

Die neuen Lehrpläne wurden sowohl von Experten aus den alten Bundesländern, als auch von Lehrern und Wissenschaftlern von Hochschulen und Universitäten entwickelt. Auch hier zeigte sich, wie schnell man Lösungen fand, denn in den meisten Fällen brauchte man nur ein halbes Jahr.

Die neuen Lehrpläne richteten sich nach den Sach- und Entscheidungskompetenzen der Lehrer und nach der Mitgestaltung und Unterrichtsplanung der Schüler. Die Schüler-Lehrer-Relation stieg nach der Wende 1989/90 auf westdeutsches Niveau an. Auf einen Lehrer kamen nun 20 Schüler.⁷⁴ Dieser Anstieg resultierte auch aus den Entlassungen einiger Lehrkräfte. Hauptursache war jedoch die Reduzierung des Beschäftigungsumfanges des Lehrers, die zu einschneidenden Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte führte. Eine Situation an die sich Lehrer, als auch Schüler und Eltern erst gewöhnen mussten.

Das neue Schulgesetz des Freistaates Sachsen war als einziges Gesetz in den neuen Bundesländern kein Vorschaltgesetz und somit kein nur vorläufiges Gesetz. Es wurde viel und heftig diskutiert, hauptsächlich über das Aufnehmen von Gesamtschulmodellen in das Schulgesetz, bevor man sich im sächsischen Parlament auf dem siebten vorgelegten Entwurf einigen konnte.

⁷⁴ Cortina/Baumert/Leschinsky ..., 2008, S. 71

3.2. Das heutige Schulsystem des Freistaates Sachsen

Da sich das sächsische Schulsystem seit der Neugestaltung 1990 nicht einschneidend verändert hat und keine großen Veränderungen, wie das in Kapitel 3 beschriebene Schulsystem im Freistaat Bayern durchlaufen hat, werden im nachfolgenden Kapitel die verschiedenen Arten der allgemein bildenden Schulen: die Grund- und Mittelschule und das Gymnasium in Sachsen dargestellt. Struktur und Aufgaben der einzelnen Bildungseinrichtungen werden beschrieben und die aktuellen statistischen Zahlen zu den einzelnen Schulzweigen im Freistaat Sachsen aufgezeigt.

3.2.1. Die Grundschule

Bereits im Kindergarten werden die Kinder mit einem Schulvorbereitungsjahr auf die Grundschule vorbereitet. Dafür arbeiten die Grundschulen mit den Kindergärten eng zusammen.

Auch die Kooperation zwischen Grundschule und Hort verläuft eng. Die Grundschulen sind bemüht stets genügend Hortplätze zur Verfügung zu stellen, um eine Ganztagsbetreuung für die Schüler zu gewähren. Benötigen Eltern einen Hortplatz, so müssen sie dafür einen Betreuungsvertrag zwischen Hort und Eltern abschließen. Der Hort stellt somit ein eigenes Unternehmen dar, das eng mit der Grundschule zusammenwirkt und für die Grundschulen als auch mit den Grundschulen arbeitet.

69,8% der Kinder im Alter von 6-11 Jahren haben im Jahr 2007 die angebotene Kindertagesbetreuung in Sachsen in Anspruch genommen.⁷⁵

Mit in Krafttreten des neuen Schulgesetzes vom August 2004 werden in Sachsen Kinder, die das 6. Lebensjahr bis zum 30.09. des laufenden Kalenderjahres vollendet haben und von ihren Eltern in der Grundschule angemeldet wurden, zu Schulbeginn eingeschult. Es besteht jedoch in Einzelfällen die Möglichkeit der vorzeitigen Einschulung und der Rückstellung der Schulpflicht um ein Jahr.

Bei der Ausbildung der Kinder bilden die Klassen 1 und 2 sowie die Klassen 3 und 4 eine Art Einheit.

In der 1. und 2. Klasse steht das ganzheitliche Erfassen von Dingen durch konzentrierte Übungsphasen und Entspannungszeiten im Vordergrund. Es gibt nach der Klasse 1 keinen Versetzungsbescheid und keine Noten für die Schüler.

Die 3. und 4. Klasse dient der Vorbereitung auf den Wechsel an die Mittelschule oder das Gymnasium anhand fächerübergreifender Projektarbeiten und dem Erlernen von komplexeren Zusammenhängen.

Ab der Klasse 2 werden schrittweise Noten an die Schüler vergeben. Darunter auch die viel diskutierten Kopfnoten: Betragen, Ordnung, Mitarbeit und Fleiß.

Zu den Fächern in der Grundschule zählen neben Lesen und Schreiben, Mathematik, Kunst, Musik, Werken und Sport auch katholische oder evangelische

⁷⁵ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2008, Tabelle 2.3, S. 52

Religion bzw. Ethik ab der 1. Klasse und Englisch ab Klasse 3. In einigen Schulen ist auch das Erlernen einer weiteren Fremdsprache ab der Klassenstufe 1 möglich. Zu einem wichtigen Unterrichtsfach zählt auch der Sachunterricht. Hier soll den Grundschüler die Welt, das Zusammenleben der Menschen und der Umgang mit Tieren und Pflanzen näher gebracht werden.

Zu Beginn des 2. Halbjahres der 4. Klasse erhalten alle Schüler von ihren Lehrern eine Bildungsempfehlung über den Besuch einer weiterführenden Schule. Zu diesem recht frühen Zeitpunkt entscheidet sich bereits, ob das Kind eine Mittelschule oder ein Gymnasium ab der Klasse 5 besuchen wird. Dafür bieten die Grundschulen bereits ab der 3. Klasse den Eltern die Möglichkeit sich über weiterführende Schulen zu informieren.

Die Lehrer erteilen eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium, wenn der Notendurchschnitt des Schülers in den Fächern Deutsch und Mathematik besser als 2,5 ist. Auch die Entwicklung des Kindes und die Anforderungen der weiterführenden Schulen sollte bei der Entscheidung des Lehrers berücksichtigt werden.

Ab einem Notendurchschnitt von 2,5 und schlechter wird eine Empfehlung für die Mittelschule ausgesprochen. Diese Empfehlungen sind enorm wichtig für Schüler und Eltern. Sie entscheiden den weiteren Schulweg und meist auch die Art des Schulabschlusses.

Bei einer ausgesprochenen Bildungsempfehlung mit einem Notendurchschnitt von 2,5 kann auf Wunsch der Eltern der Grundschullehrer eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium aussprechen. Es sollten die Eltern in dieser Situation genau prüfen, ob das Gymnasium wirklich der richtige weiterführende Bildungsweg für ihr Kind ist.

Eltern, die nicht mit der ausgesprochenen Bildungsempfehlung für ihr Kind einverstanden sind, haben die Möglichkeit, ihr Kind für eine Aufnahmeprüfung für das Gymnasium anzumelden. Bei Gymnasien in freier Trägerschaft besteht zu dem die Möglichkeit auch ohne entsprechende Bildungsempfehlung aufgenommen zu werden. Meist müssen die Kinder dann schulinterne Aufnahmeprüfungen bestehen.

Im SJ 2007/2008 existierten im Freistaat Sachsen 847 Grundschulen mit 119.171 Schülerinnen und Schülern.⁷⁶ Im SJ 2007/2008 wurden 31.678 Kinder neu eingeschult. Knapp 1% mehr als im Vorjahr. Ein leichter Anstieg der Schulanfängerzahlen lässt sich abzeichnen.⁷⁷

Der Anteil der Schüler, die ihren weiterführenden Schulweg am Gymnasium fortsetzen steigt in den letzten Jahren immer weiter an. Nicht zuletzt wegen der Tendenz von Unternehmen bevorzugt Abiturienten als Auszubildenden einzustellen und den veränderten Anforderungen der Gesellschaft an den jungen Menschen haben sich 2007 45% aller Grundschüler für das Gymnasium als weiterführende Schule entschieden.⁷⁸

⁷⁶ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen , 2008, S.15

⁷⁷ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, S. 16

⁷⁸ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, S. 17

3.2.2. Die Mittelschule

Die Mittelschule beginnt mit der 5. Klasse und endet spätestens mit dem Abschluss der 10. Klassenstufe. Da im Freistaat Sachsen die Mittelschule aus Realschule und Hauptschule besteht, können an einer sächsischen Mittelschule drei Abschlüsse erworben werden. Der Hauptschulabschluss, der qualifizierte Hauptschulabschluss nach Beendigung der Klassenstufe 9 und der Realschulabschluss nach der 10. Klasse.

Die Klassenstufen 5 und 6 entsprechen einer Orientierungsstufe. Den Schülern soll die Gelegenheit gegeben werden, sich mit der neuen Schule und den neuen Fächern vertraut zu machen. Die Lehrpläne der Klasse 5 und 6 sind denen des Gymnasiums in der Stufe 5 und 6 sehr ähnlich gestaltet. Somit kann zwischen den beiden Schularten in dieser Phase problemlos gewechselt werden.

An der Mittelschule entscheiden sich die Schüler in der Klasse 6 welchen Bildungsgang, Haupt- oder Realschule, sie weiterhin besuchen und welche Neigungskurse sie ab der 7. Klasse belegen.

Ab der Klassenstufe 7 teilt sich der Jahrgang in Hauptschule und Realschule. Jeder Schüler kann sich nun individuell auf seinen Abschluss vorbereiten. Der Unterricht in den Fächern Deutsch, Mathematik, der 1. Fremdsprache, Physik und Chemie wird in speziellen Hauptschul- und Mittelschulklassen bzw. gruppen durchgeführt. Die anderen Fächer werden i.d.R. gemeinsam von allen Schülern der Jahrgangsstufe besucht. Ein Wechsel zwischen beiden Bildungswegen ist jederzeit möglich.

Eine Besonderheit der sächsischen Mittelschule ist das Unterrichtsfach Wirtschaft-Technik-Haushalt/Soziales, kurz WTH. Die Schüler belegen dieses Fach verpflichtend ab Klasse 7 und sollen möglichst praxisnah in ökonomischen Grundlagen ausgebildet werden. Über verbindliche Lernbereiche, Betriebspraktika und Projektarbeiten in Zusammenarbeit mit Firmen und Unternehmen sollen die Schüler auf ihre Berufswahl vorbereitet werden.⁷⁹

Wie bereits erwähnt, bieten die Mittelschulen in den Klassen 7 bis 9 Neigungskurse an. Diese können von Schule zu Schule unterschiedlich sein, müssen aber immer aus sieben Bereichen oder alternativ einer zweiten Fremdsprache bestehen. Jede Mittelschule sollte aus 3 der unten genannten Bereichen Kurse anbieten.

Aus den Bereichen:

1. Naturwissenschaft und Technik,
2. Kunst und Kultur,
3. Soziales und gesellschaftliches Handeln,
4. Sprache und Kommunikation,
5. Gesundheit und Sport,
6. Informatik und Medien und
7. Unternehmerisches Handeln⁸⁰ bieten sie Wahlpflichtkurse an.

⁷⁹ Sächsisches Staatsministerium für Kultus, 2006, S.7

⁸⁰ Sächsisches Staatsministerium für Kultus, 2006, S. 6

Neben diesen Fächern ist für alle bereits ab der 5. Klasse Englisch bis zum Abschluss ein Pflichtfach. Ab der 7. Klasse können Schüler in einigen Schulen eine zweite Fremdsprache erlernen. Auch in einer Arbeitsgemeinschaft kann eine weitere Fremdsprache erlernt werden.

Schüler der Hauptschule beenden ihre Schulzeit mit der 9. Klasse. Sie können den einfachen Hauptschulabschluss oder einen qualifizierten Hauptschulabschluss erwerben. Alle Hauptschüler müssen dafür an einer besonderen Leistungsfeststellung teilnehmen.

Den Hauptschulabschluss erhalten Schüler, die das Klassenziel der Jahrgangsstufe 9 erreicht haben. Den qualifizierenden Hauptschulabschluss erhalten hingegen Schüler mit guten Leistungsvoraussetzungen.

Die Klassenstufe 10 soll zur intensiven Vorbereitung auf die Realschulabschlussprüfung genutzt werden. Aus Neigungskursen der Bereiche Wirtschaft, Technik, Gesundheit und Sport werden Vertiefungskurse angeboten. So wird gewährleistet, dass mind. einer der drei WTH-Inhaltsbereiche vertiefend weitergeführt wird.

Um den Realschulabschluss zu erhalten, muss am Ende der 10. Klasse eine entsprechende Prüfung bestanden werden. Dabei sind die Unterrichtsfächer Englisch, Deutsch und Mathematik verbindliche Prüfungsfächer.

Im Schuljahr 2007/08 gab es 348 Mittelschulen mit 83.307 Schülerinnen und Schülern. Die Schülerzahlen sinken weiterhin ab, so dass in den letzten Jahren einige öffentliche Mittelschulen schließen mussten. Bemerkenswert ist dabei, die steigende Anzahl von Mittelschulen in freier Trägerschaft. Gab es im Schuljahr 2006/07 bereits 27 private Mittelschulen, so existierten im Schuljahr 2007/08 schon 40 dieser Schulen.⁸¹ Oft gelingt es engagierten Eltern und ortsansässigen Bürgern eine geschlossene staatliche Mittelschule mit Hilfe eines Träger- und Fördervereins als Schule in freier Trägerschaft weiter zu betreiben, wie z. B. die evangelische Mittelschule Lunzenau.

Ein Wechsel von der Mittelschule an das Gymnasium ist in der Klassenstufe 5 und 6 sowie in der Klassenstufe 10 möglich. Bei einem Wechsel an ein allgemein bildendes Gymnasium nach dem Realschulabschluss muss die Klassenstufe 10 wiederholt werden. Bei einem Wechsel an ein berufsbildendes Gymnasium, welches neben allgemeinen auch berufsbezogene Lerninhalte vermittelt, kann gleich in die Klassenstufe 11 gewechselt werden.

⁸¹ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, Tabelle 3.1, S. 55

3.2.3. Das allgemein bildende Gymnasium

Der zweite weiterführende Bildungsweg, der Schülern nach der 4. Klasse offensteht, ist das allgemein bildende Gymnasium.

Wie bereits im Kapitel 4.2.2. erwähnt, haben die Mittelschulen und Gymnasien in den Klassen 5 und 6 ähnliche Lehrpläne, um einen Wechsel zwischen den Schularten möglichst unkompliziert zu halten.

Ab der Klasse 6 erlernen die Schüler des Gymnasiums verpflichtend eine zweite Fremdsprache und erhalten Unterricht im Fach Physik. Ab der Klassenstufe 7 kommen als weitere Unterrichtsfächer Informatik und Chemie hinzu. Am Ende der 7. Klasse müssen sich die Schüler für einen in der 8. Klasse beginnenden Profilunterricht entscheiden.

Aus folgenden Bereichen kann gewählt werden:

1. Das naturwissenschaftliche Profil: fächerübergreifender Unterricht in den Fächern Physik, Chemie, Biologie und Geografie
2. Das sprachliche Profil: Erlernen einer dritten Fremdsprache
3. Das gesellschaftswissenschaftliche Profil: Erörtern von gesellschaftlichen Problemen unter wirtschaftlicher, historischer, ethisch/religiöser und geografischer Betrachtungsweise
4. Das künstlerische Profil: Vertiefte Beschäftigung mit künstlerischen Themen, fachübergreifender Unterricht in darstellenden Spiel, Musik und Kunst
5. Das sportliche Profil: Praktische sportliche Tätigkeiten und die Verknüpfung von naturwissenschaftlichen Wissen mit sporttheoretischen und psychosozialen Problemstellungen

Welche Profile an der Schule angeboten werden, entscheiden die Gymnasien selbst. Man sollte dies bereits bei der Wahl seines zukünftigen Gymnasiums in der Klasse 4 berücksichtigen, um einen späteren Wechsel an ein anderes Gymnasium zu vermeiden.

Die Schüler werden im Profilunterricht nicht in ihrem gewohnten Klassenverband unterrichtet, sondern in sog. Profilgruppen.

Ab der Klassenstufe 10 werden die Schüler auf die Abiturprüfung vorbereitet. Das Erarbeiten von eigenständigen Themenbereichen und komplexen Lerninhalten rückt in den Vordergrund. Ziel ist das selbstständige Lernen und Arbeiten sowie das Vorbereiten auf das Erstellen von wissenschaftlichen Arbeiten.

Während der 9. oder 10. Klasse sind die Schüler verpflichtet ein 2-wöchiges Praktikum zu absolvieren.

Eine Besonderheit der Klassenstufe 10 ist die besondere Leistungsfeststellung am Ende der Klasse 10. Die Schüler werden in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch schriftlich geprüft. Die Note der Leistungsfeststellung ist doppelt so viel wert wie die Note für eine Klassenarbeit. Sie fließt in die Zeugnisbenotung mit ein.

Der Schüler muss die besondere Leistungsfeststellung bestehen, um in die Klasse 11 versetzt zu werden. Mit dieser Versetzung erwirbt er auch den mittleren Schulabschluss, der dem Realschulabschluss gleichgesetzt ist. Sollte ein Schüler seine Abiturprüfungen nicht bestehen oder die Schule vorzeitig abbrechen, so muss er nicht befürchten keinen Schulabschluss vorweisen zu können.

An die Klassenstufe 10 schließt sich die gymnasiale Oberstufe mit den Klassen 11 und 12.

Die gymnasiale Oberstufe endet mit den Abiturprüfungen am Ende der Klasse 12 und im Idealfall mit dem Erwerb der allgemeinen Hochschulreife, die zur Zulassung für ein Studium berechtigt.

Ziel der Klassenstufe 11 und 12 ist die Entwicklung einer vertieften allgemeinen Bildung und der Erwerb der Studierberechtigung.

Die gymnasiale Oberstufe wird in 4 Kurshalbjahre eingeteilt. Die Schüler lernen in Kursgruppen, die von Kurs zu Kurs unterschiedlich sein können.

Am Ende der Klasse 10 entscheiden die Schüler, welche Leistungs- und Grundkurse sie in der gymnasialen Oberstufe belegen. Die Profilbelegung spielt dabei keine Rolle. Alle Kurse sind grundsätzlich in der Klasse 11 und 12 zu belegen. Welche Kurse angeboten werden, legt der Schulleiter des Gymnasiums fest.

Jeder Schüler wählt, je nach Angebot seines Gymnasiums, zwei Leistungskurse aus. Dabei muss der erste Leistungskurs Deutsch oder Mathematik sein. Der zweite Leistungskurs muss aus einer fortgeführten Fremdsprache, Geschichte, Physik oder mit Genehmigung der Sächsischen Bildungsagentur (SBA) Kunst oder Chemie gewählt werden. Jeder Leistungskurs wird mit 5 Wochenstunden unterrichtet. Ausnahmen in Sport, Musik oder Religion als Leistungskurse sind z.B. an Musik- oder Sportgymnasien möglich.

Wenn die Fächer nicht bereits als Leistungskurse gewählt wurden, müssen die Unterrichtsfächer Deutsch, Mathematik, 1. Fremdsprache, 2. Fremdsprache, Geschichte, Gemeinschaftskunde, Geografie, Biologie, Chemie, Physik, Sport, Religion oder Ethik sowie Kunst oder Musik als Grundkurse gewählt werden. Wenn als zweiter Leistungskurs eine Fremdsprache gewählt wurde, entfällt die Pflicht einen Grundkurs mit der 2. Fremdsprache zu belegen.

Die Grundkurse Deutsch und Mathematik werden mit 4 Wochenstunden, die Fremdsprachen mit 3 Wochenstunden und alle anderen Grundkurse mit 2 Wochenstunden unterrichtet.

Die folgende Grafik zeigt die Belegungsmöglichkeiten von Grund- und Leistungskursen an sächsischen Gymnasien.

Aufgabenfeld		Fächer	Wochen- stunden Leistungskurs	Wochen- stunden Grundkurs	
Sprachlich- literarisch- künstlerisch	belegungs- pflichtig	Deutsch	5	4 bzw. 3 ⁵	
		Sorbisch ⁵	5	3	
		Fremdsprachen	Englisch	5	3 bzw. 2
			Französisch	5	3 bzw. 2
			Griechisch	5	3 bzw. 2
			Italienisch	5	3 bzw. 2
			Latein	5	3 bzw. 2
			Polnisch	5	3 bzw. 2
			Russisch	5	3 bzw. 2
			Spanisch	5	3 bzw. 2
			Tschechisch	5	3 bzw. 2
		Kunst oder Musik	5 ¹	2	
Gesellschafts- wissenschaftlich	Geschichte	5	2		
	G/R/W	–	2		
	Geographie	–	2		
Mathematisch- naturwissenschaft- lich- technisch	Mathematik	5	4		
	Physik	5/4 ¹	2		
	Chemie	5/4 ¹	2		
	Biologie	4 ¹	2		
	Informatik ¹	–	2		
	Ohne Zuordnung	Evangelische Religion / Katholische Religion / Ethik	5 ⁴	2	
Sport		5 ¹	2		
nicht belegungs- pflichtig		Astronomie	–	2	
		Philosophie	–	2	
		weitere fortgeführte Fremdsprache ¹	–	2	
	fächerverbindender Grundkurs	–	2		

1 keine Belegpflicht
2 In diesem Grundkurs kann auch die Vorbereitung auf den Erwerb international anerkannter Sprachdiplome erfolgen.
3 nur an Gymnasien mit vertiefter Ausbildung in der jeweiligen Vertiefungsrichtung
4 nur an Gymnasien in kirchlicher Trägerschaft
5 nur am Sorbischen Gymnasium Bautzen

¹ keine Belegpflicht

² In diesem Grundkurs kann auch die Vorbereitung auf den Erwerb international anerkannter Sprachdiplome erfolgen.

³ nur an Gymnasien mit vertiefter Ausbildung in der jeweiligen Vertiefungsrichtung

⁴ nur an Gymnasien in kirchlicher Trägerschaft

⁵ nur am Sorbischen Gymnasium Bautzen

Abbildung 20 Übersicht über die Fächer in der gymnasialen Oberstufe⁸²

Leistungskurse können nicht gleichzeitig auch als Grundkurse belegt werden. Ist Deutsch ein Leistungskurs, kann er nicht gleichzeitig als Grundkurs belegt werden.

Die Prüfungsfächer müssen in allen 4 Kurshalbjahren belegt werden. Alle Leistungen aus allen Kursen gehen in die Gesamtqualifikation für die Abiturdurchschnittsnote ein.

Pro Kurshalbjahr werden insgesamt 18 Klausuren geschrieben, davon mind. 2 Klausuren pro Leistungskurs und eine je Grundkurs. Eine Ausnahme ist der Grundkurs Sport. Hier werden überwiegend praktische sportliche Leistungen bewertet.

Wird ein Kurs mit 0 Notenpunkten abgeschlossen, so gilt er als nicht belegter Kurs und der Schüler muss die Jahrgangsstufe wiederholen.

⁸² Sächsisches Staatsministerium für Kultus, 2008, S. 7

Jeder Schüler hat in der Klasse 10. 11 oder 12 eine selbstgewählte komplexe Leistung zu erbringen und zu präsentieren.
Eine weitere Besonderheit ist das in den Klassen 11 und 12 benutzte Bewertungssystem der Notenpunkte. Um eine differenzierte Leistungsbewertung in der gymnasialen Oberstufe durchführen zu können, werden Notenpunkte von 0 bis 15 vergeben.

Note	sehr gut			gut			befriedigend		
	1+	1	1-	2+	2	2-	3+	3	3-
Punkte	15	14	13	12	11	10	9	8	7
Note	ausreichend			mangelhaft			ungenügend		
	4+	4	4-	5+	5	5-	6		
Punkte	6	5	4	3	2	1	0		

Abbildung 21 Schema der Leistungsbewertung⁸³

Um zur Abiturprüfung zugelassen zu werden, müssen die folgenden Voraussetzungen erbracht werden:

- Eine ordnungsgemäße Anmeldung durch den Schüler bzw. seiner Erziehungsberechtigten
- Die Verweildauer in der gymnasialen Oberstufe wird bis Prüfungsende nicht überschritten
- Alle erforderlichen Kurse sind belegt worden
- Alle Kurse können in die Gesamtqualifikation eingebracht werden
- Die Mindestpunktzahl kann mit Einbeziehung der Ergebnisse aus dem Kurshalbjahr 12/II erreicht werden⁸⁴

Kann der Prüfling die Bedingungen erfüllen, wird er am Ende des Kurshalbjahres 12/II zur Abiturprüfung zugelassen. Die Termine legt das Staatsministerium für Kultus zentral für alle Gymnasien fest.

Geprüft wird in 5 Prüfungsfächern. Welche Fächer der Schüler als Prüfungsfächer hat, wählt er selbst zu Beginn des Kurshalbjahres 12/I. Pflichtfächer sind Deutsch, Mathematik, eine Fremdsprache und eine Naturwissenschaft.

Zwei der 5 Prüfungsfächer sind die beiden gewählten Leistungskurse. Sie werden, ebenso wie ein zusätzlicher Grundkurs, durch den Prüfling schriftlich absolviert. Die beiden letzten Prüfungsfächer sind aus Grundkursen zu wählen und werden mündlich abgelegt. Anstelle des 5. Prüfungsfaches kann auch eine besondere Lernleistung eingebracht werden.

⁸³ Sächsisches Staatsministerium für Kultus, 2008, S.13

⁸⁴ Sächsisches Staatsministerium für Kultus, 2008, S.15

Die Gesamtqualifikation des Schülers, um sein Abitur zu erhalten, setzt sich aus zwei Blöcken zusammen.

Block I + Block II = Gesamtqualifikation

Block I beinhaltet die erbrachten Leistungen aus den Grund und Leistungskursen der 4 Kurshalbjahre. Die Leistungskurse zählen dabei doppelt, sowohl in Anzahl als auch in die erreichten Punktzahlen. Zur Berechnung wird folgende Formel angewandt:

$$\frac{\text{Summe aller Kurshalbjahresergebnisse}}{\text{Anzahl der Kurshalbjahresergebnisse}} \times 40^{85}$$

Bei der Berechnung des Ergebnisses können max. 600 Punkte und min. 200 Punkte erreicht werden. Kein Kurs darf mit 0 Notenpunkten abgeschlossen sein. Außerdem sind max. 12 Ergebnisse mit max. 4 Leistungskursen unter 5 Notenpunkten in die Rechnung einzubringen.

Der Block II beinhaltet die Leistungen des Schülers aus den Abiturprüfungen. Zur Berechnung des Ergebnisses aus diesem Block werden die Ergebnisse aus allen Prüfungsfächern addiert und die Summe mit 4 multipliziert.⁸⁶

Wenn die erbrachte Prüfungsleistung mit 0 Notenpunkten bewertet wurde oder der Prüfling sie beantragt, kann eine zusätzliche mündliche Prüfung erfolgen. Die aus dieser Prüfung resultierende Punktzahl wird aus einer Tabelle zur Bildung der Gesamtpunktzahl entnommen. Dabei multipliziert man den schriftlichen Teil der Prüfung mit 8/3 und den mündlichen Teil mit 4/3. Die daraus resultierenden Punkte werden addiert. Die Summe bildet das Endergebnis dieses Prüfungsfaches.⁸⁷

Im Block II muss eine Mindestpunktzahl von 100 Punkten und kann eine max. Punktzahl von 300 Punkten erreicht werden. Nach einer zusätzlichen mündlichen Prüfung darf kein Prüfungsfach mit 0 Punkten bewertet sein. Mind. 3 Prüfungen, davon 1 Leistungskurs, müssen mit min. 5 Notenpunkte bewertet worden sein.

Jeder Schüler hat max. 4 Jahre Zeit, um die gymnasiale Oberstufe zu absolvieren. Wenn er diese zeitliche Begrenzung überschreitet, kann er nicht mehr zur Abiturprüfung zugelassen werden. Eine nichtbestandene Prüfung kann nur 1x wiederholt werden.

Um die Abschlüsse der einzelnen Bundesländer der BRD vergleichbar zu machen, werden die Punkte in einer Tabelle in eine Abiturdurchschnittsquote umgerechnet. Diese erscheint auch auf dem Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife.

⁸⁵ Sächsisches Staatsministerium für Kultus, 2008, S. 18

⁸⁶ Sächsisches Staatsministerium für Kultus, 2008, S. 20

⁸⁷ Sächsisches Staatsministerium für Kultus 2008, Tabelle zu Bildung der Gesamtpunktzahl, S.35

Wie bereits erwähnt, kann das fünfte Prüfungsfach auch durch eine besondere Lernleistung (BELL) ersetzt werden.

Unter einer BELL versteht man eine umfassende, wissenschaftliche Arbeit, deren Thematik der Schüler selbst ausgewählt hat. Sie muss schriftlich dokumentiert sein und in einem Kolloquium am Ende des Kurshalbjahres 12/II verteidigt werden.

Die BELL kann auch eine Gemeinschaftsarbeit von max. drei Schülern sein, wobei die Leistungen der Schüler individuell erfassbar sind und einzeln bewertet werden können.

Ob ein Schüler eine besondere Lernleistung in seiner Gesamtqualifikation für das Abitur einbringt, entscheidet er in der Klasse 11 und endgültig bei der Anmeldung zur Zulassung zur Prüfung und der damit verbundenen Auswahl der Prüfungsfächer.

Entscheidet sich der Prüfling für die Einbringung einer BELL kann in der Jahrgangsstufe 12 die Belegpflicht für einen der Grundkurse in Gemeinschaftskunde, Geografie oder Biologie entfallen. Der Arbeitsaufwand für eine BELL wird mit 2 Kurshalbjahren angesetzt.

Die Schule hat gegenüber dem Schüler eine Betreuungs- und Beratungspflicht, die durch den Fachlehrer wahrgenommen wird.

Die Bewertung der Arbeit erfolgt durch den Fachlehrer und eines Zweitkorrektors. Beinhaltet die BELL eine praktische Komponente muss auch diese vom Erst- und Zweitkorrektor bewertet werden. Die Bewertung durch das Kolloquium erfolgt durch eine Prüfungskommission des Gymnasiums, der auf jeden Fall der betreuende Fachlehrer angehören muss.

Die Gewichtung der mündlichen Leistung in Bezug zur schriftlichen Leistung erfolgt 1:2. Hat die besondere Lernleistung auch eine praktische Leistung liegt die Gewichtung der drei Komponenten bei 1:1:1.

Die Gesamtpunktzahl der BELL wird entsprechend der bereits bei zusätzlichen mündlichen Prüfungen erwähnten Tabelle zur Bildung der Gesamtpunktzahl ermittelt.

Wird die Besondere Lernleistung mit 0 Notenpunkten bewertet, gelten die Abiturprüfungen als nicht bestanden. Es ist daher rechtzeitig abzuwägen, ob sich die Einbringung der komplexen wissenschaftlichen Arbeit in die Gesamtqualifikation für die allgemeine Hochschulreife wirklich lohnt und als sinnvoll erweist. Gespräche mit dem Fachlehrern, dem Tutor und dem Oberstufenberater zu Beginn der gymnasialen Oberstufe sind daher angeraten.

Neben den allgemein bildenden Gymnasien gibt es in Sachsen für begabte und hochbegabte Kinder die Möglichkeit ab der Klassenstufe 5 ein Gymnasium mit vertiefter Ausbildung oder die Hochbegabtenförderung am Landesgymnasium Sankt Afra zu Meißen zu besuchen.

Voraussetzungen sind die Bildungsempfehlung für Gymnasium und das Bestehen einer schulinternen Aufnahmeprüfung.

Begabte Schüler, d.h. Kinder mit einer überdurchschnittlichen Leistung in einem Spezialgebiet, können die sog. Begabtenförderung im naturwissenschaftlichen, musischen, sportlichen oder sprachlichen Bereich nutzen.

An Gymnasien mit vertiefter Ausbildung werden in der gymnasialen Oberstufe verpflichtend drei Leistungskurse belegt. Zu diesen Schulen gehört u.a. das sächsische Landesgymnasium für Musik Carl Maria von Weber in Dresden und das Sportgymnasium Leipzig.

Für hochbegabte Kinder, d.h. in mehreren Gebieten überdurchschnittliche Leistungen zu erbringen, gibt es seit dem Sj 2001/02 das sächsische Landesgymnasium Sankt Afra zu Meißen mit Internatsunterbringung.

Eine Aufnahme an die Schule ist ab der Klasse 7 möglich. Die Schüler sollen selbstständig Wissen erwerben. Schule und Internatserziehung sind dabei eng miteinander verknüpft. Ziel der Schule ist „... die Förderung von Mehrfachbegabungen (...) auch über die Schule und Internat hinaus.“⁸⁸

Die Schule fördert neben den Begabungen der einzelnen Schüler, aber auch das soziale Engagement jedes Einzelnen. So gehören u.a. Dienste in Altenheimen, Krankenhäusern und der Feuerwehr zur Ausbildung dazu.

Die Lehrpläne und Wochenstundenpläne sind direkt auf den Schüler zugeschnitten. Jede Jahrgangsstufe von der 7. bis zur 10. Klasse hat ein spezifisches Jahrgangsprofil:

	Klassenstufenprofile	Dokumentationsformen
7. Jgst.	„Lernen lernen“	Einführung in Lern- und Arbeitstechniken
8. Jgst.	philologisch - hermeneutisch	Trimesterarbeit in Deutsch, Geschichte, Englisch
9. Jgst.	naturwissenschaftlich	Trimesterarbeit in Physik, Chemie, Biologie
10. Jgst.	interkulturell	Jahresstudie
		Sachunterricht in Englisch und interkulturelles Profiladditum
Oberstufe	drei Leistungskurse	Besondere Lernleistung

Abbildung 22 Jahrgangsprofile Landesgymnasium St. Afra zu Meißen⁸⁹

Das Erlernen einer „alten“ Fremdsprache und zwei „neuen“ Fremdsprachen ist am Landesgymnasium Sankt Afra zu Meißen verpflichtend. Es können bis zu vier Fremdsprachen erlernt werden.

Genau wie an Gymnasien mit vertiefter Ausbildung müssen in der gymnasialen Oberstufe drei Leistungskurse, davon zwei aus einem Aufgabenbereich belegt werden. Zusätzlich müssen die Schüler die besondere Lernleistung (BELL) in ihre Gesamtqualifikation einbringen.

Im SJ 2007/08 existierten im Freistaat Sachsen 140 Gymnasien mit insgesamt 84.792 Schülern.⁹⁰ Auch bei den Gymnasien sind sinkende Schülerzahlen zu

⁸⁸ Sächsisches Staatsministerium für Kultus, 2006, S. 16

⁸⁹ Landesgymnasium St Afra zu Meißen v. 26.07.2009

⁹⁰ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, Sonderheft Tabelle 3.1, S. 55

vermelden. In den letzten 10 Jahren sank die Zahl der Schüler an Gymnasien um mehr als 40%.⁹¹

Es lässt sich jedoch kein ebenso deutlicher Anstieg der Gymnasien in freier Trägerschaft finden, wie bei den Mittelschulen in privater Trägerschaft. Im Vergleich zum SJ 2006/07 sind 2007/08 4 weitere Gymnasien in freier Trägerschaft entstanden.⁹²

4. Privatschulen in der Bundesrepublik Deutschland

4.1. Rechtliche Grundlagen

Artikel 7

(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.

(2) [...]

(3) [...]

(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.

(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.

(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Abbildung 23 Grundgesetz der BRD Artikel 7⁹³

Die wohl wichtigste rechtliche Grundlage für Schulen in freier Trägerschaft bildet Artikel 7 Abs. 4 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Er garantiert das Recht, Schulen in freier Trägerschaft, auch Privatschulen genannt, zu errichten. Er legt aber auch gleichzeitig fest, dass es dafür eine Genehmigung des Staates, meist ausgestellt von den einzelnen Schulbehörden, bedarf. Im Absatz 1 des Artikels 7 weist das Grundgesetz darauf hin, dass alle Schulen, somit auch die privaten Schulen unter staatlicher Aufsicht stehen.

Spricht man von Privatschulen, so werden diese oft auch als Ersatzschulen oder Ergänzungsschulen bezeichnet.

Beide Bezeichnungen sind jedoch in ihren Merkmalen recht unterschiedlich und eine Ersatzschule ist keine Ergänzungsschule. Eine Gemeinsamkeit der beiden Arten von privaten Schulen ist jedoch der i.d.R. zu entrichtende finanzielle Aufwand für den Schulbesuch. Beide Schulen können sowohl von natürlichen wie

⁹¹ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, Sonderheft S. 15

⁹² Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, Sonderheft Tabelle 3.1, S.55

⁹³ Deutscher Bundestag, v. 15.05.2009, GG Art.7

auch von juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts gegründet und betrieben werden.

Ergänzungsschulen sind nicht mit staatlichen Schulen zu vergleichen und bieten keinen Ersatz für Schulen, die in öffentlicher Trägerschaft stehen. I.d.R. können Ergänzungsschulen nicht die Schulpflicht erfüllen. Laut Kultusministerkonferenz „... bieten [Ergänzungsschulen] Bildungsgänge vor allem im beruflichen Bereich an, die an öffentlichen Schulen in der Regel nicht bestehen.“⁹⁴

Der Besuch einer Ergänzungsschule kann nur unter bestimmten Voraussetzungen auf die Schulpflicht anerkannt werden. Diese rechtlichen Bestimmungen regeln die Schulgesetze der Bundesländer. Im Freistaat Sachsen regelt dies das Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft vom 04.02.1992, Abschnitt 3 „Ergänzungsschulen und freie Unterrichtseinrichtungen“.

Die Ergänzungsschulen haben gegenüber den Schulbehörden lediglich eine Anzeigepflicht über die Aufnahme ihres Schulbetriebes. In Sachsen muss dies 3 Monate vor Aufnahme des Schulbetriebes erfolgen.⁹⁵ Sind sie staatlich anerkannt, können Ergänzungsschulen in Sachsen Prüfungen abhalten.⁹⁶ Private Sprachschulen, Mode- und Kosmetikschulen sind meist Ergänzungsschulen.

Die Ersatzschulen entsprechen in ihrer Struktur und Funktion den staatlichen Schulen und dienen als Ersatz von öffentlichen Schulen.

Nach Artikel 7 Abs. 4 GG bedürfen Ersatzschulen einer staatlichen Genehmigung. Paragraph 5 (1) des sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft legt folgende Voraussetzungen für die Genehmigung fest:

1. Die Schule muss in ihren Lernzielen und Einrichtungen, sowie der Ausbildung der Lehrkräfte nicht hinter den staatlichen Schulen zurückstehen.
2. Die Schüler dürfen nicht nach den Besitzverhältnissen ihrer Eltern gesondert werden.
3. Der Schulträger muss die für die verantwortliche Führung erforderliche persönliche Zuverlässigkeit besitzen.
4. Die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte muss abgesichert sein.

Ist eine Ersatzschule staatlich anerkannt, kann sie die Schulpflicht erfüllen und ist berechtigt, Prüfungen durchzuführen und Abschlusszeugnisse auszustellen, die denen einer staatlichen Schule entsprechen. Ohne diese staatliche Anerkennung muss der Schüler seine Abschlussprüfung als externe Prüfung an einer staatlichen Schule absolvieren.

Staatlich anerkannte Ersatzschulen müssen sich an die geltenden Prüfungsvorschriften und an die Vorgaben von Lehrinhalten des jeweiligen Bundeslandes halten. Sie sind jedoch nicht an die genaue Einhaltung von Stundenplänen und

⁹⁴ Sekretariat der Kultusministerkonferenz, v. 24.05.2009, Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2008

⁹⁵ SächFrTrSchulG §10 Abs. 2, 2007

⁹⁶ SächFrTrSchulG §12 Abs. 2, 2007

Lehrplänen der öffentlichen Schulen gebunden. Sie haben das Recht auf freie Lehrmittelwahl und können eigene Unterrichtsmethoden durchführen.

Eine bedeutende Rolle an Ersatzschulen spielen die Lehrkräfte. Oft besitzen die Lehrer eine hohe Eigenverantwortung und verwirklichen damit die Gestaltungsfreiheit der Schulen in freier Trägerschaft bei Unterricht und Erziehung. Die Schulen entscheiden selbst, welche Lehrkräfte sie einstellen. Dabei können sie auch Personen als Lehrkräfte einstellen, die nicht beide Staatsexamen des Lehramtsstudiums besitzen. Die Ausbildung dieser Personen muss lediglich mit denen der Lehrkräfte einer öffentlichen Schule gleichwertig sein. Eine Verbeamtung, wie in einigen Bundesländern üblich, kann dem Lehrer einer Schule in freier Trägerschaft nicht ermöglicht werden, da er ein Angestellter und kein Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ist.

Ersatzschulen haben Anspruch auf Subventionierung, wenn sie staatlich anerkannt sind. Im Freistaat Sachsen müssen die finanziellen Mittel von der Schule beantragt werden.⁹⁷

Neben den Ergänzungs- und Ersatzschulen seien die freien Unterrichtseinrichtungen noch erwähnt. Sie bieten Teile des Schulangebotes oder schulergänzende Angebote an. Dazu zählen z. B. private Nachhilfeeinrichtungen oder Sprachangebote. Die freien Unterrichtseinrichtungen unterliegen nicht dem Schulgesetz, sondern dem Gewerberecht. Sie haben keinen schulischen Charakter und können auch nicht die Schulpflicht erfüllen.

Wichtige Trägerorganisationen von Schulen in freier Trägerschaft sind die katholische und evangelische Kirche, der Verband „Schulen in freier Trägerschaft“ und der Bund freier Waldorfschulen. Im Freistaat Sachsen gab es im SJ 2007/08 insgesamt 66 freie Grundschulen, 40 freie Mittelschulen, 20 private Gymnasien und 3 freie Waldorfschulen. Insgesamt lernten 18.859 Schüler an einer Schule in freier Trägerschaft.⁹⁸

Die wohl bekanntesten Schulen in freier Trägerschaft, die auch Alternativen zur pädagogischen Ausrichtung der staatlichen Schulen anbieten, sind die Montessorischulen und die Waldorf bzw. Rudolf-Steiner-Schulen.

Diese beiden Reformschulen sollen in den nächsten Kapiteln näher vorgestellt werden.

4.2. Die Montessorischulen und ihre pädagogischen Grundsätze

Gegründet wurde die reformpädagogische Bewegung von der italienischen Ärztin Maria Montessori (1870-1952). Ihr erstes Kinderhaus gründete sie 1907 in einen Armenviertel Roms⁹⁹ und erreichte bald, dass viele der betreuten Kinder schnell Rechnen und Schreiben lernten.

Sie schrieb zahlreiche erfolgreiche Bücher über die Erziehung von Kindern, wie sie ihrer Meinung nach zu erfolgen hat. 1929 gründet sie mit Unterstützung ihres Sohnes Mario die Association Montessori International als Dachorganisation

⁹⁷ SächFrTrSchulG § 14, Abs. 1, 2007

⁹⁸ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, Sonderheft Tabelle 3.1, S. 55

⁹⁹ Montessori Dachverband Deutschland e.V., v. 22.07.2009

der bereits zahlreich in verschiedenen Ländern existierenden nationalen Montessoribewegungen.

Die erste deutsche Montessorischule wurde 1923 in Jena gegründet. Sie wurde aber unter den Nationalsozialisten wieder geschlossen.

Die Montessori-Pädagogik beruht auf mehreren Grundsätzen. Der wichtigste Leitsatz in der Montessori-Pädagogik ist: „Hilf mir es selbst zu tun!“¹⁰⁰

Um diesem Motto gerecht werden zu können, müssen Eltern, Lehrer und Erzieher Kinder als vollwertige Menschen sehen und deren Persönlichkeit achten. Jedes Kind ist anders und entwickelt sich nach seinen eigenen Regeln, den sog. inneren Bauplan. Jedes Kind bestimmt selbst, wann es was, wie und wie schnell lernt. Maria Montessori legt in diesem Zusammenhang besonderen Wert auf die sog. sensiblen Phasen. In diesen Phasen von besonderer Konzentration auf das Erlernen einer bestimmten Sache oder Fähigkeit sollten Kinder dabei besonders unterstützt und gezielt gefördert werden.

Lehrer und Erzieher müssen Kinder genauestens beobachten und eine Umgebung schaffen, in denen sich die Kinder wohlfühlen können und in der sie selbstständig Lernen können. Die Freiarbeit spielt hier eine wesentliche Rolle. Unter Begleitung des Lehrers, der als Helfer für den Schüler fungiert, können die Kinder selbst entscheiden, mit welchem Thema sie sich wie lange, ob alleine oder in Gruppen und in welchem Rhythmus beschäftigen wollen. Um sich einem Thema zu nähern und es spielerisch zu begreifen, haben Montessorieinrichtungen spezielles pädagogisches Material zur Verfügung, das zum größten Teil noch selbst von Maria Montessori entwickelt wurde.

Montessorischulen sind i.d.R. staatlich anerkannte Schulen in freier Trägerschaft. Sie werden in den meisten Fällen durch Fördervereine getragen. Sind sie staatlich anerkannt, dann müssen sie die vorgegebenen staatlichen Lehrpläne einhalten und werden durch die Landesregierungen finanziell gefördert.

Die Schulkonzepte der Montessorischulen können von Schule zu Schule variieren, da Maria Montessori kein Idealbild einer Montessorischule vorgegeben hat. An die Leitsätze und Grundgedanken der Montessori-Pädagogik hält sich jedoch jede Schule.

Die Schulräume werden altersgerecht und gut mit Montessorimaterialien ausgestattet. In den meisten Schulen werden Tische und Stühle für kleinere Gruppen angeordnet mit genügend Bewegungsfreiraum dazwischen. Die weitere Raumteilung erfolgt durch Regale, auf denen das pädagogische Material in übersichtlicher Art und Weise eingeordnet ist. So entstehen abgetrennte Bereiche, die den Kindern als Rückzugsräume, z. B. zum Lesen oder Experimentieren dienen. Ein zentral gelegener freier Platz dient als Gesprächs- oder Spielkreis.

An einer Montessorischule findet der Unterricht nach Jahrgangsstufen getrennten Klassen oder in gemischten Klassen statt. Die meisten Montessorischulen

¹⁰⁰ Kaschütz, 1998, S.25

sind integrative Schulen. Ein wichtiger Bestandteil der Montessori-Pädagogik, dass behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam lernen können.

Priorität bei der Raumgestaltung hat das Kind und das pädagogische Material. Dieses pädagogische Material stammt „... aus den Bereichen „Übungen des täglichen Lebens, Sinnesschulung, Mathematik, Sprache, Kosmische Erziehung“.“¹⁰¹ Die Kinder können jede Übung mit dem pädagogischen Material selbst auf Fehler hin kontrollieren und die Übung beliebig oft wiederholen. Die Aufgabe des Lehrers ist es, die Materialien genau zu kennen, um sie dem Schüler vorführen zu können und zu wissen, wann er welches Material dem Schüler anbietet.

In der Grundschule ist das pädagogische Material besonders wichtig, da es den Übergang von Konkretem zu Abstraktem unterstützt. In den höheren Klassen nimmt die Wichtigkeit des pädagogischen Materials ab.

Ein Schultag beginnt meist mit 2-3 Stunden Freiarbeit an einer Montessorischule. Die Schüler können frei entscheiden, mit welchem Material und damit mit welcher Thematik sie sich beschäftigen wollen. Der Lehrer steht ihnen in dieser Zeit als Helfer zur Seite. Er achtet auf die zweckmäßige Anwendung des pädagogischen Materials und auf die Beendigung einer Aufgabe durch den Schüler. Er kann diese Unterrichtszeit gut zur Beobachtung des Schülers nutzen. Max. 24 Schüler werden pro Klasse 1-2 Lehrern zugeordnet. Von Schule zu Schule abhängig.

An die Freiarbeit schließt sich meist der Gesamtunterricht an. Hier werden die Schüler in Fächern wie Mathematik, Sprache und Physik unterrichtet und somit an neue Lehrinhalte gewöhnt.

Daran schließt meist die Projektarbeit. Hier können sich die Schüler aus vom Lehrer aufgestellten Themen oder Projekten selbstständig ein Thema auswählen und in einer Gruppe daran teilnehmen.

Große Bedeutung wird an Montessorischulen den Gesprächskreisen, Ausflügen, Schulfesten und Aufenthalten in Landschulheimen zu geschrieben. Ab der 6. Klasse wird viel Wert auf Praktika von 1-2 Wochen in der Arbeitswelt gelegt.

Neben der etwas anderen Unterrichtsgestaltung, spielt auch die Erziehung der Kinder nach den Vorstellungen von Maria Montessori eine wesentliche Rolle. Jeder Schüler hat jederzeit die Möglichkeit mit anderen Schülern egal welchen Alters in Kontakt zu treten. Wichtigste Regel dabei: Niemanden durch Wort und Tat zu verletzen!¹⁰²

Ein besonderer Erziehungsinhalt der Montessori-Pädagogik ist die kosmische Erziehung. Maria Montessori ist davon ausgegangen, dass die Natur ein Ganzes darstellt, in dem jedes Tier und jede Pflanze ihre spezielle Aufgabe hat. Das Ganze dient den einzelnen Teilen und umgekehrt. Nur so kann ein harmonisches Zusammenwirken entstehen. Der Mensch nimmt bei Montessori eine

¹⁰¹ Kaschütz, 1998, S.28

¹⁰² Kaschütz, 1998, S.31

Sonderstellung ein, da er als einziger bewusst Entscheidungen treffen kann und in die Natur eingreifen und sie verändern kann.¹⁰³

Diese Vorstellung vom Zusammenspiel von Natur und Mensch, soll den Schülern in der kosmischen Erziehung näher gebracht werden. Sie sollen dadurch ein Gefühl der Verantwortung und Achtung für die Natur erhalten. Praktisch umgesetzt wird dies durch die Pflege eines Schulgartens oder kleine naturwissenschaftliche Versuche und Experimente.

Weiterhin werden die Musik- und Bewegungserziehung durch häufige Verbindung von Musik und Bewegung sowie Kunsterziehung und Werken gezielt gefördert.

Am Schuljahresende überreicht der Lehrer jedem Schüler einen persönlichen Brief. In diesem gibt er Auskunft über den Lernfortschritt, die Stärken und Schwächen und den zukünftigen Weg des Schülers. Schulnoten sind an Montessorischulen erst in höheren Klassen üblich. Um Lehrer an einer Montessorischule zu werden, bedarf es neben dem staatlichen Lehrerdiplom eine zusätzliche spezielle Ausbildung in der Montessori-Pädagogik durch Montessori-Ausbildungsorganisationen.

Nicht für jedes Kind eignet sich die Montessori-Pädagogik. Es gibt Kinder, die mit dem sehr selbstständigen Erlernen von Themen und Fähigkeiten nicht zu Recht kommen und gestellte Aufgaben mit detaillierten strengen Anweisungen und Kontrollen bevorzugen.

Selbstgewählte Aufgaben können bei ständiger Wiederholung schnell dominant werden und sich somit nachteilig auf den Schulbetrieb auswirken. Es ist die Aufgabe des Lehrers dies frühzeitig zu erkennen und dem entgegenzuwirken.

Die individuelle Entwicklung kann auch zu einseitig ausfallen. Beschäftigt sich der Schüler zu oft mit einem Thema, so ist er zwar in diesem Gebiet sehr gut entwickelt, in den anderen Gebieten aber zu wenig. Das erreichte Lernniveau kann dann zu gering ausfallen. Auch hier muss der Lehrer, gemeinsam mit den Eltern, durch eine gute Beobachtungsgabe frühzeitig die Fehlentwicklung sehen und korrigierend eingreifen. Versäumnisse lassen sich nur schwer später wieder aufholen.

An Montessorischulen besteht meist keine Hausaufgabenpflicht. Die individuelle Entwicklung der Schüler ermöglicht es nicht, einheitliche Hausaufgaben für alle Schüler aufzugeben. An den Montessorischulen wird dies auf unterschiedliche Art und Weise gelöst. Einige Schulen bieten freiwillige Hausaufgaben an, andere Schulen haben Wochenarbeiten, die die Schüler zu Hause beenden können oder Eltern erarbeiten in Absprache mit dem Lehrer eigene Hausaufgaben.

Wichtig für Montessorischulen ist es einen Mittelweg zwischen Wohlfühlen des Kindes an der Schule und dem an die Schule gestellten Leistungsanspruch zu finden.

Im SJ 2007/08 gab es bundesweit 400 Montessorischulen, davon 300 Grundschulen und 100 weiterführende Schulen. 60% der Montessorischulen sind in

¹⁰³ Kaschütz, 1998, S.32f.

freier Trägerschaft. Die anderen sind meist staatliche Schulen mit Montessori-Zweigen.¹⁰⁴

Montessorischulen existieren in allen Bundesländern. Neben den Schulen gibt es ca. 600 Kindertagesstätten, die sog. Kinderhäusern, die mit der Montessori-Pädagogik arbeiten.¹⁰⁵ In Sachsen bestehen zurzeit 2 Montessori-Gymnasien, 3 Montessori-Mittelschulen und 11 Montessori-Grundschulen.¹⁰⁶

Die Nachfrage nach einem Platz an einer Montessorischule ist in den letzten Jahren, nicht zuletzt aufgrund der PISA-Studie und dem damit verbundenen Umdenken bei den Eltern stark gestiegen. Im Branchenbericht „Freie und Alternativpädagogik“ der GLS Bank 2007 wird festgehalten, dass im Durchschnitt einer von fünf angemeldeten Schülern an einer freien oder alternativen Schule keinen Platz bekommt.¹⁰⁷

4.3. Die Waldorfschulen und ihre Pädagogik nach Rudolf Steiner

Die pädagogischen Grundsätze der Waldorfschulen beruhen auf den Vorstellungen Rudolf Steiners (1861-1925). Er gründete 1919 in Stuttgart die erste Waldorfschule mit Unterstützung des Fabrikanten Emil Molt. Die Schule war anfänglich nur für die Kinder der Fabrikangestellten der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik in Stuttgart vorgesehen. Zur gleichen Zeit entstand auch ein Ausbildungszentrum für Waldorflehrer in der Umgebung von Stuttgart.¹⁰⁸

Der in Österreich geborene Steiner entwickelte die anthroposophische Lehre und schrieb darüber zahlreiche Bücher und Artikel. Über seine anthroposophischen Leitsätze hielt er mehrere Vorträge. Sie bilden zudem die wesentliche Grundlage für die Waldorf-Pädagogik.

Die Waldorfschulen basieren auf drei Grundsätzen:

1. Jedes Kind ist ein Individuum und wird entsprechend geachtet.
2. Die pädagogische Arbeit basiert auf den Erkenntnissen Rudolf Steiners.
3. Alle Lehrpläne gehen in ihrer Grundstruktur auf die Ideen von Rudolf Steiner zurück und fördern das ganzheitliche Lernen.¹⁰⁹

Das wichtigste Ziel der Waldorf-Pädagogik ist die Förderung der freien Entwicklung jedes einzelnen Kindes. Die Waldorfschulen berufen sich dabei auf die von Rudolf Steiner entwickelten Lehrpläne und die besonders wichtige Rollen der Lehrer-Schüler-Beziehung.

¹⁰⁴ Montessori Dachverband e.V., v. 22.07.2009, Montessori-Einrichtungen

¹⁰⁵ Montessori Dachverband e.V., v. 22.07.2009, Montessori-Einrichtungen

¹⁰⁶ Sächsische Schuldatenbank, v. 28.07.2009

¹⁰⁷ GLS Bank, v. 28.07.2009, Pressebericht vom 15.05.2007

¹⁰⁸ Kaschütz, 1998, S.49

¹⁰⁹ Kaschütz, 1998, S.51

Steiner legte seine Lehrpläne auf die Förderung des ganzheitlichen Lernens und Denkens aus. Er leitete aus menschlichen Erkenntnissen und Beobachtungen ab, wann das bestmögliche Alter zum Erlernen von Fertigkeiten und Fähigkeiten für den Schüler ist. Noch heute beruhen alle Lehrpläne an Waldorf- bzw. Rudolf-Steiner-Schulen auf diese Grundstruktur. Die Lerninhalte sind zwar mit denen der staatlichen Schulen vergleichbar, sie unterscheiden sich jedoch in der Art und Weise der Wissensvermittlung. So werden Lerninhalte zum Teil in anderen Jahrgangsstufen vermittelt, als es der Lehrplan einer staatlichen Regelschule vorsieht.

Dem Klassenlehrer einer Waldorfklasse lassen die Lehrpläne erhebliche Gestaltungsspielräume offen, die sie für eine individuelle Förderung der Schüler nutzen können.

Wichtigste Bezugsperson während der Schulzeit ist der Klassenlehrer. Er bildet in den Waldorfschulen das zentrale Element und unterrichtet fast alle Unterrichtsfächer. Ein Klassenlehrer begleitet seine Schüler bis zur 8. Klasse. Er gibt den täglichen Hauptunterricht und hat durch diesen engen Kontakt zu seinen Schülern, die Möglichkeit jeden Einzelnen genau kennenzulernen und dessen Stärken und Schwächen zu finden. Er wird zur Leitfigur und Vorbild für die jungen Menschen, dessen er sich stets bewusst sein sollte. Der Waldorflehrer sollte seine Schüler nach dem Prinzip „Gleiches mit Gleichem zu behandeln“ fördern.

Sowohl im Lehrplan als auch im Schulbetrieb wird der von Steiner aufgestellte 7-Jahreszyklus berücksichtigt.

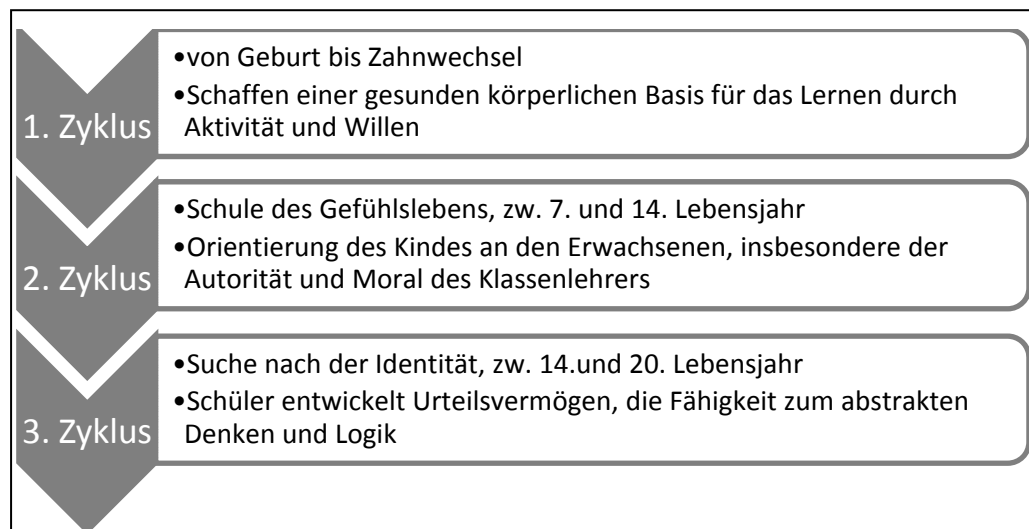


Abbildung 24 Die während der Kindeserziehung zu berücksichtigende Zyklen

So oft wie möglich werden im Unterricht an einer Waldorfschule Theorie und Praxis miteinander vereint.

In den meisten Fällen sind Waldorfschulen, staatlich genehmigte Ersatzschulen in freier Trägerschaft. Sie vermitteln die in den staatlichen Lehrplänen vorgegeben Lehrinhalte und können staatliche Zuschüsse erhalten. Das zu entrichtende Schulgeld ist ein monatlicher Pauschalbetrag, der sich nach den Einkünften der Eltern richtet.

Eine Waldorfschule ist i.d.R. eine Gesamtschule, die bis zur 12. Klasse besucht wird. Eine sich anschließende 13. Klassenstufe bereitet die Schüler auf die Abiturprüfung bzw. Prüfung zu mittleren Reife vor.

Die Umsetzung der Waldorf-Pädagogik kann von Schule zu Schule variieren. Genaue festgelegte Kriterien für den Schulbetrieb einer Waldorfschule gibt es nicht.

Die Klassenzimmer sind stets altersgerecht und mit den entsprechenden Materialien für die jeweilige Lernepoche ausgestattet.

Der Schultag beginnt mit einer Begrüßung durch den Klassenlehrer und der Phase der Einstimmung. Daran schließt sich der Hauptunterricht, mit Fächern, bei denen das Auffassen, Durchdenken und Vorstellen besonders wichtig ist. Unterrichtsfächer, bei denen das Wiederholen und stete Üben eine wesentliche Rolle spielen sowie Fächer mit körperlicher, praktischer oder künstlerischer Beanspruchung, werden am späten Vormittag oder am Nachmittag gelehrt. Man versucht sich damit den natürlichen Tagesrhythmus der Schüler anzupassen.

Der Unterricht wird im sog. Epochenunterricht durchgeführt. Diese Phasen dauern meist 4 Wochen und dienen der intensiven Auseinandersetzung mit einem Thema oder Sachgebiet verbunden mit fächerübergreifendem Unterricht. Dabei sind in einem Schulfach durchaus mehrere Epochen pro Schuljahr möglich.

Es gibt einige Regeln für die Unterrichtsgestaltung, die nach Möglichkeit stets berücksichtigt werden sollten:

- Ein lebendiger Vortrag hat stets Vorrang vor Schulbüchern
- Ein farbig gestaltetes Tafelbild ist wichtiges Element des Unterrichts
- Künstlerisches Tun begleitet den Unterricht
- Die eigene Arbeit des Schülers dient als Zugang und Bezug zur Praxis
- Es werden ab der 1. Klasse 2 Fremdsprachen unterrichtet
- Das erlernte Wissen aus den Lernepochen wird in Monatsfeiern den Lehrern und Eltern präsentiert
- Das Acht- und Zwölfklassenspiel ist eine öffentliche Aufführung und ist für die Schüler verpflichtend
- In der 8. und 12. Klasse sind Jahresarbeiten zu erbringen. Diese selbstgewählten Themen werden in einer öffentlichen Ausstellung vorgeführt.¹¹⁰

Die Schüler einer Waldorfschule werden erst mit 7 Jahren, resultierend aus dem 7-Jahreszyklus, eingeschult. Das Lesen und Schreiben beginnen sie erst in der 2. Klasse. In der 1. Klasse werden den Schülern Märchen, Fabeln und Legenden erzählt.

Kein Schüler muss Sitzenbleiben und erhält i.d.R. bis zur 9. Klasse keine Noten. In der Unter- und Mittelstufe einer Waldorfschule erhalten die Schüler individuelle Beurteilungen und Zeugnisprüche.¹¹¹

¹¹⁰ Kaschütz, 1998, S. 59f

¹¹¹ Focus Online, v. 12.07.2009, Focus Schule Lernen Teil 1

Neben den intellektuellen Fähigkeiten versucht man in den Waldorfschulen auch die sozialen und handwerklichen-künstlerischen Fähigkeiten der Schüler zu fördern. So steht die Kunsterziehung, mit der Einführung in alle gebräuchlichen Mal- und Zeichentechniken und dem Umgang mit verschiedensten Materialien, bei der Erziehung der Kinder ebenso im Vordergrund wie die Musikerziehung. Bis zur 4. Klasse beherrschen alle Schüler Noten und ein Instrument. Ab der 5. Klasse ist die Mitwirkung im Schulchor oder Schulorchester verpflichtend.

Durch verschiedene Praktika wird der intensive Umgang mit der handwerklichen Praxis gefördert.

Auch der Religionsunterricht ist für alle Schüler verpflichtendes Unterrichtsfach. Der Schüler hat die Wahl zwischen katholischen, evangelischen Religionsunterricht, freien, durch den Waldorflehrer durchgeführten, christlichen Unterricht und dem Religionsunterricht der Christengemeinschaft.

Ein besonderes Unterrichtsfach ist die Eurythmie. Ein Fach, das während der gesamten Schulzeit an den Waldorfschulen unterrichtet wird. Die Bewegungs- und Ausdruckskunst, dient der „... Harmonisierung von Körper, Geist und Seele...“.¹¹²

Ziel der Waldorf-Pädagogik ist es am Ende der Schulzeit einen Menschen er-zogen zu haben, der seine Fähigkeiten und Anlagen entfalten konnte und der in der Lage ist, seinen eigenen Lebensplan zu verwirklichen.

Die Eltern spielen bei den Waldorfschulen eine wichtige Rolle. Sie sollten sich mit der Anthroposophie Rudolf Steiners auseinandergesetzt haben und werden vom Klassenlehrer vor Beginn der 1. Klasse zu Hause besucht. Der Klassenleiter bietet Gesprächskreise zu Steiner-Texten an. Man erwartet von den Eltern ein hohes Engagement und die Teilnahme an den regelmäßig stattfindenden Elternabenden. Dafür erhalten Eltern auch ein Mitbestimmungsrecht bei finanziellen und organisatorischen Belangen.

Waldorfschulen haben keinen Direktor und keine hierarchischen Ebenen. Sie unterliegen dem Prinzip der Selbstverwaltung. Festgelegte Organe mit speziellen Aufgaben, Delegationen und offene Kreise, bestehend aus Lehrern und Eltern, „managen“ oft eine Waldorfschule. Die Vertretung nach außen und die Wahrnehmung des Schulganzen ist Aufgabe des gewählten Vorstandes. Jede Waldorfschule ist eine autonome Schule und unterliegt keiner außerschulischen Kontrolle.

Dadurch entstehen unterschiedlichste Schulqualitäten und oft zu lange Entscheidungszeiten. Konflikte können nicht immer schnell gelöst werden, wie es bei Entscheidungen durch Direktoren möglich ist.

Auch der Wechsel von Waldorfschülern an staatliche Regelschulen ist oft problematisch, da enorme Wissensrückstände, hauptsächlich in Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen, aufgeholt werden müssen.

Auch das zusätzliche 13. Schuljahr ist mit hohem Prüfungsstress und Leistungsdruck verbunden. Schüler können die Waldorfschule mit dem Ende der

¹¹² Kaschütz, 1998, S.61

12. Klasse zwar mit einem Waldorfabschluss verlassen, dieser ist jedoch nicht staatlich anerkannt und zählt damit in der Arbeitswelt praktisch nicht.

Waldorflehrer werden an eigenen Seminaren oder Schule bzw. Hochschulen für Waldorfpädagogik ausgebildet. Es ist nicht zwingend notwendig ein abgeschlossenes staatliches Lehramtsstudium absolviert zu haben. Auch Quereinsteiger können zu Waldorflehrer ausgebildet werden.

Zwar bemühen sich die Waldorfschulen den Geist der Zeit mehr und mehr in ihre Welt einziehen zu lassen, es lässt sich jedoch nicht leugnen, dass durch die anthroposophischen Leitgedanken in der Erziehung der Schüler und dem bewussten Aussparen von Zeiterscheinungen an der Schule, den Waldorfschulen den Stempel einer „Weltanschauungsschule“ noch immer anhaftet. Wer als Erziehungsberechtigter die Gedanken zur Erziehung und der Anthroposophie Rudolf Steiners nicht vollkommen akzeptieren kann, sollte genau Überlegen, ob eine Waldorfschule die richtige Schulwahl für sein Kind ist.

Im SJ 2007/08 gab es in Deutschland 208 Waldorfschulen mit 81.275 Schülerinnen und Schülern.¹¹³ Waldorfschulen sind in allen Bundesländern vorhanden. Im Freistaat Sachsen gab es 3 freie Waldorfschulen im Schuljahr 2007/08, in Chemnitz, Dresden und Leipzig, mit 1278 Schülern.¹¹⁴

4.4. Motive und Erwartungen der Eltern an private Schulen

Die Zahl der Eltern, die ihr Kind eine Schule in freier Trägerschaft besuchen lassen, ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Im SJ 2007/08 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 4946 Privatschulen im allgemein bildenden und beruflichen Schulbereich. Im Vergleich zum SJ 1992/93 entspricht dies einer Steigerung von 53%.¹¹⁵ Selbst als die Zahl der staatlichen Schulen in den 90er Jahren sank, konnte die Anzahl der privaten Schulen sich erhöhen.

Die meisten neuen Schulen in freier Trägerschaft entstanden in den letzten Jahren vorwiegend in den neuen Bundesländern. Hier konnte sich die Zahl der Privatschulen seit 1992/93 verfünffachen.¹¹⁶ Dies lässt sich sicherlich mit der einsetzenden Gründungswelle von privaten Schulen nach der Wende 1990 erklären, da es in der DDR faktisch keine Privatschulen gab. Über den gesamten Zeitraum beobachtet, lässt sich jedoch feststellen, dass der Zuwachs an privaten Schulen in den neuen Bundesländern anhält.

Im SJ 2007/08 besuchte in Deutschland jeder 13. Schüler eine Schule in freier Trägerschaft.¹¹⁷ Dabei gibt es große Unterschiede bei der Verteilung in den einzelnen Bundesländern, wie die Abbildung 28 verdeutlicht.

¹¹³ Institut für Bildungsökonomie an der Freien Hochschule für anthroposophische Pädagogik Mannheim, v. 19.07.2009, Schülerzahlen Schuljahr 2007/08

¹¹⁴ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, Sonderheft Tabelle 3.1, S. 55

¹¹⁵ Statistisches Bundesamt, 2008, Fachserie 11, Reihe 1.1, S. 14

¹¹⁶ Statistisches Bundesamt, 2008, Fachserie 11, Reihe 1.1, S. 14

¹¹⁷ Statistisches Bundesamt, 2008, Fachserie 11, Reihe 1.1, S. 15

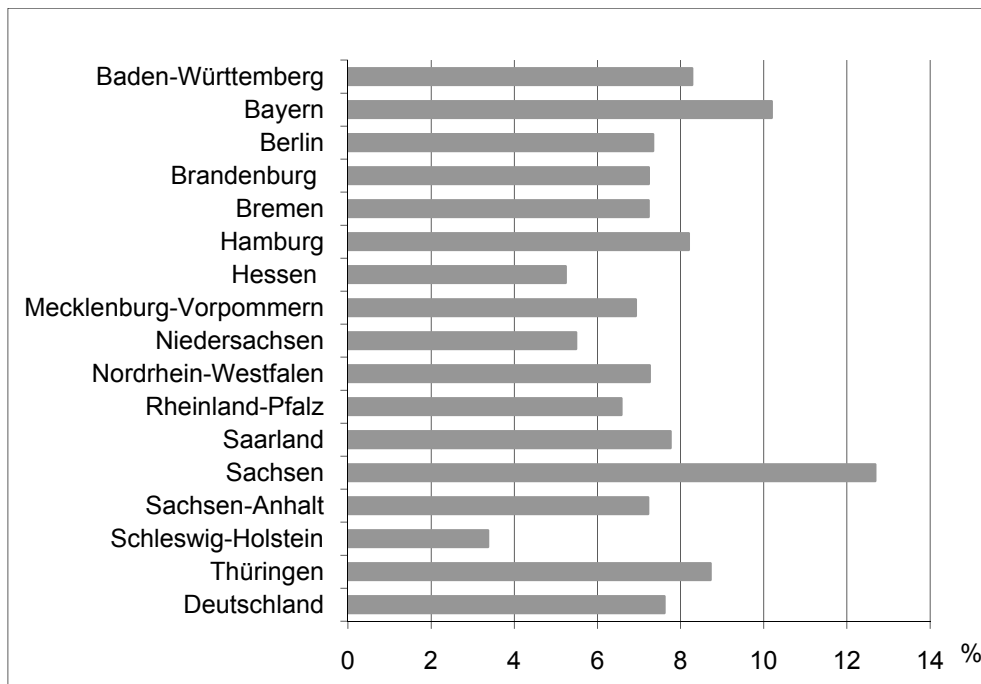


Abbildung 25 Anteile der Privatschüler an Schülern gesamt 2007¹¹⁸

In den letzten Jahren hat das Interesse an Schulen in freier Trägerschaft zugenommen.

Die über Jahrzehnte anhaltende skeptische Haltung in der deutschen Bevölkerung gegenüber Privatschulen ist praktisch nicht mehr vorhanden. Man hat erkannt, dass Vorurteile, wie nur für die Elite vorgesehen und praktisch nicht finanzierbar, nicht mehr bestehen und ein Umdenken in der Bevölkerung hat eingesetzt.

Einen regelrechten Ansturm auf Schulen in freier Trägerschaft setzte mit dem schlechten Abschneiden der deutschen Schüler in der PISA-Studie 2000 ein. Die Studie zeigte, dass schlechtere Abschneiden von staatlichen Schulen gegenüber den privaten Schulen. Ein Umdenken der Eltern hinsichtlich der Bildungsqualität begann.

In Umfragen geben Eltern meist drei Hauptgründe für die Bevorzugung einer Privatschule an:

1. Ganztagsbetreuung
2. Werteorientierte Erziehung
3. individuelle Förderung¹¹⁹

Bei der Ganztagsbetreuung sind die staatlichen Schulen dabei immer mehr aufzuholen. Privatschulen haben jedoch den Vorteil, dass sie auf die Wünsche der Eltern und Kinder auch bei der Betreuung noch flexibler und individueller eingehen können, als die staatlichen Schulen. Da das Schulgeld die Betreuung am Nachmittag mit einschließt, können Schulen in freier Trägerschaft durchaus günstiger sein als öffentliche Schulen, bei denen Kosten für Hortplatz, Nachhilfe und Vereine oft zusätzlich anfallen.

Die an Werten orientierte Erziehung ist ein weiterer Grund für die Wahl einer privaten Einrichtung. Experten beobachten einen Trend hin zu konservativer

¹¹⁸ Statistisches Bundesamt, 2008, Fachserie 11, Reihe 1.1, S. 15

¹¹⁹ RP-Online, v. 19.07.2009, Serie Ab ins Leben

Erziehung. Viele Eltern sehen dies eher in Schulen mit kirchlicher Trägerschaft und den Montessori- bzw. Waldorfschulen gegeben.

Gehäufte Diskussionen über Gewalt an staatlichen Schulen und Problemfällen an Schulen verstärken den Trend hin zu Erziehung von Werten wie Respekt, Fürsorge und Persönlichkeitsentfaltung.

Oft gelingt es Schulen mit sog. reformpädagogischen Ansätzen den Leistungsdruck von den Schülern zunehmen und ihnen so die gewünschten Werte zu vermitteln und wieder Freude am Lernen zu wecken.

Das Schulklima verbessert sich dadurch enorm, was viele Eltern an staatlichen Schulen bemängeln.

Generell haben die staatlichen Schulen ein schlechtes Ansehen bei den Eltern, dass sich durch die katastrophalen Ergebnisse bei den PISA- Studien 2000, 2003 und 2006 noch verstärkte. Unterrichtsausfall, Lehrermangel, schlechte räumliche Ausstattung und übereilt durchgeführte Reformen der Kultusminister sind nur einige der Gründe, die Eltern an öffentlichen Schulen kritisieren.

An den meisten Schulen in freier Trägerschaft finden sich genau diese Mängel nicht. Die Schulgebäude sind in gutem Zustand und die Schulen sind gut ausgestattet. Das zur Verfügung stehende Geld wird sinnvoll und zum Wohle der Schüler eingesetzt. Lehrer können von der Schule selbst ausgewählt werden und es gibt deutlich mehr Vertretungsstunden als Unterrichtsausfälle.

Durch kürzere Entscheidungswege sind private Schulen oft flexibler und schneller in ihren Entscheidungsfindungen. Die Träger von privaten Schulen sind nicht so abhängig von den Landesvorgaben, wie die staatlichen Schulen.

Zu all diesen Mängeln kommt bei vielen Eltern das Gefühl, ihr Kind wird in der öffentlichen Schule nicht so gefördert, wie sich Eltern das wünschen und wie es Kinder bräuchten.

In der von der Zeitschrift Focus Schule 2009 durchgeführten Onlinebefragung von mehr als 3100 Eltern in Deutschland, zeigte sich das bessere Abschneiden der privaten Schulen bei der individuellen Förderung.

In der Umfrage konnten die Eltern, staatliche und private Schulen bewerten. Bei der individuellen Förderung erhielten die privaten Schulen die Note 1⁺ und die öffentlichen Schulen lediglich die Note 3.¹²⁰

Der Lehrermangel und der Leistungsdruck lassen die Schwächeren an staatlichen Schulen nicht mitkommen. Durch die individuelle Förderung an privaten Schulen können Schwache besser gefördert und Talente der Schüler erkannt und individuell durch die Schule gefördert werden. Es entsteht ein besseres Schulklima und eine bessere Lernatmosphäre. Viele Schulen in freier Trägerschaft unterstützen den Einzelnen und ein zielgerichtetes Lernen.

Privaten Schulen ist es möglich flexibler auf die Bedürfnisse von Kindern und deren Eltern einzugehen. Eine bessere individuelle Förderung kann auch über

¹²⁰ Focus Schule- Schulkompass, v. 19.07.2009, Artikel Auswertung Befragung

ein Auswahlverfahren bei der Aufnahme der Schüler an die Schule erreicht werden.

Durch den Ansturm an die Privatschulen kommen in der heutigen Zeit auf einen Schulplatz i.d.R. 2-3 Bewerber.¹²¹ Diese komfortable Situation erlaubt es den Schulen, die Schüler hinsichtlich ihrer Wissbegierde, ihres guten Benehmens und dem Engagement ihrer Eltern auszuwählen. Ein Arbeiten mit diesen Schülern gestaltet sich dadurch wesentlich unkomplizierter.

Dabei zeigt sich aber auch ein weiteres wichtiges Motiv für die Eltern, ihre Kinder an einer Privatschule anzumelden: das starke Einbeziehen der Eltern in die Schulorganisation.

Private Schulen leben durch die Tatkraft und das Engagement der Eltern. Oft sind es Elterninitiativen, die die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft vorantreiben. Ein hohes Engagement der Eltern an der Schule wird von allen Privatschulen vorausgesetzt. Durch den dadurch entstandenen engen Kontakt, können die Eltern stets über den Bildungsstand ihrer Kinder informiert werden und Probleme lassen sich schneller lösen.

Auch der Ganztagsunterricht ist eine sinnvolle Alternative zum Unterrichtsmodell der öffentlichen Schulen, der die Eltern zu einem Wechsel animiert. Hausaufgaben können in der Schulzeit erledigt und müssen nicht mehr nachmittags zu Hause gemacht werden. Lehrer sind jederzeit für den Schüler erreichbar und bieten ihre Nachhilfe bzw. Förderung an. Die Schüler verlieren ihre Hemmungen, den Lehrer nach Hilfe zu fragen.

Viele Eltern erwarten von privaten Schule eine individuellere, bessere Förderung ihrer Kinder, eine ganzheitliche Werteerziehung und damit verbunden eine bessere Betreuung ihrer Kinder in der Schule.

Das Bewusstsein für gute Bildung wächst in Zeiten der Krise. Andere Unterrichtskonzepte, wie sie an den privaten Schulen oft zu finden sind, bieten in den Augen vieler Eltern eine echte Alternative zu staatlichen Schulen und traditionellen Unterrichtsvorstellungen.

Die Anforderungen der Gesellschaft an die Schüler hinsichtlich ihres späteren Berufslebens haben sich in den letzten Jahren verändert. Schüler müssen heute Kompetenzen erwerben, die sie benötigen, um mit der sich schnell verändernden, globalen Welt zurechtzukommen und die ihnen helfen, ihren eigenen Weg zu finden. Teamfähigkeit, Kreativität, Selbstbewusstsein, die Fähigkeit sich in andere Menschen hineinzuversetzen und seine eigenen Stärke und Schwächen zu kennen, sind unerlässlich für die Zukunft.

Kompetenzen, die viele öffentliche Schulen nicht in der Lage sind ihren Schülern zu vermitteln. Um ihre Kinder aber optimal auf die Arbeitswelt vorzubereiten, suchen viele Eltern neue Wege. Die Privatschulen, allen voran die Reformschulen scheinen meist die Alternative zu sein. So unterschiedlich Reformschulen auch sind, in einem sind sie sich einig: Das Kind mit seinen individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen steht im Mittelpunkt.¹²²

¹²¹ Focus Online, v. 19.07.2009, Privatschulen von A-Z

¹²² Papenfuss, 2009, S. 12

Das schulische Konzept spielt bei der Auswahl der Bildungseinrichtung, ob nun in freier oder staatlicher Trägerschaft, eine entscheidende Rolle für die Eltern. Die Bezahlung von Schulgeld spielt eher eine untergeordnete Rolle, da sich die Kosten für Schulen in freier Trägerschaft mit durchschnittlich 120 Euro pro Monat¹²³ im Rahmen halten und private Schulen gesetzlich gebunden sind, sich an die Einkommen der Eltern anzupassen und nicht „... eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern ...“¹²⁴ zu fördern.

Es gibt sie noch die elitären Privatschulen, für Kinder mit Eltern der reichen Oberschicht. Sie sind aber nicht länger der vorherrschende Typus von Schulen in freier Trägerschaft. Die meisten Privatschulen, rund 80%, werden von der evangelischen und katholischen Kirche getragen und verlangen durch den konfessionellen Hintergrund ein moderates bis kein Schulgeld. Gefolgt werden diese Schulen von den Waldorfschulen, die die drittstärkste Gruppe bildet. Die restlichen Privatschulen sind Montessorischulen, internationale und freie Alternativschulen.¹²⁵

Bei der Vielzahl der Schulen in privater Trägerschaft wird es auch für die einzelnen Privatschulen immer wichtiger, sich dem entstandenen Wettbewerb zu stellen und den sich stetig zu veränderten Bedürfnissen immer wieder neu anzupassen.

¹²³ Focus Online, v. 19.07.2009 , Privatschulen von A-Z, S. 3

¹²⁴ SächsFrTrSchulG § 5 (1), 2, 2007

¹²⁵ Profiling Institut, v. 19.07.2009, Privatschulen

Praktischer Teil

5. Untersuchung über die Motive und Erwartungen von Eltern, deren Kinder das Freie Gymnasium Penig besuchen

Im SJ 2008/09 konnte das Freie Gymnasium Penig in seinem 10-jährigen Bestehen erstmals drei fünfte Klassen bilden. Trotz der wirtschaftlich schlechten Zeiten ist der Andrang an eine Schule in freier Trägerschaft aufgenommen zu werden, ungebrochen. Viele Eltern melden sich bereits in der 3. Klasse an, um an der Schule aufgenommen zu werden.

Welche Gründe und Erwartungen sie an das Freie Gymnasium Penig und damit an eine Schule in privater Trägerschaft haben und wie die Schule davon profitieren bzw. sich positiv weiterentwickeln kann, untersucht dieses Kapitel.

Mit Unterstützung der Schulleitung des Freien Gymnasiums Penig habe ich einen Fragebogen erarbeitet, den die Eltern der 5. Klassen des SJ 2008/09 und die Eltern der zukünftigen 5. Klassen des SJ 2009/10 beantworteten. Als Vergleich zu den Ergebnissen wurde die gleiche Befragung am Johann-Mathesius-Gymnasium in Rochlitz mit Eltern der dortigen zukünftigen Fünftklässlern des SJ 2009/10 durchgeführt. Da das Gymnasium in Rochlitz eine staatliche Schule ist und viele Eltern sie neben dem Freien Gymnasium Penig bei der Wahl der weiterführenden Schule ihres Kindes auch berücksichtigen, dienen die aus der Befragung gewonnenen Resultate als gute Vergleichsgrößen. Weil die Eltern und deren Kinder sich gerade in der Entscheidungsphase des Schulwechsels an eine weiterführende Schule befanden, schien es mir sinnvoll diese Gruppe von Eltern zu befragen. Ihre Antworten spiegeln die aktuelle Lage wieder und sind zeitnah.

5.1. Das Freie Gymnasium Penig

Das Freie Gymnasium Penig ist eine staatlich genehmigte Ersatzschule unter der Trägerschaft des Trägervereins Freies Gymnasium Penig e.V. in der sächsischen Kleinstadt Penig.

Nachdem bekannt wurde, dass mit Ende des Schuljahres 2000/01 das staatliche Gymnasium Penig geschlossen wird, wurde die Gründung eines Gymnasiums in freier Trägerschaft beschlossen. Am 25.11.1998 wurde daraufhin der Trägerverein Freies Gymnasium Penig e.V. ins Leben gerufen.

Das Schulgebäude des öffentlichen Gymnasiums sollte nicht leer stehen und die Stadt Penig wollte als Schulstandort für ein Gymnasium in der Region bestehen bleiben.

Die Aufgabe des Trägervereins war zu Beginn seiner Tätigkeit, das Freie Gymnasium Penig zu errichten, zu betreiben und weiter zu entwickeln. Im Jahre 1998 gehörten dem Verein 10 Mitglieder an. Darunter Unternehmen und namenhafte Bürger der Stadt Penig, eine Kanzlei aus Chemnitz und die Stadt Penig, vertreten durch den Bürgermeister.

Im Jahre 2009 gehören dem Trägerverein 11 Mitglieder an. Zu seinem heutigen Aufgabengebiet zählt die Betreuung des Freien Gymnasium Penig und dessen Weiterentwicklung, um in der Stadt Penig die Möglichkeit einer gymnasialen Ausbildung im mathematisch-naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Profil hin zum Abitur zu erhalten.

Neben dem Trägerverein gründete sich am 08.12.1998 der Förderverein Freies Gymnasium Penig e.V. Er unterstützt das Freie Gymnasium Penig und die Schüler beim Schulbesuch, der Teilnahme an Schulveranstaltungen und Freizeitangeboten finanziell, fördert die Öffentlichkeitsarbeit des Gymnasiums und würdigt besondere Leistungen und Aktivitäten von Schülern und Klassen.

Der Verein trägt sich über finanzielle Mittel aus den Mitgliedsbeiträgen, Erträgen des Vereinsvermögens, Spenden, Zuwendungen und sonstige Einnahmen und Mitteln aus öffentlicher Hand. Zählte der Förderverein zu Beginn 11 Mitglieder, hat sich bis heute eine Vielzahl von Personen dem Förderverein Freies Gymnasium Penig e.V. angeschlossen.

Da die Genehmigung zur Errichtung einer Ersatzschule vor Schulbeginn eingeholt werden muss und der Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde¹²⁶ bedarf, tat man dies auch am Freien Gymnasium Penig vor dem geplanten Schulbeginn im Jahre 1999. Die Zustimmung des Kultusministeriums des Freistaates Sachsen in Dresden erfolgte am 04.08.1999. Die Zusage des zuständigen Regional-schulamtes, heute zusammengefasst in der sächsischen Bildungsagentur mit Hauptsitz in Chemnitz, lag bereits im Juni 1999 vor.

Schulbeginn war am 02.09.1999 mit dem damaligen Schulleiter und Geschäftsführer Herrn Dr. Roland Hagen. Im ersten Schuljahr des Gymnasiums in freier Trägerschaft besuchten 84 Schüler und Schülerinnen die Schule.

Da es sich um eine Einrichtung unter privater Trägerschaft handelt, musste auch von Anfang an ein monatliches Schulgeld entrichtet werden. Im Jahre 1999 bezahlten die Eltern 230 DM, die sich aus 94 DM Schulgeld und 136 DM für die Ganztagsbetreuung zusammensetzten.

Schülerzahlen	Männlich	Weiblich	Gesamt
SJ 1999/2000	50	34	84
SJ 2000/2001	70	65	135
SJ 2001/2002	87	95	182
SJ 2002/2003	99	99	198
SJ 2003/2004	94	95	189
SJ 2004/2005	97	96	193
SJ 2005/2006	110	102	212
SJ 2006/2007	132	112	244
SJ 2007/2008	137	113	250
SJ 2008/2009	148	113	261

Abbildung 26 Entwicklung der Schülerzahlen am Freien Gymnasium Penig¹²⁷

¹²⁶ SächsFrTrSchulG § 4 Absatz 2, 2007

¹²⁷ Zahlen aus den jährlichen Schulstatistiken des Freien Gymnasium Penig für das Landesamt für Statistik in Kamenz

Seit Dezember 1999 ist neuer Schulleiter und Geschäftsführer Herr Armin Frei. Er führt die Schule nun erfolgreich seit 10 Jahren. Durch die Konzeptbestätigung der Schulaufsichtsbehörde im September 2001 können nun auch jährlich Zuschüsse des Landes Sachsen beantragt werden.

Bis zur endgültigen Schließung des staatlichen Gymnasium Penig im Juli 2001 teilten sich die beiden Schulen die Gebäude und das Gelände, welches das Freie Gymnasium Penig danach übernahm.

Im Mai 2002 erhielt das Freie Gymnasium Penig die staatliche Anerkennung als Ersatzschule. Seitdem können Zeugnisse ausgestellt und Abiturprüfungen nach den für öffentliche Schulen geltenden Prüfungsvorschriften durchgeführt werden. Die ersten 13 Schüler des Freien Gymnasium Penig legten im SJ 2002/03 ihre Prüfungen zur allgemeinen Hochschulreife ab.

Das Freie Gymnasium Penig orientiert sich an seiner eigenen Schulphilosophie. Der Unterricht erfolgt i.d.R. im Blockmodell von 90 Minuten pro Unterrichtseinheit, um sich genauer bzw. intensiver mit dem Stoff auseinander setzen zu können. Der Unterricht erfolgt nach den Lehrplänen des sächsischen Kultusministeriums und bietet eine gymnasiale Ausbildung mit mathematisch-naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Profil. Zusätzlich bietet das Freie Gymnasium Angebote in den Bereichen Informatik, Ökologie und Technik. Exkursionen und das Zusammenarbeiten mit Hochschulen, anderen Institutionen und den Unternehmen in der Umgebung werden so oft wie möglich in den Unterricht integriert, um die Lerninhalte praxisnah und anschaulich zu halten.

In den Klassenstufen 5 bis 10 wird die Zahl der Schüler pro Klasse auf max. 22 Schüler begrenzt. Diese kleinere Klassengröße ermöglicht ein optimaleres Lernen. In der gymnasialen Oberstufe versucht die Einrichtung so viele Grund- und Leistungskurse wie möglich für die Schüler zu realisieren. Oft besuchen dann 5 bis 7 Schüler einen Kurs.

Die Lehrerschaft ist für Fragen und Probleme der Schüler jederzeit erreichbar. Zusätzlich bieten die Fachlehrer Nachhilfeunterricht im Rahmen der Ganztagsbetreuung an. Jedem Klassenlehrer wird außerdem eine Unterrichtsstunde jeweils montags zu Beginn der Unterrichtswoche eingeräumt, um mit den Schülern Probleme, Klassenfahrten oder Schulveranstaltungen zu besprechen.

Lehreranzahl	Männlich	Weiblich	Gesamt
SJ 1999/2000		7	12
SJ 2000/2001	6	9	5
SJ 2001/2002	11	11	22
SJ 2002/2003	12	17	29
SJ 2003/2004	11	13	24
SJ 2004/2005	11	16	27
SJ 2005/2006	11	16	27
SJ 2006/2007	15	16	31
SJ 2007/2008	15	18	33
SJ 2008/2009	15	19	34

Abbildung 27 Entwicklung Anzahl der Lehrer am Freien Gymnasium Penig¹²⁸

¹²⁸ Zahlen aus den jährlichen Schulstatistiken des Freien Gymnasium Penig für das Landesamt für Statistik in Kamenz

Das Freie Gymnasium Penig ist eine Ganztagschule. Die Schüler werden von Lehrern und Freizeitpädagogen bis ca. 16 Uhr betreut. Um das Angebot an Hausaufgabenbetreuung, vor allem in den Klassenstufen 5 bis 7, die Nachhilfe- und Förderangebote und die Arbeitsgemeinschaften für die Schüler optimal zu nutzen, wird ab dem Schuljahr 2009/10 ein neuer Schultagesablauf ausprobiert. Vor Unterrichtsbeginn steht den Schülern bereits ab 7:15 Uhr das Schulgebäude als Aufenthaltsmöglichkeit zur Verfügung. Sie können das Schulgebäude zum Austausch miteinander oder zum erledigen von Schulaufgaben bzw. Lernen nutzen.

Bis 12 Uhr erfolgt für alle Klassen der Unterricht wie gewohnt in Blockstunden. Danach schließt sich für die Schüler der Sekundarstufe I eine 1½ –stündige Mittagspause an. Diese können die Schüler individuell für Mittagessen, angebotene Arbeitsgemeinschaften oder einfach zu relaxen oder lernen nutzen. Für die Schüler der Sekundarstufe II kann die Mittagspause auch durch Unterrichtsstunden auf 30 Minuten verkürzt werden. Danach schließen sich weitere Unterrichtsstunden bis 14:45 Uhr an. Der Schultag schließt mit Lernangeboten der Lehrer und in den Klassenstufen 5 bis 7 mit der Hausaufgabenbetreuung integriert mit Nachhilfe- und Förderangeboten durch die Fachlehrer.

Durch den neuen Tagesablauf soll den Schülern die Möglichkeit gegeben werden, sich durch mehr Freizeit in der Mittagspause besser auf den Nachmittagsunterricht zu konzentrieren und somit dem natürlichen einsetzenden „Mittagstief“ zu entgehen.

Ob sich dieses Modell an der Schule durchsetzen wird, entscheiden Lehrer, Schüler und Eltern gemeinsam im Herbst 2009 durch eine Abstimmung.

Da es sich bei dieser Schule, um eine Schule in freier Trägerschaft handelt, ist der enge Kontakt zwischen Schule und Eltern erwünscht und erforderlich. Die Eltern können sich aktiv durch den Elternrat, Elternabende und Diskussionsrunden am Schulleben beteiligen. Regelmäßig informiert die Schulleitung Eltern und Schüler über aktuelle Ereignisse und Geschehnisse an der Schule durch in Informationsbriefen, die jeder Erziehungsberechtigte erhält und auf ihrer Homepage.

Eine Besonderheit des Freien Gymnasium Penig sind die Fächer Freiarbeit in den Klassen 5, 6 und 7 sowie „Lernen lernen“, Konzentrationstraining und Informatikausbildung ab der 5. Klasse.

Den Klassen 5 und 6 steht für die Freiarbeit ein eigenes Zimmer, die Schulbibliothek und Computertechnik zur Verfügung. In der Unterrichtsstunde Freiarbeit können die Schüler selbstständig aus zur Verfügung stehenden Aufgabenstellungen auswählen und ein Thema bearbeiten. Die Bearbeitung der Aufgabe sollte bis zu den nächsten Ferien beendet werden. Schwerpunkte bilden die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch. Für die Freiarbeit steht den Schülern 3 Stunden pro Woche zur Verfügung. Der betreuende Lehrer ist in dieser Zeit i.d.R. der Klassenlehrer oder sein Stellvertreter bzw. der Freiarbeitslehrer.

In der 7. Klasse bearbeiten 3 bis 4 Schüler dann gemeinsam in einer Gruppenarbeit selbstständig größere Projekte. Die Projektthemen werden jedes Jahr durch die Lehrer neu festgelegt. In der ersten Schulwoche erlernen die Schüler die Projektmethode, die sie zur erfolgreichen Bearbeitung des Projektes benötigen. Am Ende des Schuljahres sollte jede Gruppe ihre Arbeiten in einer Mappe präsentieren können.

Das Fach „Lernen lernen“ hat seinen Schwerpunkt in der Klassenstufe 5. In kleineren Gruppen erhalten die Schüler in einer Stunde pro Woche Hilfestellungen und Anregungen wie sie Tafelbilder richtig übernehmen, Vokabeln effektiv lernen sowie Einführungen in Lernstrategien und Kopfrechnen.

Für den Informatikunterricht steht den Schülern in beiden Schulgebäuden jeweils ein Computerkabinett mit insgesamt 39 Rechnern zur Verfügung. Zusätzlich haben die Schüler die Möglichkeit an einer Informatik-AG teilzunehmen.

Die Arbeitsgemeinschaften sind breit gefächert, um die Interessen und Begabungen der Schüler zu fördern. Es werden neben vielen sportlichen Arbeitsgemeinschaften auch Arbeitsgemeinschaften im künstlerischen und wissenschaftlichen Bereich angeboten.

Seit 2003 steht Schülern mit einem weiten Anfahrtsweg auch ein Schülerinternat im Ortsteil Thierbach zur Verfügung. Bis August 2003 wurde das Internat des Eurogymnasiums in Waldenburg von den Internatsschülern mit genutzt. Da es sich bei den meisten Schülern, um Kinder aus der Umgebung handelt, ist das Internat verhältnismäßig klein und spielt bei der Entscheidung für die Schule keinen allzu großen Wert.

Im neuen Schuljahr werden 265 Schüler und Schülerinnen ihre gymnasiale Schulausbildung am Freien Gymnasium Penig fortsetzen. Für die Eltern sind dafür in der Klassenstufe 5 und 6 monatlich 55€ Schulgeld und 50€ Betreuungsgeld zu leisten. Ab der Klassenstufe 7 bis 12 sind monatlich 55€ Schulgeld und 75€ Betreuungsgeld für den Schulbesuch zu bezahlen. Nachlässe wie Geschwisterrabatte oder aufgrund finanzieller Schwierigkeiten werden entsprechend gestattet. Somit kann gewährleistet werden, dass Schüler einkommensschwacher Eltern nicht der Schule verwiesen werden müssen und sich die Privatschule nicht zu einer Schule für Kinder besser verdienender Eltern entwickelt.

Bereits seit Jahren kann das Freie Gymnasium Penig in bundesweiten Studien und Befragungen vorderste Plätze belegen. Im Jahr 2008 erhielt es den Titel „Schule des Jahres 2008“. Im bundesweiten Wettbewerb der Zeitschrift Unicum-Abi konnte das Freie Gymnasium Penig in der Gesamtwertung den 7. Platz erreichen. In der Kategorie Unterrichtsqualität belegte die Schule den ersten Platz.¹²⁹ Im SJ 2008/09 konnte dem Gymnasium das Zertifikat „Bewegte und sichere Schule“ von der Unfallkasse Sachsen und dem sächsischen Staatsministerium für Kultus verliehen werden.¹³⁰

¹²⁹ Freies Gymnasium Penig, v. 22.07.2009, Homepage

¹³⁰ Freies Gymnasium Penig, v. 22.07.2009, Homepage

5.2. Das Johann-Mathesius-Gymnasium in Rochlitz

1992 wurde die Oberschule „Friedrich Engels“ in ein staatliches mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium umgewandelt. Kurze Zeit später wurde die Schule nach dem gebürtigen Rochlitzer und Vertrauten Martin Luthers, Johann Mathesius, in Johann-Mathesius-Gymnasium umbenannt.

Seit 1998 verschreibt sich die Schule dem „...zentrale[n] Thema „Wohlfühlen-lernen-Abitur machen“. ¹³¹ Seit Dezember 2003 ist das Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz eine Schule mit ganztags-schulischen Angeboten. Diese offene Form der Ganztags-schule bietet an mind. 3 Tagen in der Woche Bildungs- und Betreuungsangebote für die Schüler an. So bietet die Schule u.a. Aktivitäten im künstlerischen und sportlichen Bereich an. Sie hat außerdem einen eigenen Schülerzoo und Schulchor.

Unterrichtet wird an der Schule im Blockmodell, d.h. anstelle von 45 Minuten wird in einem 90-minütigen Unterrichtsblocks gelehrt. Für die Schüler ab der 8. Klasse bietet die Schule das mathematisch-naturwissenschaftliche und das gesellschaftswissenschaftliche Profil an. Das Angebot an Grund- und Leistungskursen in der gymnasialen Oberstufe richtet sich nach den Vorgaben des sächsischen Staatsministeriums für Kultus. Es gibt die Kombinationsmöglichkeiten und Mindestschülerzahl für das Zustandekommen eines Kurses an.

Es wird versucht die Klassenstärke in der Sekundarstufe I auf max. 24 Schüler zu beschränken. Besonders leistungsstarke Schüler versucht man durch spezielle Fördergruppen zu fördern. So werden spezielle Kurse in Mathematik und Chemie und für sprachbegabte Schüler angeboten. Auch leistungsschwächeren Schülern stehen Förderunterrichtsstunden mit integrierter Hausaufgabenbetreuung zu Verfügung. Besonderes Augenmerk richtet man dabei speziell auf die Klassenstufen 5 und 6. Im Förderunterricht werden den Schülern auch spezielle Lerntechniken beigebracht.

Im SJ 2008/09 wurden am Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz 768 Schüler, davon 320 Jungen und 448 Mädchen, von insgesamt 76 Lehrern unterrichtet. ¹³² Den Schülern ab der 9. Klasse steht auch ein schuleigenes Internat zur Verfügung.

Für das kommende SJ 2009/10 haben sich 96 Grundschüler für die Aufnahme in die 5. Klasse angemeldet. Es können somit im neuen Schuljahr vier fünfte Klassen gebildet werden. Für die Schule enorm wichtig, da sie eine bestimmte Anzahl von Fünftklässlern jedes Jahr vorweisen muss, um nicht von der Schulschließung durch den Freistaat Sachsen bedroht zu werden.

Im Juli 2008 wurde der langjährige Schulleiter Herr Hans-Joachim Ganz in den Ruhestand verabschiedet. Seine Aufgabe als Schulleiter des Gymnasiums übernahm Herr Dr. Thomas Lohmann.

Das Johann-Mathesius-Gymnasium ist Mitglied im Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen und erhielt 2007 das Siegel „sportfreundliche Schule“.

¹³¹ Sächsische Schuldatenbank, v. 28.07.2009, Schulporträt Gymnasium Rochlitz

¹³² Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz, v. 23.07.2009, Homepage

5.3. Die Befragungen am Freien Gymnasium Penig und dem Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz

Vergleicht man die Schulprofile der beiden Gymnasien kann man einige Parallelen und Gemeinsamkeiten feststellen. Das Johann-Mathesius-Gymnasium eignet sich daher besonders gut als Vergleichsschule in staatlicher Trägerschaft. Die Besonderheiten und speziellen Merkmale, die ausschlaggebend für die Wahl des Freien Gymnasium Penig als weiterführende Schule sind, sollten daher aus der Umfrage deutlich ersichtlich sein. Ein weiterer Aspekt für die Wahl des Gymnasiums in Rochlitz ist dessen unmittelbare Nähe zum Freien Gymnasium Penig und sich in Konkurrenz um künftige Schüler zu einander befinden. Die ausgegebenen Fragebögen sind am Ende der Arbeit im Anlageteil aufgeführt.

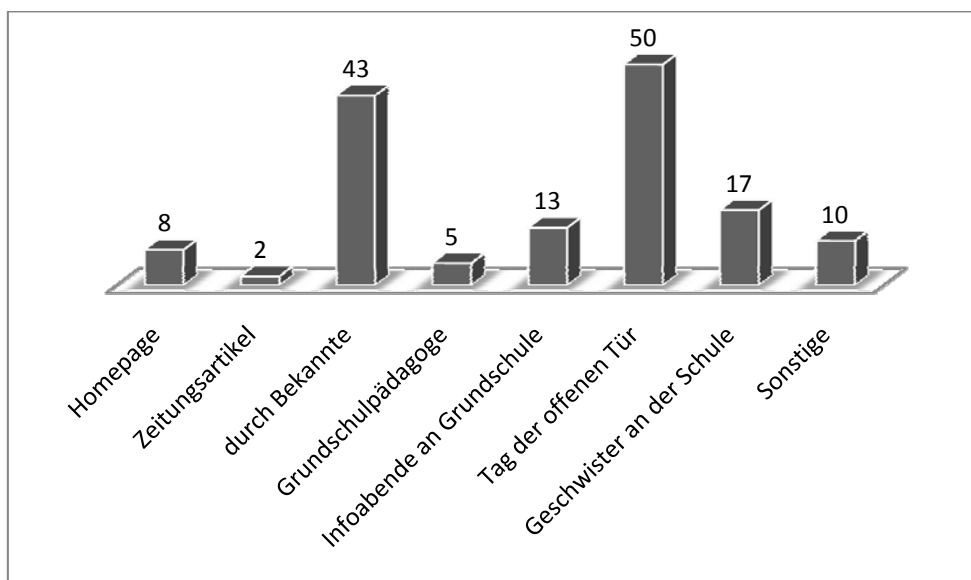
5.3.1. Die Auswertung der Befragung am Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz

Am Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz wurden an die Eltern der Klasse 5 im neuen SJ 2009/10 95 Fragebögen ausgeteilt. Davon wurden 78 Bögen von den Eltern beantwortet.

Auswertung

Frage 1

Wie wurden Sie auf das Johann-Mathesius-Gymnasium aufmerksam?

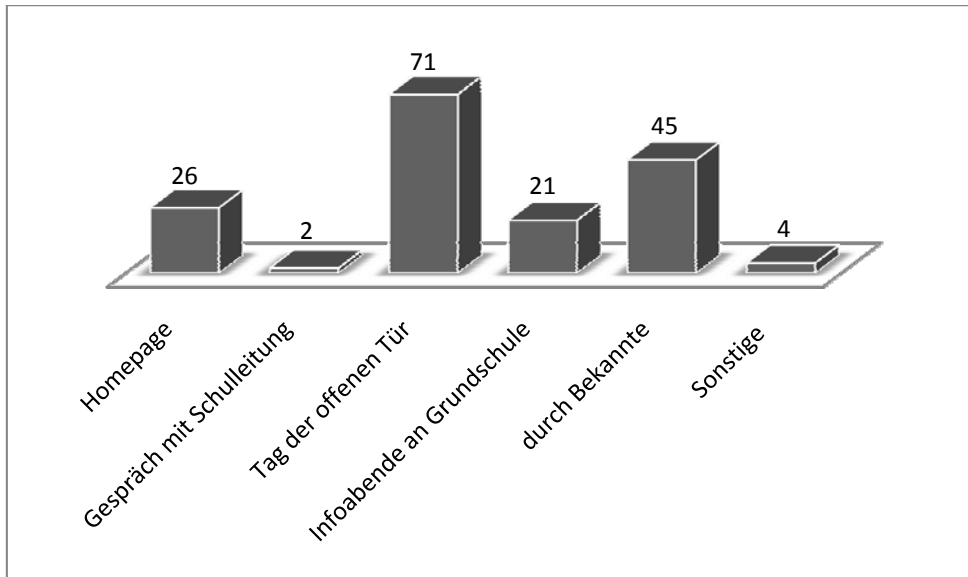


Kreuzten die Eltern „Sonstige“ an, nannten sie :

- 1x zugeschicktes Infomaterial
- 2x selbst an der Schule
- 2x nächstgelegenes Gymnasium
- 2x Wohnort, mehrere Familienangehörige besuchten die Schule

Frage 2

Wo haben Sie Informationen über das Gymnasium eingeholt?

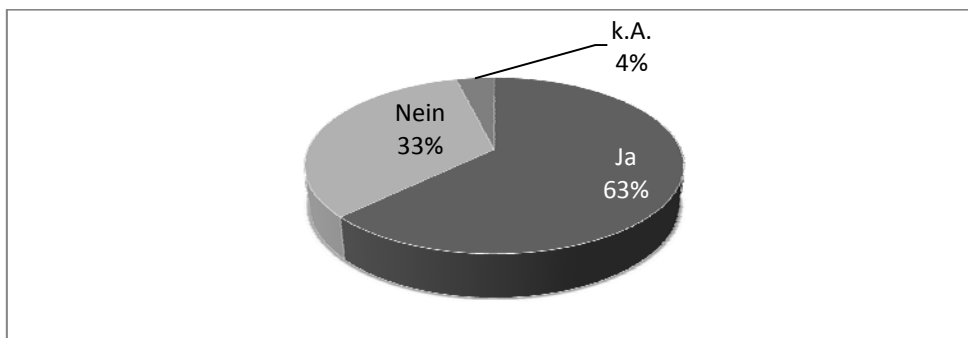


Kreuzten die Eltern „Sonstige“ an, nannten Sie:

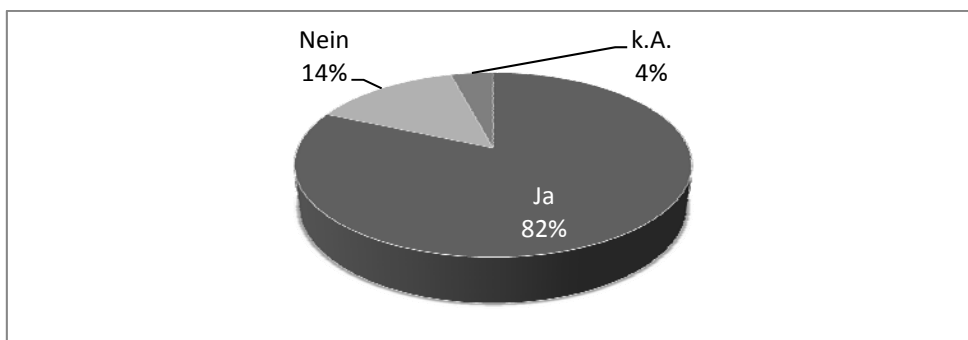
- 1x eigene Erfahrungen
- 3x Geschwister an der Schule

Frage 3

Konnte Ihr Kind durch einen sog. Schnuppertag am Unterricht des Gymnasiums vor Ihrer Anmeldung an der Schule teilnehmen?

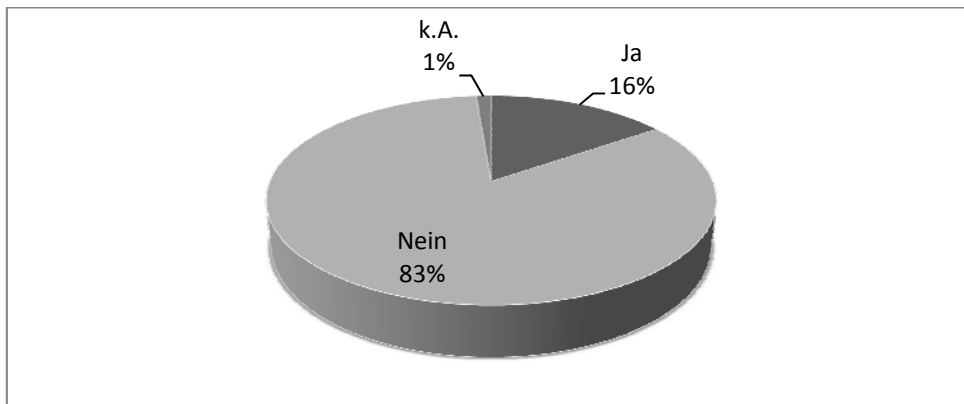


Wenn Ja, hat dieser Tag Ihre Entscheidung positiv beeinflusst?



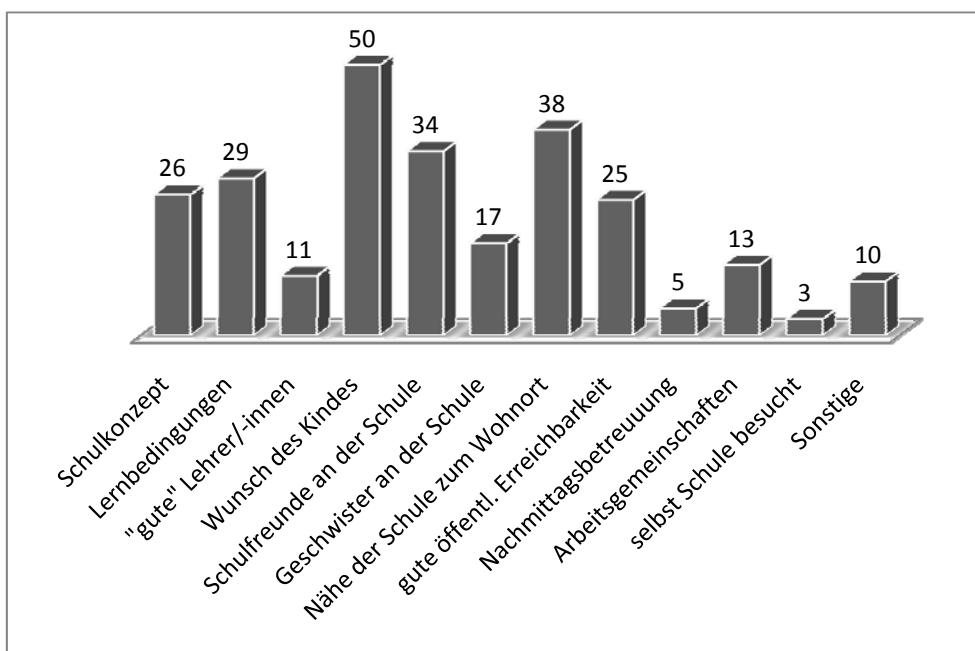
Frage 4

Haben Sie bei der Schulwahl auch eine freie bzw. private Schule in Erwägung gezogen?



Frage 5

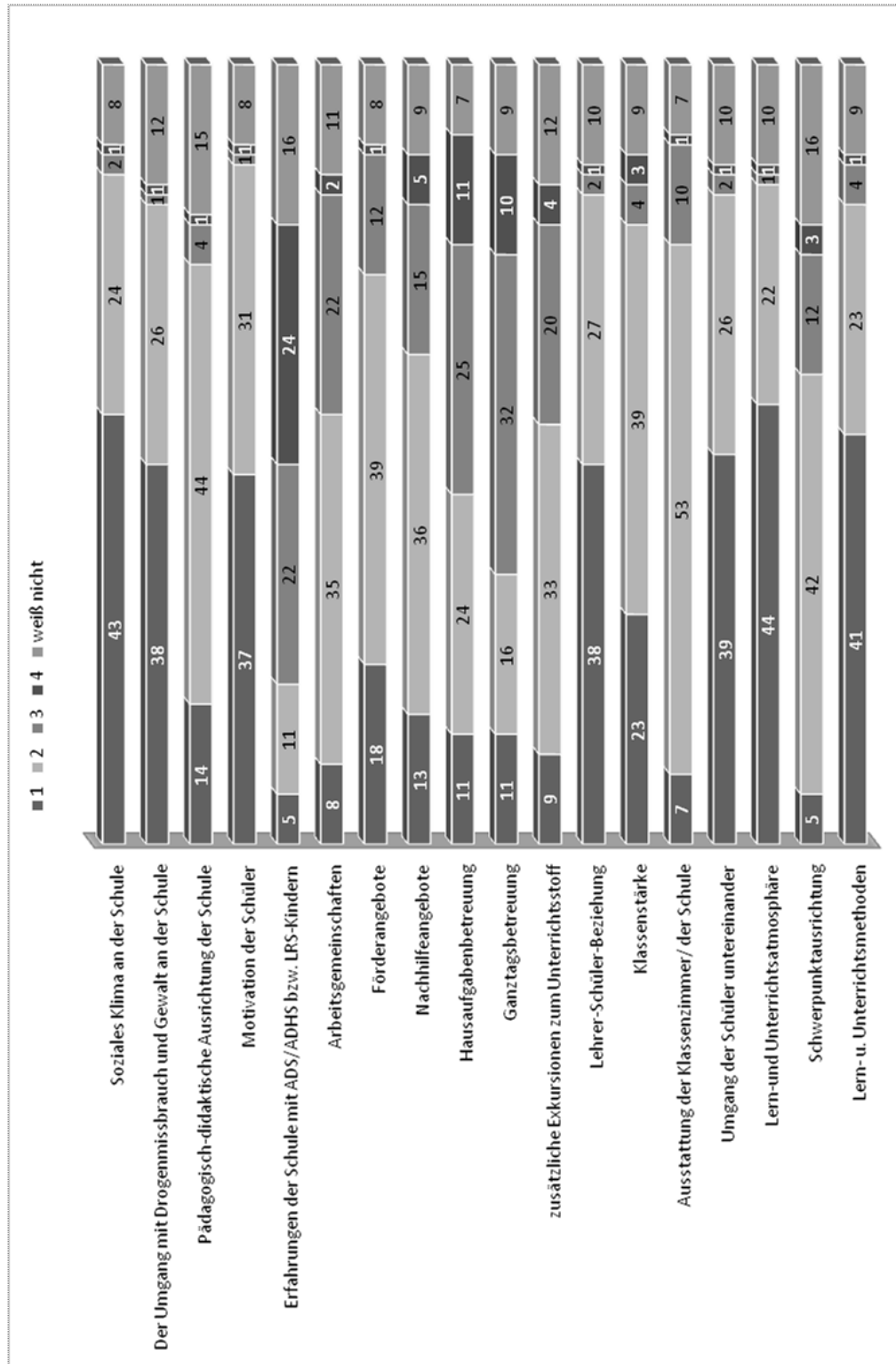
Welches waren die ausschlaggebenden bzw. wichtigsten Gründe für die Anmeldung Ihres Kindes an diesem Gymnasium?



Frage 6

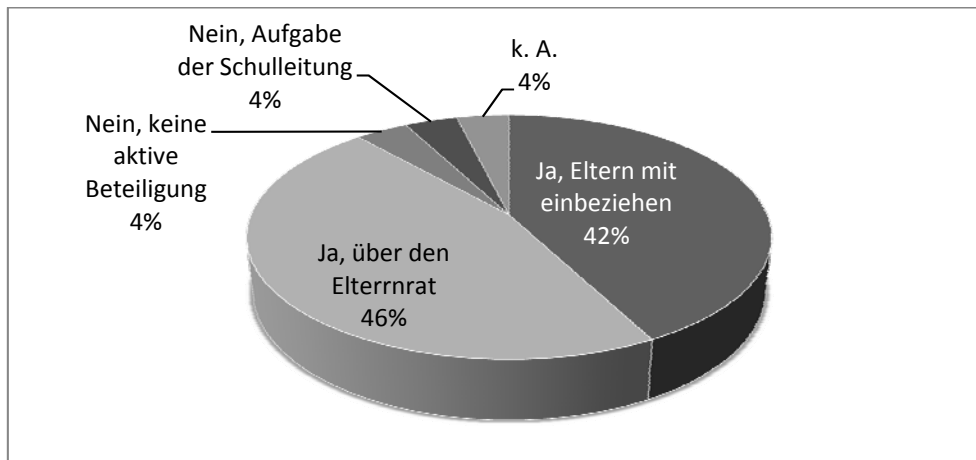
Kreuzen Sie bitte auf der Skala von 1-4 an, wie wichtig Ihnen die aufgeführten Kriterien bei der Schulwahl waren.

1=sehr wichtig, 2=wichtig, 3=weniger wichtig, 4=unwichtig



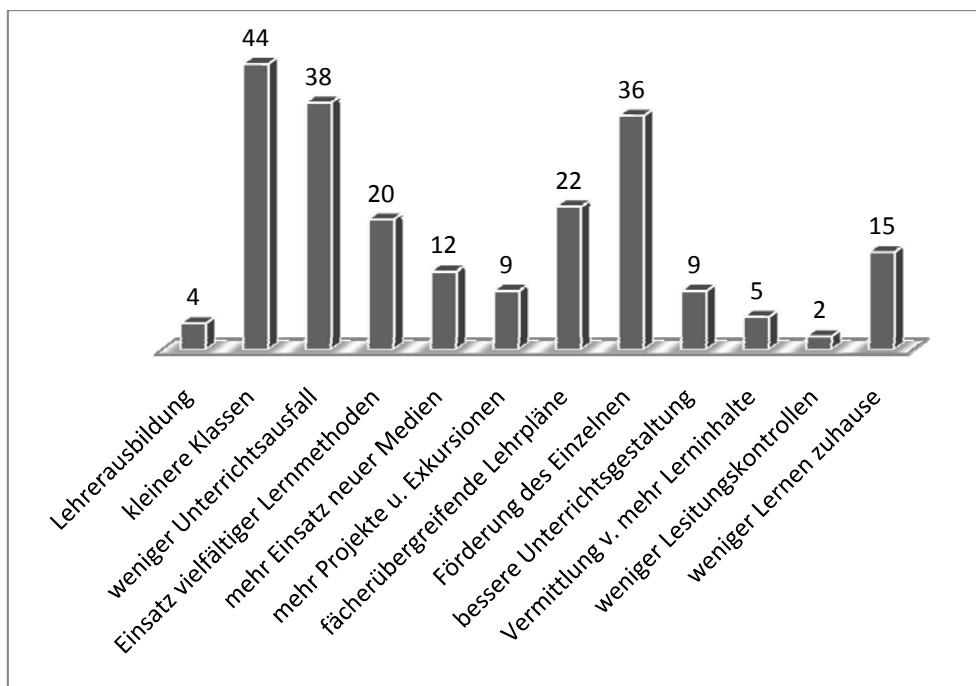
Frage 7

Möchten Sie als Eltern bei Entscheidungen und Planungen der Schule aktiv mit einbezogen werden?



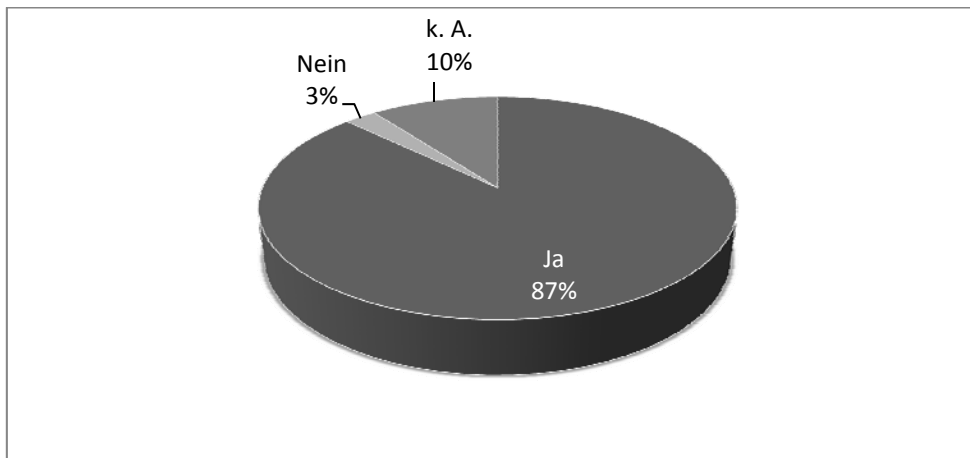
Frage 8

Welche der aufgeführten Punkte sollten aus Ihrer Sicht an Gymnasien im Allgemeinen verbessert werden?



Frage 9

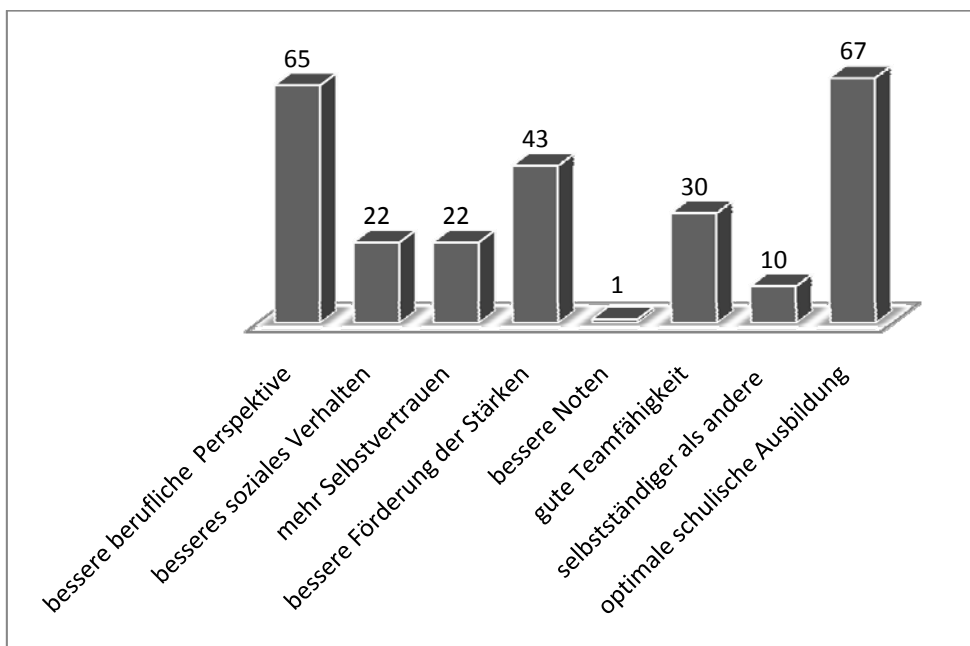
Sind Sie der Meinung, dass Ihr Kind mit dem Besuch eines staatlichen Gymnasiums optimal auf sein späteres Berufsleben vorbereitet wird?



Frage 10 ist eine schriftlich zu beantwortende Frage gewesen, bei der die Eltern ihre Vorschläge für Verbesserungen an der Schule aufzeigen konnten.

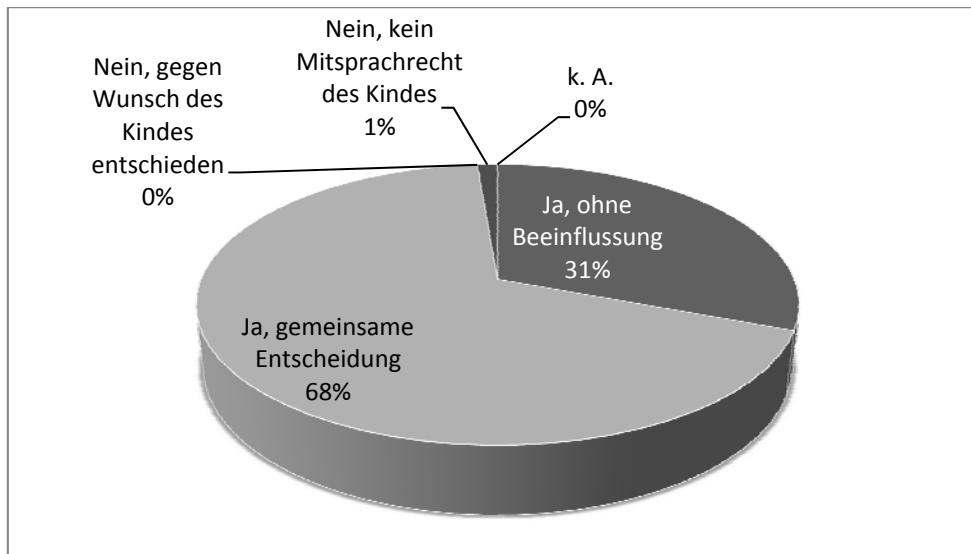
Frage 11

Bitte kreuzen Sie die zutreffenden Aussagen an. (Durch den Besuch meines Sohnes/ meiner Tochter an diesem Gymnasium erwarte ich ...)



Frage 12

Hatte Ihr Kind bei der Wahl seiner künftigen Schule am Ende das letzte Wort?



Statistische Angaben:

Alter der Befragten	in %
20-29 Jahre	0
30-39 Jahre	48
40-49 Jahre	44
50-59 Jahre	8
> 60 Jahre	0

Berufsgruppe der Befragten	in %
Angestellter	55
Arbeiter	22
Beamter	5
Selbstständig	11
arbeitssuchend	7

Einmal wurden keine statistischen Angaben gemacht.

5.3.2. Die Auswertung der Befragung am Freien Gymnasium Penig

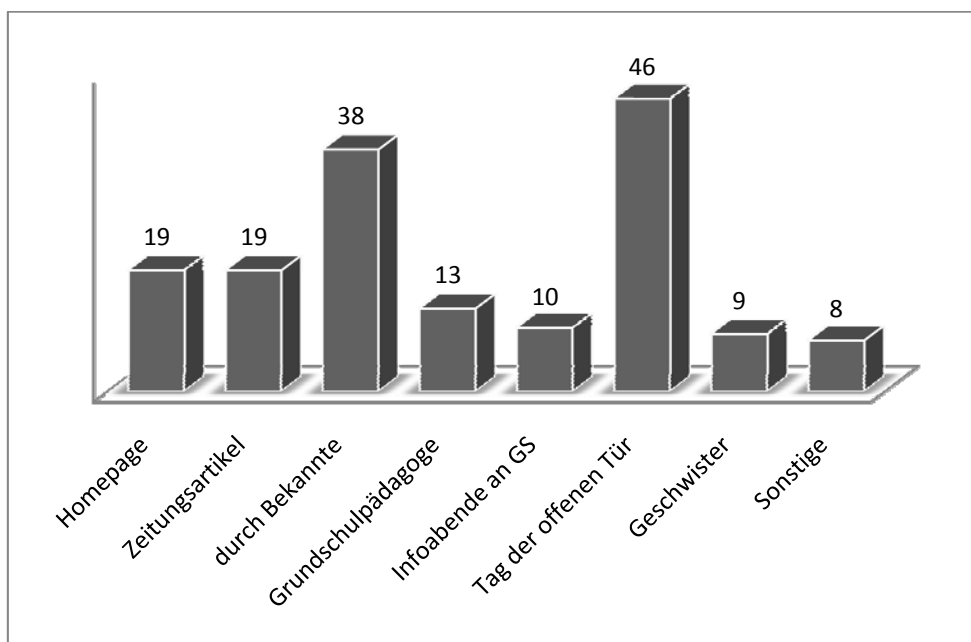
Am Freien Gymnasium Penig sind wegen der geringeren Schülerzahlen neben den Eltern der neuen 5. Klassen des SJ 2009/10 auch die Eltern der 5. Klassen des SJ 2008/09 befragt worden. Von den 98 ausgeteilten Fragebögen wurden 74 beantwortet zurückgegeben.

Dabei wurde die Frage 11 nur von Eltern der Klasse 5 im Sj 2008/09 beantwortet, da es sich hierbei um eine Frage hinsichtlich der bisherigen Schulzufriedenheit im ersten Halbjahr an der neuen Schule handelt. Sie ist daher auf dem Fragebogen der Eltern, deren Kinder erst im SJ 2009/10 an das Freie Gymnasium Penig wechseln nicht zu finden.

Auswertung

Frage 1

Wie wurden Sie auf das Freie Gymnasium Penig aufmerksam?

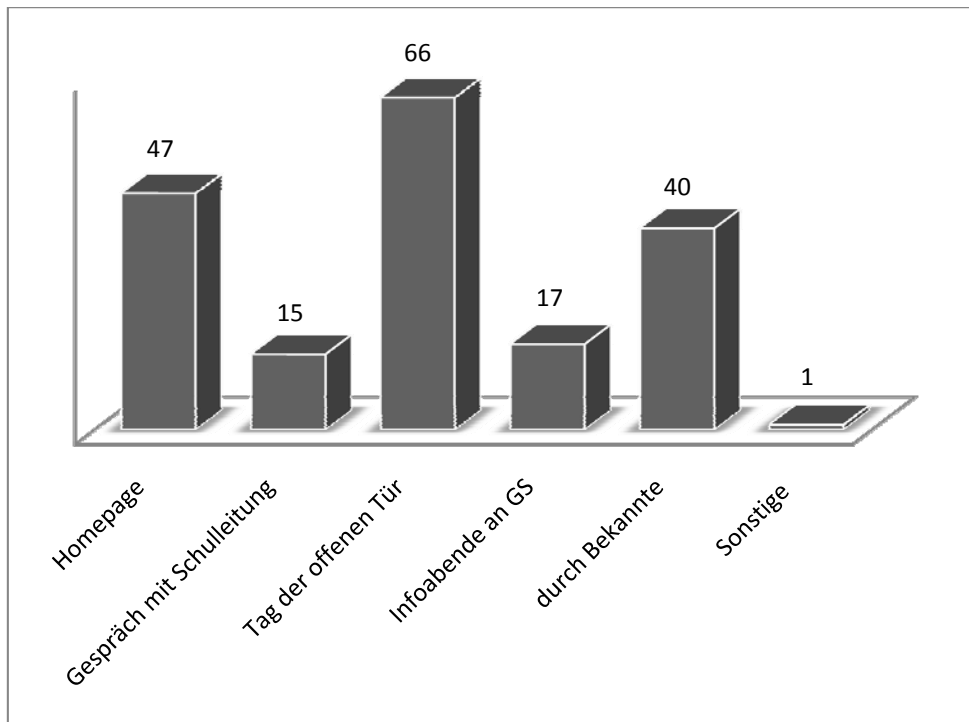


Kreuzten Eltern „Sonstige“ an, nannten sie:

- 5x Wohnort ist Penig
- 1x gezielte Suche nach Alternativen zu staatlichen Schulen
- Einige Eltern machten keine genauen Angaben

Frage 2

Wo haben Sie Informationen über das Freie Gymnasium Penig eingeholt?

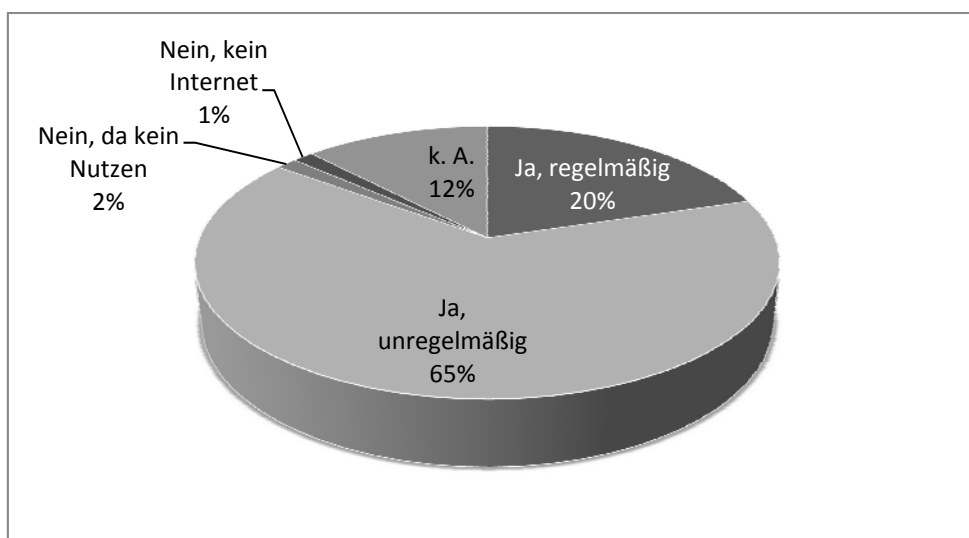


Kreuzten Eltern „Sonstige“ an, nannten sie:

- 1x eigene Geschwister bereits an der Schule

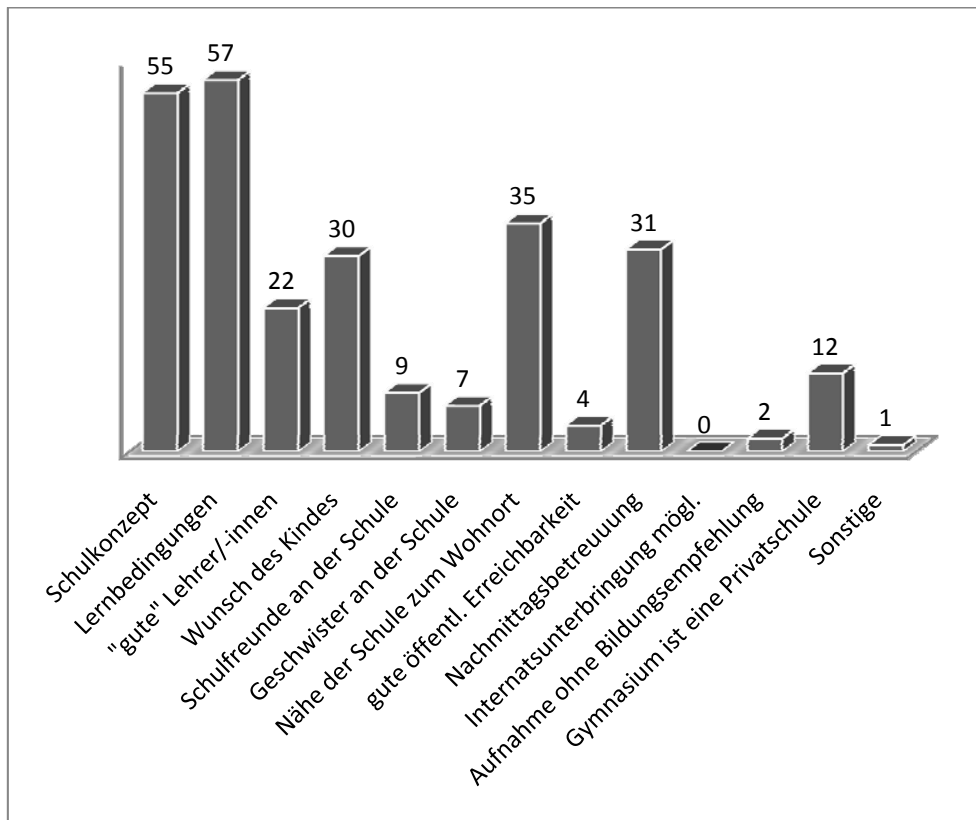
Frage 3

Nutzen Sie bereits die Homepage des Freien Gymnasiums Penig, um aktuelle Informationen über die Schule und den Schulalltag einzuholen?



Frage 4

Welches waren die ausschlaggebenden bzw. wichtigsten Gründe für die Anmeldung Ihres Kindes am Freien Gymnasium Penig

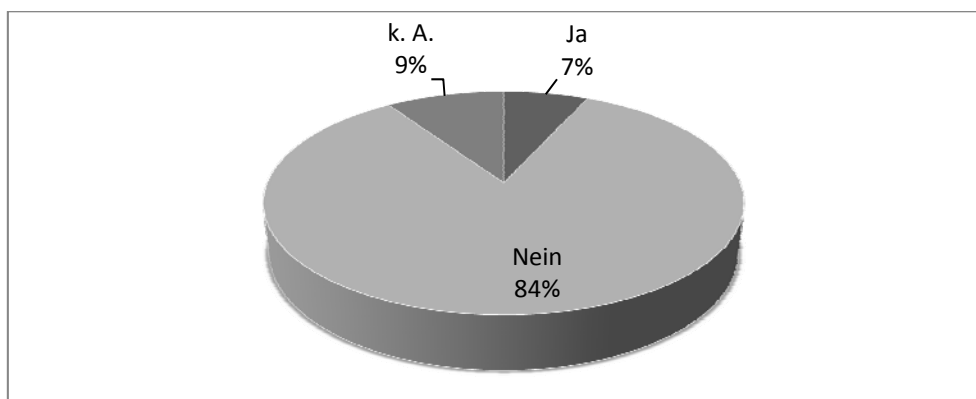


Kreuzten die Eltern „Sonstige“ an nannten Sie:

- 1x Ablehnung an anderen Spezialschulen

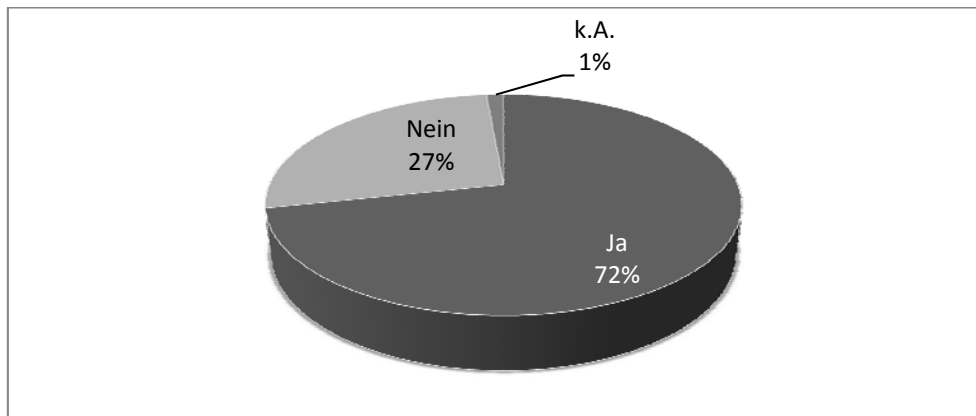
Frage 5

Spielte die Entrichtung des Schul- und Betreuungsgeldes eine entscheidende Rolle bei Ihrer Entscheidung?

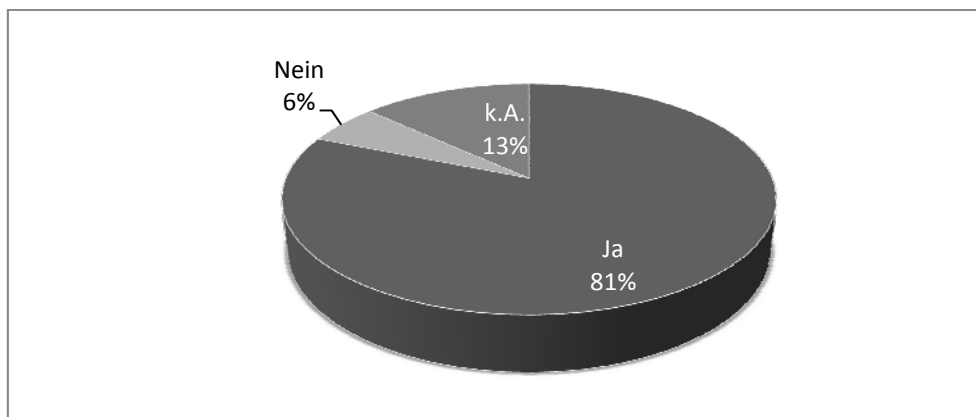


Frage 6

Konnte Ihr Kind durch einen sog. Schnuppertag am Unterricht des Gymnasiums vor Ihrer Anmeldung an der Schule teilnehmen?



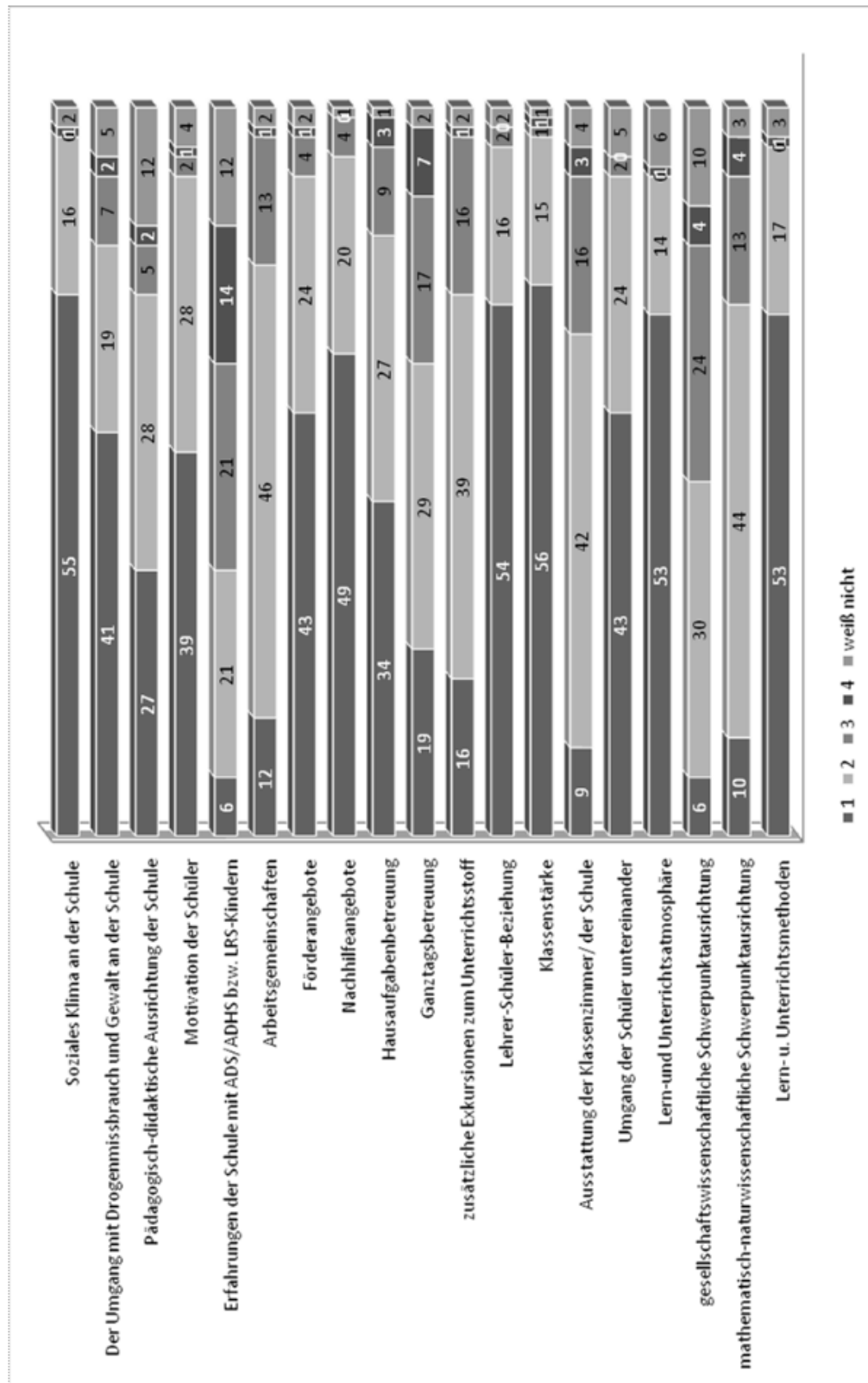
Wenn Ja, hat dieser Tag Ihre Entscheidung positiv beeinflusst?



Frage 7

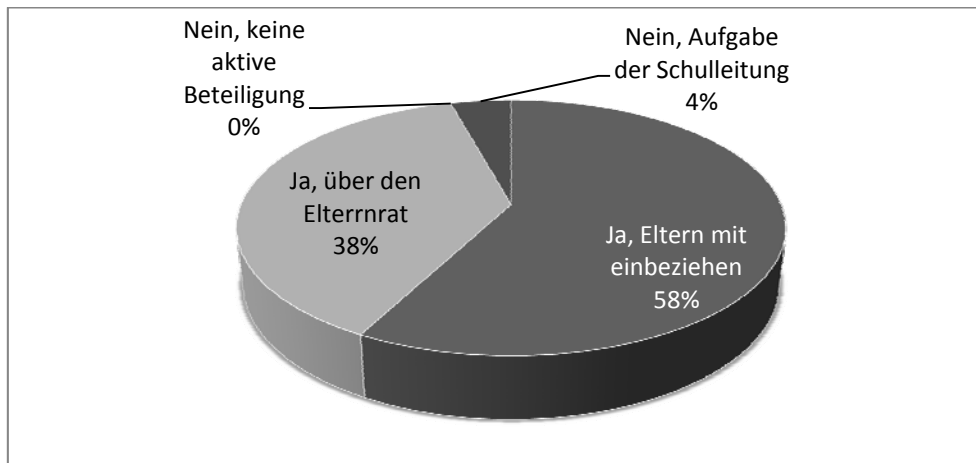
Kreuzen Sie bitte auf der Skala von 1-4 an, wie wichtig Ihnen die aufgeführten Kriterien bei der Schulwahl waren.

1=sehr wichtig, 2=wichtig, 3=weniger wichtig, 4=unwichtig



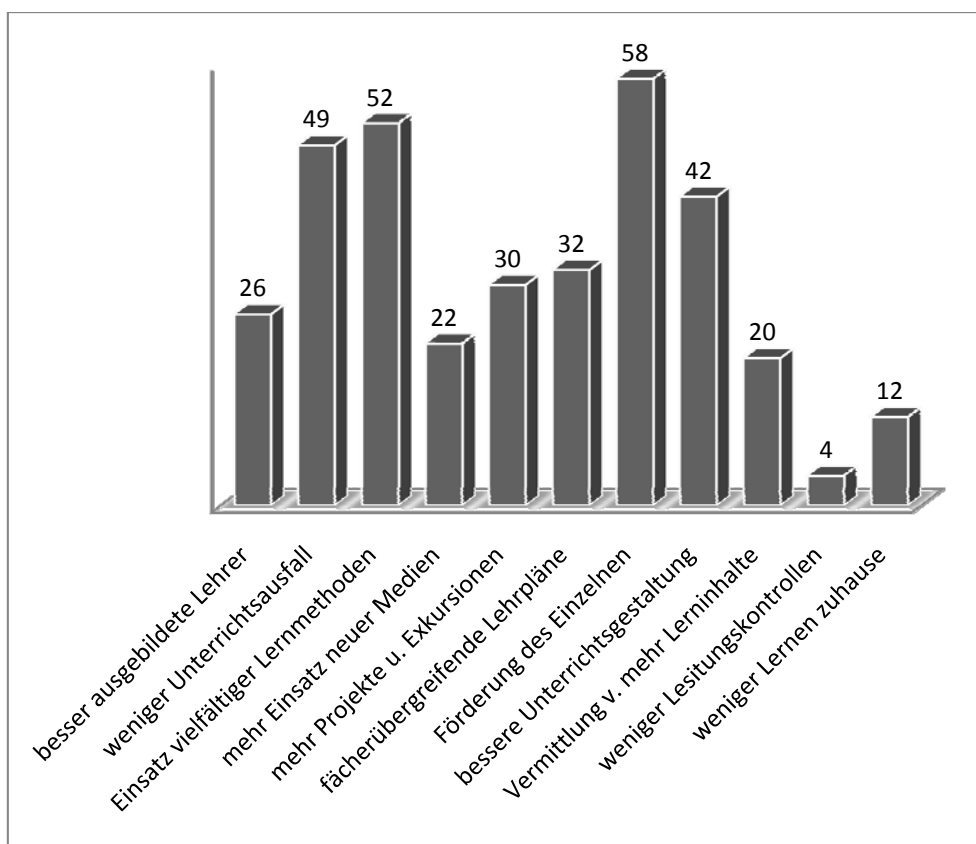
Frage 8

Möchten Sie als Eltern bei Entscheidungen und Planungen der Schule aktiv mit einbezogen werden?



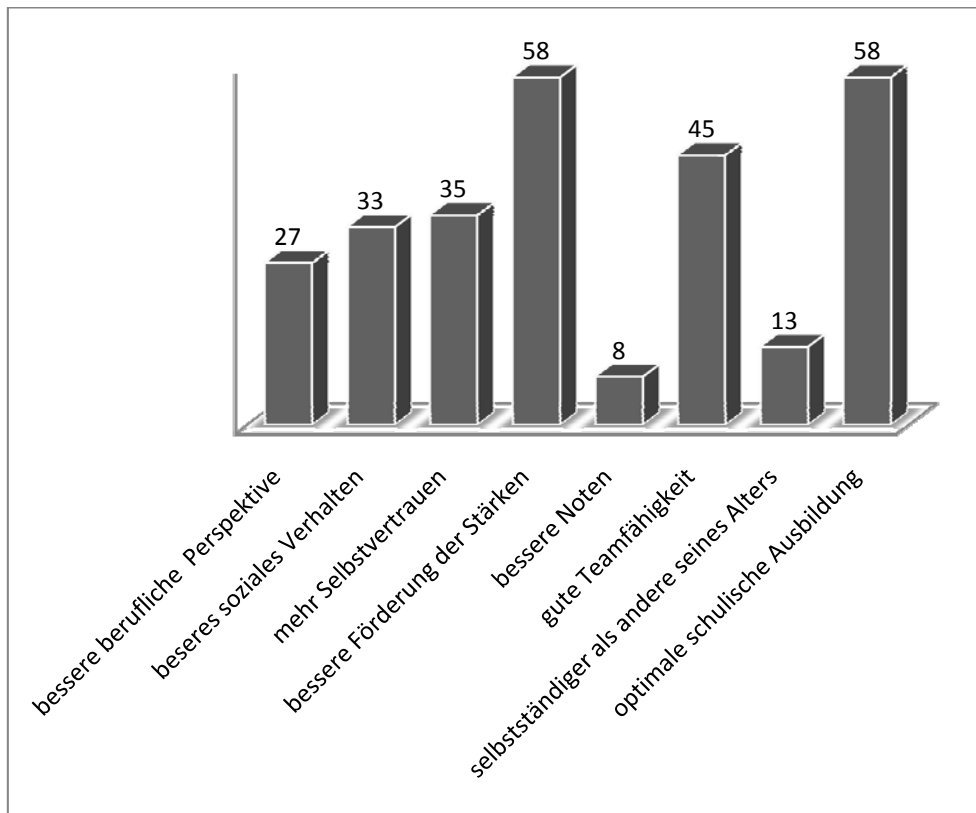
Frage 9

Welche Erwartungen haben Sie an den Unterricht bzw. die Unterrichtsgestaltung des Freien Gymnasiums Penig gegenüber staatlichen Gymnasien?



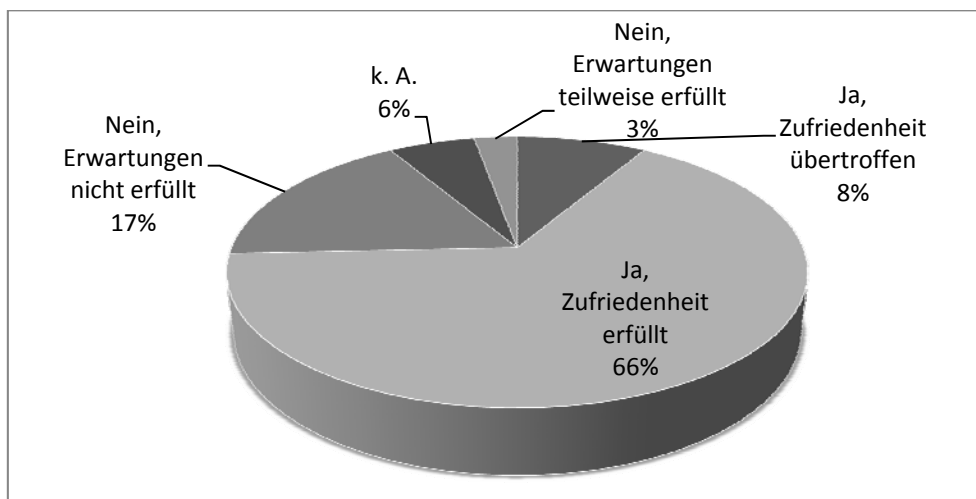
Frage 10

Durch den Besuch meines Sohnes/ meiner Tochter am Freien Gymnasium Penig erwarte ich gegenüber einer staatlichen gymnasialen Schulausbildung



Frage 11 (nur bei Fragebogen für Eltern der Klasse 5 SJ 2008/09)

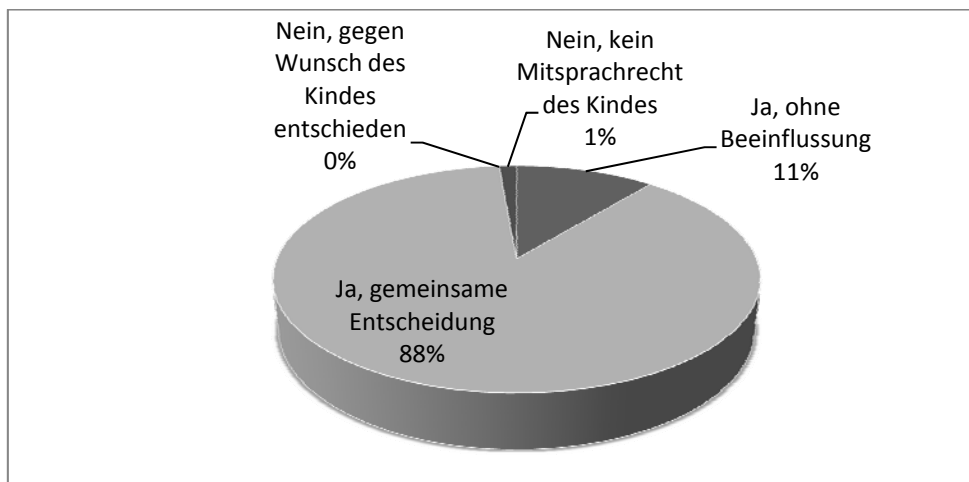
Wenn Sie an den Beginn des Schulbesuches Ihres Sohnes/Ihrer Tochter im September 2008 zurückdenken, haben sich Ihre damaligen Erwartungen an die Schule hinsichtlich Unterrichtsqualität, Umsetzung des pädagogischen Konzepts des Freien Gymnasium Penig und der Lern- und Arbeitsatmosphäre erfüllt?



Die Frage 11 bzw. die Frage 12 bei dem Fragebogen der 5. Klassen SJ 2008/09 ist eine schriftlich zu beantwortende Frage, bei der die Eltern ihre Verbesserungsvorschläge für das Freie Gymnasium Penig unterbreiten konnten. Die Ideen der Eltern sind von mir bei meinen Vorschlägen bzw. Verbesserungsmöglichkeiten zur Effektivitätssteigerung teilweise berücksichtigt worden.

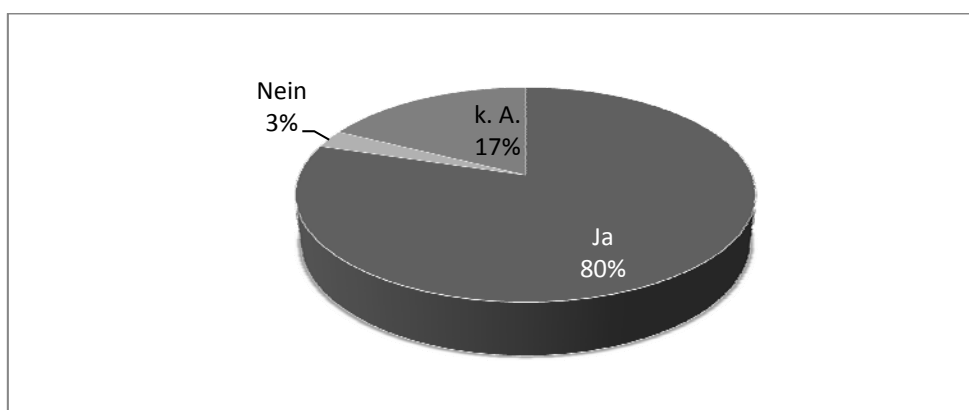
Frage 12 bzw. Frage 13

Hatte Ihr Kind bei der Wahl seiner künftigen Schule am Ende das letzte Wort?



Frage 13 bzw. Frage 14

Sind Sie der Meinung, dass Ihr Kind mit dem Besuch des Freien Gymnasium Penig optimal auf sein späteres Berufsleben vorbereitet wird?



Statistische Angaben:

Alter der Befragten	in %
20-29 Jahre	0
30-39 Jahre	45
40-49 Jahre	52
50-59 Jahre	3
> 60 Jahre	0

Berufsgruppe der Befragten	in %
Angestellter	49
Arbeiter	7
Beamter	8
Selbstständig	31
arbeitssuchend	5

Bei zwei Fragebögen wurden keine Angaben zu Alter und Berufsgruppe gemacht.

5.3.3. Vergleich und Beurteilung der Auswertungen der beiden Schulen

Schon beim Vergleich der ersten Frage zeigt sich, dass sowohl das Freie Gymnasium Penig, als auch das Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz von der sog. „Mundpropaganda“ und ihren zweimal jährlich durchgeführten Tagen der offenen Tür enorm profitieren, wenn es um die Aufmerksamkeit bei den Eltern und Schülern geht. Die Auswertung der Frage 1 zeigt aber auch, dass das Freie Gymnasium Penig weitere besser ausgebaute Zweige nutzen kann. So werden die Homepage und die verschiedensten Presseartikel in den vorherrschenden Lokalzeitungen von Eltern angegeben. Eine stets auf dem aktuellsten Stand gehaltenen Homepage und ein weiterer Ausbau der Pressearbeit sollte das Gymnasium in freier Trägerschaft weiterhin ausüben.

Das Gymnasium in Rochlitz sollte hinsichtlich Homepage und Pressearbeit als Mittel für mehr Aufmerksamkeit mehr investieren. Die Arbeit mit der lokalen Presse muss ausgebaut werden, um sich mehr in die Köpfe potenzieller Schüler und deren Eltern zu bringen. Beide Schulen sollten an ihrer Zusammenarbeit mit den Grundschulen arbeiten. Aus Gesprächen mit dem Schulleiter des Freien Gymnasium Penig ist mir bekannt, dass es recht schwierig ist, die Schule und ihr Konzept in den umliegenden Grundschulen in Informationsabenden den Eltern vorzustellen. Der Lehrplan sieht Ende der 3. Klasse eine Vorstellung der weiterführenden Schulen vor, hier sollte man ansetzen und beharrlich an den Grundschulen dranhängen. Möglicherweise erweisen sich die Grundschulen in freier Trägerschaft in der Umgebung von Penig als kooperativer, wenn es um die Rekrutierung neuer Schüler in der 5. Klasse geht.

Die vergleichende Auswertung von Frage 2 bestätigt die Aussagen der ersten Frage, da sich die Eltern der privaten wie auch der staatlichen Schule in der Mehrheit an den Tagen der offenen Tür über die Gymnasien informieren. Auch die Informationen von Bekannten, die die Schulen kennen, werden genutzt.

Dies hängt gewiss mit der doch eher ländlichen bzw. kleinstädtischen Struktur der Gegend zusammen, die nicht so anonym im Umgang der Menschen untereinander ist.

Das Gespräch mit der Schulleitung über die Schule und die Aufnahme an die Schule findet eher am Freien Gymnasium Penig statt. Dies ist sicherlich mit der privaten Trägerschaft der Schule zu erklären, da die Schule bei der Aufnahme von Schülern mehr Freiraum hat als eine Schule in öffentlicher Trägerschaft. So kann das Freie Gymnasium auch Schüler ohne Bildungsempfehlung für das Gymnasium aufnehmen. Auch scheinen Fragen zur Finanzierung des Schulbesuches meist in einem persönlichen Gespräch eher zu klären.

Auch die Homepage als Informationsquelle wird hier eher genutzt, was die Frage 3 des Fragebogens des Freien Gymnasium Penig mit 65% der Befragten, die die Homepage unregelmäßig nutzen und mit 20% der Eltern, die die Homepage regelmäßig nutzen, belegt. Daher sollte sie stets aktuell und für Außenstehende übersichtlich gehalten werden. Wenn möglich sollte es einfacher gestaltet werden, an den Informationsflyer bzw. das unverbindliche Anmeldeformular für das Freie Gymnasium Penig zu kommen. Es könnte unter der Rubrik „Unsere Schule“ einen zusätzlichen Punkt Anmeldeformular bzw. Infolyer geben und nicht wie jetzt dieser unter Kontakt zu finden sein. Am sinnvollsten erscheint es mir jedoch, einen Hinweis auf den Infolyer schon auf der Startseite der Homepage zu platzieren analog den Informationen für französische Austauschschüler.

Das die Eltern bei der Auswahl des Freien Gymnasium Penig andere Prioritäten setzten, als die Eltern bei der Wahl des Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz zeigen die Antworten auf Frage 4 (Gymnasium Penig) bzw. Frage 5 (Gymnasium Rochlitz). Während den Eltern, deren Kinder die private Einrichtung besuchen, Schulkonzept und Lernbedingungen besonders wichtige Gründe für die Anmeldung am Freien Gymnasium Penig sind, spielen die bei den Eltern am Johann-Mathesius-Gymnasium eine untergeordnete Rolle. Hier waren viel eher der Kindeswunsch, die Nähe zum Wohnort, die Schulfreunde und die gute öffentliche Erreichbarkeit der Schule wichtig bei der Schulwahl. Die meisten Eltern des Johann-Mathesius-Gymnasiums haben die Frage 4 mit 83% beantwortet. Sie haben nie eine private Schule als weiterführende Schule in Erwägung gezogen. Da die meisten Eltern womöglich davon ausgehen, die staatlichen Schulen unterscheiden sich kaum bzw. gar nicht voneinander, spielen Schulkonzept und Lernbedingungen nicht die entscheidende Rolle bei der Schulwahl.

Dass die Eltern sich recht genaue Gedanken darüber gemacht haben, welche Schule ihr Kind weiter besuchen soll, zeigen die Aussagen bei Frage 4 des Fragebogens am Freien Gymnasium Penig. Sie sind auch bereit relativ weite Schulwege und das die Schulfreunde aus der Grundschule nicht die weiterführende Schule besuchen, in Kauf zu nehmen. Für viele Eltern spielt auch der Aspekt der Ganztagschule und der damit verbundenen Nachmittagsbetreuung eine wichtige Rolle. Auch der Aspekt der Privatschule und das damit verbundene bessere Ansehen der Schule in der Gesellschaft, sind ausschlaggebende Gründe. Nach PISA-Studien und deren schlechten Abschneiden der staatlichen Schulen genießen die privaten Schulen, nicht zuletzt durch ihr gutes Abschneiden, in der Gesellschaft einen guten Ruf.

Erstaunlich ist auch die Tatsache, dass für viele Eltern, 84% der Befragten, trotz der schlechten wirtschaftlichen Situation, die Entrichtung von Schul- und Betreuungsgeld keine entscheidende Rolle bei der Wahl des Freien Gymnasium Penig spielte, wie Frage 5 eindeutig zeigt. Hier scheint sich die Theorie, dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, sich die Eltern wieder verstärkt darauf besinnen, wie wichtig gute Bildung scheint und das sie diese am ehesten an Schulen in privater Trägerschaft finden, zu bestätigen. Dafür nehmen sie auch die Bezahlung der Schulausbildung in Kauf. Es heißt aber auch, dass für die Schulwahl primär andere Aspekte zählen und die Entrichtung von Schulgeld nicht essentiell wichtig ist.

Schnuppertage wurden an beiden Tagen angeboten und durchgeführt. Die Mehrheit der Kinder hat davon auch Gebrauch gemacht und teilgenommen. Die Fragen zum Schnuppertag an beiden Schulen zeigen dies. Fast identisch ist die Zahl derer, die diesen Tag positiv auf ihre Entscheidung für die Schule nutzen konnten. (81% am Freien Gymnasium Penig und 82% am Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz).

Seit diesem Schuljahr ist es für die Eltern und Schüler der neuen 5. Klassen am Freien Gymnasium Penig Pflicht an einem Schnuppernachmittag teilzunehmen. Diese Nachmittage sind als Test für die Schüler und die Schule gedacht, um danach entscheiden zu können, ob verhaltensauffällige Kinder an der Schule aufgenommen werden. Es wird dabei überprüft, wie selbstständig die Kinder bereits arbeiten können. Sie erhalten Aufgaben, die sie selbst lösen müssen. Dabei werden sie von der Schulleitung beobachtet. Ihre Teamfähigkeit wird durch Mannschaftssportspiele getestet und ihre sozialen Kompetenzen werden einerseits über die Kopfnoten und den Mannschaftssport und andererseits über eine kurze Zeit des Alleinlassens nachgeprüft.

Sollten Kinder trotz Bildungsempfehlung die Ziele des Schnuppernachmittags nicht erreichen, kann die Schulleitung des Freien Gymnasium Penig entscheiden, die Kinder nicht an der Schule aufzunehmen.

Im letzten Schuljahr hatte man diese Möglichkeit der Beobachtung des Einzelnen nicht, und durch eine Anhäufung von „verhaltensauffälligen“ Kindern in einer Klasse, was zu massiven Problemen zwischen den Kindern untereinander und zu schlechten Lernbedingungen im Unterricht führte. Gespräche zwischen Eltern und Schule konnten die Situation nur gering entspannen. Um eine solche Konstellation von Beginn an zu vermeiden, hat man sich zu den verpflichtenden Schnuppernachmittagen entschlossen. Klassen können so auch pädagogisch sinnvoller zusammengestellt werden.

Die Frage nach der Gewichtung der Kriterien für die Schulwahl zeigt, wie genau sich Eltern mit der Schulwahl beschäftigt haben, deren Kinder das Freie Gymnasium besuchen. Da ihnen die meisten aufgelisteten Kriterien überwiegend sehr wichtig bei der Schulwahl waren, lässt darauf schließen, dass sie sich bewusster für die Schule entschieden haben und dabei ihre Vorstellungen von der Schule umgesetzt wissen wollen. Besonders die Nachhilfe- und Förderangebote, die Ganztags- und Hausaufgabenbetreuung, die Lehrer-Schüler-Beziehungen und die Klassenstärke waren sehr wichtige Kriterien für die Eltern. Genau diese Punkte spielen auch im Schulkonzept des Freien Gymnasium Pe-

nig eine bedeutende Rolle. Interessant dabei im Vergleich zum Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz ist, dass die genannten Kriterien für die Eltern der staatlichen Schule eher weniger wichtig bei der Schulwahl waren. Sie schätzen viel mehr die Unterrichts- und Lernmethoden, das soziale Klima an der Schule, der Umgang der Schüler untereinander und die Lernatmosphäre. Sie bleiben jedoch bei der Gewichtung von sehr wichtig und wichtig meist hinter den Eltern der Schüler am Freien Gymnasium Penig zurück. Es wirkte fast so, als haben sich einige Eltern mit dem Thema Schulwahl fast nicht beschäftigt, was auch die gehäuften Angaben in der Kategorie „weiß ich nicht“ zeigen. Es entsteht der Eindruck, dass die befragten Eltern des Freien Gymnasium Penig deutlich mehr Engagement bei der Schulwahl zeigen, als die Eltern des Johann-Mathesius-Gymnasiums.

Dieses Engagement und Interesse gilt es für das Freie Gymnasium Penig im Laufe der schulischen Ausbildung der Schüler bei den Eltern zu halten und zu nutzen. Eine wichtige Grundlage für das erfolgreiche Bestehen einer privaten Schule, sind schlussendlich engagierte Eltern.

Diese Initiative der Eltern bestätigt auch die Frage 8 bzw. die Frage 7. Während 58% der befragten Eltern am Freien Gymnasium Penig aktiv in Entscheidungen und Planungen der Schule mit einbezogen werden wollen und 38% von Ihnen diese Aufgabe dem Elternrat eingestehen, sind es am Gymnasium in Rochlitz zwar auch 42% der Eltern, die aktiv mit einbezogen werden wollen und 46% diese Aufgabe eher beim Elternrat der Schule sehen, aber auch 4% der Eltern, die sich überhaupt nicht aktiv beteiligen möchten. Am Freien Gymnasium kreuzte keiner der Befragten diese Möglichkeit an.

Viele der befragten Eltern erwarten an einer privaten Einrichtung weniger Unterrichtsausfall, vielfältigere Lernmethoden, eine bessere Unterrichtsgestaltung und eine bessere Förderung ihres Kindes gegenüber der staatlichen Schule. Genau diese Punkte nannten die Eltern am staatlichen Gymnasium als verbesserungswürdig. Dazu kamen die kleineren Unterrichtsklassen, wie es das Freie Gymnasium Penig in seiner Schulphilosophie vorsieht. Die Erwartungen der Eltern sollte das Freie Gymnasium Penig so gut wie möglich erfüllen, um damit einen Vorteil gegenüber den staatlichen Gymnasien zu halten. Die Schwachstellen der staatlichen Schulen sollte das Freie Gymnasium Penig nutzen, um sie als Vorteile für sich zu nutzen. Am Ende der schulischen Laufbahn sollten die Eltern ihre Erwartungen von besseren sozialen Verhalten, bessere Förderung, mehr Selbstvertrauen, guter Teamfähigkeit usw. als optimale schulische Ausbildung erfüllt sehen. Während bei den Eltern das Erlernen von sozialen Kompetenzen am Freien Gymnasium Penig deutlich besser eingeschätzt wird als am Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz (siehe Fragen 10 und 11), sehen die Eltern bei dem Besuch ihres Kindes an einem staatlichen Gymnasium eine optimale schulische Ausbildung und bessere berufliche Perspektiven trotz Kritik am staatlichen Schulsystem gewahrt.

Dass ihre Kinder optimal auf ihr späteres Berufsleben vorbereitet werden sehen 87% der Eltern des staatlichen Gymnasiums und 80% der Eltern des privaten Gymnasiums. Nicht verwunderlich, haben sie sich doch genau für dieses Gymnasium und nicht für eins der vorhandenen anderen Gymnasien entschieden.

Ein interessanter Aspekt bilden die Fragen 12 und 13 der Fragebögen. Auffällig dabei ist, dass im Fragebogen des Gymnasium Rochlitz 31% der befragten Eltern angaben, dass sich ihr Kind ohne ihre Beeinflussung bei seiner Schulwahl entscheiden konnte.

Dem gegenüber stehen nur 11% der Eltern am Freien Gymnasium Penig. Hier haben 88% der Eltern gemeinsam mit ihrem Kind sich für die Schule entschieden. Dass sich die Eltern deutlich mehr in die Schulwahl einbrachten, zeigten auch die Ergebnisse in den vorhergegangenen Fragen.

Am Johann-Mathesius.-Gymnasium nannten die Eltern mehrheitlich als wichtigsten Grund für die Wahl der Schule den Wunsch des Kindes, diese Schule zu besuchen. Der Entscheidungsträger für die Schulwahl scheint hier eher das Kind zu sein, was die 31% der befragten Eltern, deren Kind sich ohne ihre Beeinflussung entscheiden konnte und die 68% der Eltern, die sich gemeinsam mit ihrem Kind für die Schule entschieden haben, bestätigt.

Die statistischen Angaben zeigen, dass sich beim Alter die Eltern am Freien Gymnasium Penig nicht wesentlich von den Eltern des Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz unterschieden. Bei der Berufsgruppe zeigt sich jedoch deutlich, dass mehr selbstständige Eltern ihre Kinder auf das Freie Gymnasium Penig schicken und mehr Eltern, die der Berufsgruppe der Arbeiter angehören, ihre Kinder auf das Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz geben.

Die fünfte Klasse des Freien Gymnasium Penig besuchen mehr Kinder, deren Eltern selbstständig oder verbeamtet sind. Am Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz dagegen lernen in den fünften Klassen mehr Kinder, deren Eltern Angestellte oder Arbeiter sind.

5.4. Empfehlungen für das Freie Gymnasium Penig resultierend aus den Ergebnissen der Befragung

Die Zahl der schulpflichtigen Kinder im Freistaat Sachsen, hat sich seit 1990 um 11,6% verringert.¹³³ Zwar rechnet man ab dem Schuljahr 2010/11 bis zum Schuljahr 2020/21 wieder mit einem Anstieg der Schülerzahlen, dieser wird sich jedoch nur langsam vollziehen und die Zahlen von 1990 nicht wieder erreichen können. Mit einem Anstieg der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen rechnen Experten ab dem Schuljahr 2010/11 bis ca. 2016/17.¹³⁴ Zusätzlich erschwerend kommt die sinkende Geburtenrate und eine anhaltende Abwanderung in Sachsen hinzu.

¹³³ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, Schüler- und Absolventenprognose S. 1

¹³⁴ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, Schüler- und Absolventenprognose S. 2

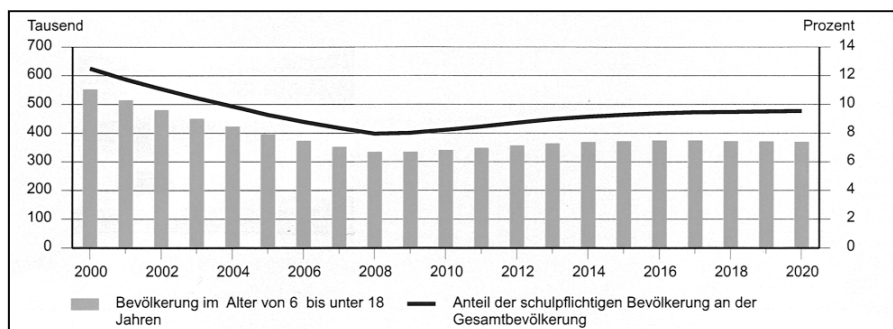


Abbildung 28 Entwicklung der schulpflichtigen Bevölkerung im Freistaat Sachsen¹³⁵

Der Wettbewerb der Schulen um jeden neuen Schüler hat längst begonnen. Um längerfristig am Bildungsmarkt bestehen zu können und sich weiter von den staatlichen Schulen abzusetzen und eine „gute“ Alternative zu staatlichen Gymnasien zu bilden, muss das Freie Gymnasium sich permanent weiterentwickeln und verbessern.

Aufgrund der Aussagen der Eltern im Fragebogen und eigenen Recherchen, was heute eine gute Schule ausmacht und welche Alternativen und Möglichkeiten andere Schulen in privater Trägerschaft Schülern und Eltern bundesweit bieten, sind nachfolgend Vorschläge und Gestaltungsmöglichkeiten für das Freie Gymnasium Penig aufgeführt.

5.4.1. Spanisch als zweite Fremdsprache

Auf dem ausgeteilten Fragebogen hatten die Eltern die Möglichkeit auch Verbesserungs- und Veränderungsvorschläge zu nennen.

Ein vielfach genannter Wunsch war die Einführung von Spanisch als zweite Fremdsprache. Bisher müssen sich die Schüler am Freien Gymnasium Penig ab 6. Klasse zwischen Französisch, Russisch oder Latein als zweite Fremdsprache entscheiden.

Vergleicht man das Fremdsprachenangebot der in der Umgebung liegenden staatlichen Gymnasien, dann bietet lediglich das Gymnasium Burgstädt Spanisch als Unterrichtsfach und damit zweite Fremdsprache an.

Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz	Kein Spanisch
Albert-Schweitzer-Gymnasium Limbach-Oberfrohna	Kein Spanisch
Städtisches Gymnasium Mittweida	Spanisch als Arbeitsgemeinschaft
Gymnasium Burgstädt	Spanisch als Unterrichtsfach

Abbildung 29 Angebot Spanisch als zweite Fremdsprache

Mit der Erweiterung des Sprachangebots um das Unterrichtsfach Spanisch kann man sich weiter von den in Konkurrenz stehenden Gymnasien in der Umgebung absetzen. Es zeigte sich in der Befragung, dass viele Eltern auch die Nähe des Gymnasiums zum Wohnort schätzen und die Wahl der Schule auch davon bestimmt wird. Sich dann von den anderen, in der Nähe zum Wohnort liegenden Schulen abzusetzen bzw. hervorzuheben durch ein verbessertes Angebot an Fremdsprachen, sollte sich positiv auf die Schule auswirken.

¹³⁵ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, Schüler- und Absolventenprognose S. 1

Bundesweit stieg im Schuljahr die Zahl der Schüler, die Spanisch lernen um 10,1% zum Vorjahr auf 285.480.¹³⁶ Auch im Freistaat Sachsen stieg die Zahl der Schüler in den letzten 10 Jahren an.

Schulart Fremdsprache	1997/98	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08
Gymnasien ²⁾						
darunter Englisch	144 269	109 128	101 192	94 998	88 968	84 141
Französisch	59 477	42 127	40 208	35 006	30 452	28 126
Latein	18 630	19 482	19 914	17 963	16 319	15 092
Russisch	20 763	12 682	12 452	10 781	9 425	8 709
Spanisch	1 577	4 833	5 116	4 964	4 533	4 474
Tschechisch	265	433	632	684	741	885
Polnisch	100	283	296	302	280	314
Sorbisch	162	147	135	112	122	128
Italienisch	227	422	454	442	379	369
Griechisch	12	139	171	156	225	174

1) Mehrfachzählung
2) einschließlich Grund- und Leistungskurse, Wahlgrundkurse und Zertifikatskurse, belegt als Wahlgrundkurs der gymnasialen Oberstufe

Abbildung 30 Schüler im Fremdsprachenunterricht an allgemeinbildenden Schulen¹³⁷

Es sollte daher von der Schulleitung überlegt werden, ob ab dem SJ 2010/2011 spätestens im SJ 2011/12 als zweite Fremdsprache Spanisch von der 6. bis zur 10. Klasse angeboten werden kann. Evtl. kann mit dem Europäischen Gymnasium eine Kooperation eingegangen werden und deren Lehrkraft für Spanisch kann die ersten Stunden am Freien Gymnasium Penig übernehmen oder es können zumindest mögliche Personen genannt werden, die den Unterricht führen könnten.

Sollte es notwendig werden jemanden für das Fach Spanisch neu einzustellen, dann braucht es nicht zwingend ein ausgebildeter Lehrer sein und er könnte zusätzlich eine Arbeitsgemeinschaft leiten, um den höheren Klassen die Chance zu geben, auch spanische Grundkenntnisse zu erwerben. Evtl. finden sich an den Hochschulen bzw. Universitäten in der Nähe geeignete Personen, die zumindest eine Spanisch-AG wieder ins Leben rufen können.

Spanisch zählt zu den 5 Weltsprachen. Rund 330 Mio. Muttersprachler und ca. 420 Mio. Sprecher insgesamt,¹³⁸ machen Spanisch zu einer der meistgesprochenen Sprachen der Welt. Spanisch wird auf mehreren Kontinenten gesprochen, darunter auch in vielen Lateinamerikanischen Staaten, die als wirtschaftliche Entwicklungsländer gelten. Gibt man den Schülern die Möglichkeit spanische Sprachkenntnisse bereits in der Schule zu erlernen, können sie diese Fähigkeiten für ihr späteres Berufsleben nutzen und müssen die Sprache nicht erst mühsam im Erwachsenenalter erlernen.

Dass sich Spanisch in den neuen Bundesländern als zweite Fremdsprache aufgrund der DDR-Vergangenheit an den Schulen noch nicht so durchgesetzt hat und angeboten wird, kann es für das Freie Gymnasium Penig mittelfristig ein Vorteil sein, sein Fremdsprachenunterrichtsangebot um diese Sprache zu erweitern.

¹³⁶ Statistisches Bundesamt Deutschland, v. 04.08.2009, Tabelle Fremdsprachenunterricht

¹³⁷ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2008, Sonderheft, Tabelle 3.18 S. 81

¹³⁸ . Weltsprachen.net, v. 05.08.2009, Rangliste

Man könnte auch darüber nachdenken, an den Hochschulen und Universitäten Chemnitz, Freiberg oder Mittweida ausländische Studenten zu gewinnen, die weitere Fremdsprachen als Arbeitsgemeinschaften anbieten. Dies sollte jedoch nur bei Interesse von mehreren Schülern und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Schule geschehen. Durch viele Sprachen kann sich das Freie Gymnasium Penig einen weiteren Vorteil gegenüber den anderen Schulen verschaffen und den Schülern die Möglichkeit bieten, zusätzliches Wissen außerhalb des Lehrplanes zu erlernen. Aufgrund der zeitlichen Beschränkung bei der Arbeit mit Studenten können meist nur erste Grundkenntnisse, jedoch durch einen Muttersprachler vermittelt werden.

5.4.2. Das soziale Praktikum

Nicht nur die meisten Waldorfschulen, sondern auch immer mehr Schulen, vorwiegend in freier Trägerschaft, haben neben dem üblichen Berufspraktikum ein weiteres Praktikum eingeführt.

Das soziale Praktikum dient dem Aufbau von sozialen Kompetenzen und dem Abbau von Vorurteilen und Ängsten gegenüber Kranken, Behinderten und älteren Menschen.

Um den Schülern am Freien Gymnasium Penig die Möglichkeit zu geben, in den Nutzen eines sozialen Praktikums zu kommen, empfehle ich der Schule über die Einführung eines sozialen Praktikums nachzudenken und in einem Schuljahr auszuprobieren.

Die Schüler arbeiten 2 Wochen in einem sozialen Bereich, den sie selbst auswählen können. Ein solcher sozialer Bereich können Seniorenheime, Krankenhäuser, Einrichtungen für Behinderte, Kindergärten, Obdachloseneinrichtungen, Tafeln, Sonderschulen oder Kirchengemeinden sein. In den meisten Schulen, in denen Schüler bereits ein soziales Praktikum durchlaufen, ist das Praktikum ganztätig mit 6 bis max. 8 Stunden pro Tag angesetzt. Dem Schüler soll der Ablauf und der Alltag in einer sozialen Einrichtung aufgezeigt werden. An einigen Schulen können soziale Praktika auch in Umweltschutz- oder Naturschutzvereinen durchgeführt werden.

In den meisten Schulen werden die sozialen Praktika in der Sekundarstufe II durchgeführt. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass auch die Schüler der 8. bis 10. Klasse den Anforderungen an ein solches Praktikum gewachsen sind.

Nach dem Lesen von Erfahrungsberichten von Schülern, zeigt sich, dass auch Schülern, die dem Praktikum zu Beginn skeptisch gegenüber standen, das Mit-helfen in einer sozialen Einrichtung im Nachhinein einige positive Erkenntnisse und hilfreiche Erfahrungen für das weitere Leben mitgegeben hat.

Neben dem Abbau von Ängsten und Vorurteilen, kann das Praktikum im sozialen Bereich den Schülern auch mehr Verantwortung für ihre Mitmenschen, besseres Einfühlungsvermögen, Teamfähigkeit, soziale Sensibilität, Taktgefühl, bessere Umgangsformen, mehr Toleranz und Selbstständigkeit und zum Aufbau von Menschenkenntnis verhelfen.

Die hohen Erwartungen der Eltern nach mehr Selbstvertrauen, guter Teamfähigkeit und besserem sozialen Verhalten ihres Kindes durch die schulische Ausbildung am Freien Gymnasium, wie Frage 10 der Umfrage zeigt, können in einem sozialen Praktikum sehr gut aufgebaut bzw. gestärkt werden.

Dass immer mehr Schulen dem Beispiel der Waldorfschulen folgen, zeigt wie wichtig der Aufbau von sozialen Kompetenzen und der Umgang der Menschen untereinander, insbesondere mit sozialen Randgruppen, in der heutigen Zeit und Gesellschaft ist.

5.4.3. Das Stärken der Zusammenarbeit mit Unternehmen

Viele Eltern wünschten sich eine bessere Zusammenarbeit der Schule mit den Unternehmen in der näheren Umgebung, um damit ihren Kinder auch Einblicke in verschieden Berufe zu geben.

Im Gespräch mit der Schulleitung des Freien Gymnasium Penig erfuhr ich, dass durch ein bestehendes Konzept zur Berufs- und Studienorientierung es schon relativ viele Angebot für die Schüler gibt, diese aber noch teilweise zu wenig genutzt werden. So werden z. B. die an der Schule organisierten Berufsberatungstermine durch die Bundesagentur für Arbeit von den Schülern nur wenig genutzt. Hier müssen Lehrer und Schule noch viel Überzeugungsarbeit bei den Schülern leisten.

Um den Schülern schon in früh aufzuzeigen, wie wichtig eine zeitige Berufsorientierung ist, sollten schon die Klassen 6, 7 und 8 aktiv mit einbezogen werden.

In den statistischen Angaben des Fragebogens haben viele Eltern die Berufsgruppe der Selbstständigen angegeben. Diese Eltern sollte man bevorzugt ansprechen und in den unteren Klassenstufen ihren Beruf vorstellen lassen, wenn möglich mit einem Besuch der Firma bzw. des Unternehmens verbinden. Auch die Mitglieder des Träger- bzw. Fördervereins könnten kleine Vorträge halten oder den Schülern vor Ort ihre Firmen zeigen.

In den Fächern Deutsch oder in den höheren Klassen im Fach Englisch können Schüler die Berufe ihrer Eltern in einem kleinen Vortrag vor der Klasse vorstellen. So können sogleich auch rhetorische Fähigkeiten erworben und das Sprechen vor anderen gelernt werden.

Das Erlernen vom richtigen Bewerben oder Informationsabende über Studiemöglichkeiten sollten weiterhin erst in den Klassen 10, 11 und 12 erfolgen.

Bewerbungsgespräche könnten in kleineren Gruppen simuliert werden, evtl. mit Personalmanagern aus den Unternehmen des Träger- oder Fördervereins der Schule und mit einer Kamera aufgezeichnet werden. Die Analyse der Aufzeichnungen in der Gruppe sollte ehrlich und durch die Schüler, den Lehrer und Unternehmensfachmann erfolgen und dem Schüler die Möglichkeit geben, sich in einer Stresssituation zu sehen und aus Kritik der Anderen zu lernen und Verbesserungen in seinem Verhalten vorzunehmen. So kann ein Vorstellungsgespräch bereits im Vorfeld simuliert werden und kann dem Schüler die Angst vor

dem Ungewissen nehmen. Aus persönlicher Erfahrung weiß ich, wie hilfreich solche Methoden vor einem Vorstellungsgespräch sein können.

Fachlehrer sollten stets über aktuelle Angebote von Unternehmen und Universitäten informiert werden, damit sie diese an geeignete Schüler im persönlichen Gespräch weitergeben können.

Um verschiedene Berufsfelder für Schüler interessant zu gestalten, können auch Wettbewerbe genutzt werden. Den Schülern sollte der Zugang zu einem Wettbewerb stets ermöglicht werden und die Teilnahme an Wettbewerben sollte das Freie Gymnasium Penig stets unterstützen.

5.4.4. Die außerschulischen Angebote

Um die außerschulischen Angebote auch weiterhin abwechslungsreich und vielfältig gestalten zu können. Sollten auch in Elternabenden oder bei Schulfesten die Eltern gefragt werden, ob sie oder Bekannte weitere Arbeitsgemeinschaften für die Schüler anbieten können.

Auch das zur Verfügung stellen von neuen Gesellschaftsspielen durch die Eltern für den Freizeitkeller, sollte regelmäßig durch den Klassenlehrer angesprochen werden.

Beim Angebot der sportlichen Aktivitäten wünschten im Fragebogen einige Eltern das Weiterführen von Arbeitsgemeinschaften auch mit wenigen Teilnehmern. Dies ist jedoch nur möglich, wenn es sich nicht um einen Mannschaftssport handelt oder zur Ausübung der Aktivitäten mehrere Personen nötig sind. Es können aber bei geringer Beteiligung der Schüler Anreize zur Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft geschaffen werden, wie z. B. das Anmelden für einen Wettbewerb am Ende des Schuljahres, die Läufergruppe trainiert für die Teilnahme am Marathon bzw. Halbmarathon in Chemnitz oder das Absolvieren des Deutschen Sportabzeichens im Rahmen der Leichtathletik usw.

Einige Eltern beklagten bei der Umfrage auch die schlechte musikalische Förderung am Freien Gymnasium Penig. Nun ist das Gymnasium keine Schule mit musikischem Profil und die Lehrer können keinen Unterricht im Erlernen eines Instruments anbieten, so dass sich dieser Wunsch der Eltern in Relation zu den Möglichkeiten der Schule zu betrachten ist. Durch die seit dem Schuljahr 2009/2010 eingeführte verlängerte Mittagspause von 1¹/₂ h, können Schüler, diese Zeit in Absprache mit ihrem Lehrer für das jeweilige Musikinstrument und der Schule nutzen, um zu üben oder wenn möglich in den Räumen der Schule mit ihrem Lehrer zu proben. So haben diese Schüler nach dem Ende des Schultages gegen 16 Uhr mehr freie Zeit zur Entspannung. Dieses Angebot der Schule kann jedoch nur erfolgen, wenn der Instrumentallehrer des Schülers diese Termine auch zeitlich einrichten kann.

Über eine Zusammenarbeit mit den Musikschulen u.a. in Chemnitz und Mittweida sollte ebenfalls nachgedacht werden, um mehr zusätzliche musikalische Förderung anbieten zu können. Über die Bereitstellung von Räumen können auch zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Für die Schüler entfällt der Anfahrtsweg zur Musikschule.

5.4.5. Projektunterricht als Unterrichtsfach

Um den Erwartungen der Eltern nach mehr Projekten, besserer Unterrichtsgestaltung und der Vermittlung von mehr Lerninhalten gerecht zu werden sowie den Schülern mehr Selbstständigkeit und gute Teamfähigkeit zu vermitteln und ihnen dadurch auch mehr Selbstvertrauen zu geben, sollte die Idee der heute als „gute“ Schulen angesehen Reformschulen eines Projektunterrichtsfaches aufgegriffen werden.

Die Winterhuder Reformschule in Hamburg ist ein gutes Beispiel für den Projektunterricht als Unterrichtsfach für alle Klassen.

Um der Sekundarstufe II die Möglichkeit zu geben, sich konzentriert auf die Abiturprüfungen am Ende der Klassenstufe 12 vorzubereiten, sollte vom Projektunterricht in den Klassen 11 und 12 Abstand genommen werden.

Auch für die Klassen 5 und 6 sollten Projekte in das Unterrichtsfach Freiarbeit eingegliedert werden und nicht als weiteres Unterrichtsfach angeboten werden. Für die Klassen 7 bis 10 empfehle ich dem Freien Gymnasium Penig über die Einführung eines Faches Projektunterricht nachzudenken und zu Beginn des Schuljahres 2011/12 probeweise einzuführen.

Das eigenständige Unterrichtsfach sollte Projekte von max. 4-6 Wochen Dauer beinhalten. Je nach Umfang des Projektes sollten pro Woche 1-2 Blockstunden bereitgestellt werden. Durch den Projektunterricht kann fächerübergreifend unterrichtet werden, so dass es keinen Fachlehrer zu Betreuung der Schüler während der Unterrichtszeit braucht. Zu Beginn neuer Projekte sollten die verantwortlichen Fachlehrer den Schülern die zur Auswahl stehenden Themen vorstellen und den Schülern Hinweise geben, wie das Projektziel aussieht. Die Fachlehrer sollten jederzeit als Ansprechpartner für die Schüler zur Verfügung stehen, was das Freie Gymnasium Penig aufgrund seiner Schulphilosophie schon jetzt umsetzt. Der aussichtsführende Betreuer der Unterrichtsstunde versteht sich als Lernbegleiter. Er muss daher keine Fachkenntnisse zu den jeweiligen Themengebieten besitzen und braucht daher auch kein Lehrer zu sein. Es eignen sich auch Personen, die pädagogische und/oder Erfahrungen mit Projektarbeit haben.

Die Themen werden in der Winterhuder Reformschule von einer Konzeptgruppe jedes Schuljahr neu entwickelt. Eine sehr gute Vorgehensweise, bedenkt man, dass in diesem Team sowohl Lehrer als auch Schüler zusammenarbeiten.

Die Projektgruppen bilden die Schüler selbst, es sollte durch den betreuenden Lehrer aber darauf geachtet werden, dass sich die Schüler in den Gruppen bei jedem neuen Projekt immer wieder neu zusammensetzen.

Dies fördert Teamfähigkeit, selbstständiges Arbeiten und vermittelt den Schülern praktische Erfahrungen. Sie lernen eigenständig und eigenverantwortlich neue Erkenntnisse und Fertigkeiten.

Der Projektunterricht kann auch klassenübergreifend unterrichtet werden, z. B. die Klassen 7 und 8 und die Klassen 9 und 10 haben einen gemeinsamen Projektunterricht. So können die Schüler von einander noch mehr profitieren und es bräuchten für den Unterricht weniger Lehrkräfte eingesetzt werden. Da am Freien Gymnasium Penig mittlerweile in fast allen Jahrgangsstufen zwei Klassen bestehen, könnte die Anzahl der Schüler für einen klassenübergreifenden Unterricht zu groß werden, um effektiv und optimal zu arbeiten.

In der Erprobungsphase könnte den Unterricht bis zu den Halbjahreszeugnissen mit max. 2 Projekten pro Schülergruppe durchgeführt werden und danach aufgrund der gesammelten Erfahrungen und der Reaktionen der Schüler über die weitere Durchführung des Projektunterrichts als eigenständiges Unterrichtsfach entschieden werden.

Eine Benotung zu erteilen erachte ich als schwierig, denn es zählen nicht primär das Ergebnis sondern die Teamarbeit und der Weg zum Ziel. Anerkennung für besonders gute Arbeiten können Teilnahmen an Wettbewerben, z. B. „Jugend forscht“ sein. Für den Eintrag ins Zeugnis schlage ich vor, „Teilgenommen“ und evtl. bei besonders guten Projektergebnissen „mit (besonderem) Erfolg teilgenommen“ einzutragen. Eine Benotung kann aber auch durchgeführt werden, dabei sollte dann sowohl das Endprodukt, mit Inhalt, Aufbau Darstellung und Präsentation und die einzelnen Projektphasen wie Zielsetzung, Ablauf und Planung und die überfachlichen Qualifikationen, wie Teamarbeit, Kreativität, Selbstständigkeit und Verantwortung bewertet werden. Dies kann jedoch recht schwierig werden und schnell zum Gefühl bei den Schülern führen ungerrecht benotet worden zu sein. Wenn sich jeder Schüler engagiert und die Gruppe ein vorzeigbares Projektergebnis am Ende vorweisen kann, ist es recht schwierig gerecht zu benoten. Der Projektunterricht soll für das Erlernen der genannten überfachlichen Qualifikationen und Soft Skills genutzt werden.

Eine konkrete Benotung, empfiehlt sich meiner Meinung nach erst im letzten Projektunterrichtsjahr, um die erlernten Fähigkeiten zu überprüfen und den Leistungsstand auf diesem Gebieten sichtbar zu machen. Generell empfiehlt es sich jedoch auf eine Benotung mit Schulnoten zu verzichten, um den Schüler einen gewissen Leistungsdruck zu nehmen und den Spaß am Projektunterricht nicht zu stören. So können u. U. Schüler auch schwierige Projekte erarbeiten, die sie sonst für eine gute Note evtl. nicht gewählt hätten.

Die Projekte sollten vielfältig sein und den Schülern immer verschiedene Wahlmöglichkeiten bieten.

Die Schule kann sich aber zu Beginn des Schuljahres bei der Wahl der Projektangebote auch einem Motto unterordnen. Zu diesem Motto werden dann die Projektthemen aus den verschiedenen Fächern ausgewählt.

Die Projekte können aus dem sprachlichen Bereich, dem naturwissenschaftlichen-technischen Bereich, dem wirtschaftlichen Bereich, dem gesellschaftswissenschaftlichen oder dem künstlerischen Bereich stammen.

Um den Schülern zu helfen nicht den Überblick über den Verlauf der Arbeit zu verlieren, sollten jede Gruppe Nachweishefte führen. In diesen Protokollen sollte der aktuelle Stand des Projektes und was im Unterricht von den Schülern erledigt wurde zum Ende der Unterrichtsstunde eingetragen werden. So haben sowohl Schüler, Betreuer und auch die Fachlehrer einen genauen Überblick über den Fortschritt des Projektes einer Gruppe und können im Notfall rechtzeitig eingreifen. Dies setzt selbstverständlich die regelmäßige Überprüfung des Heftes durch den Betreuer und Fachlehrer voraus.

Die Projektergebnisse werden am Ende den anderen Schülern, Eltern und Lehrern präsentiert. Sie können auch öffentlich ausgestellt, u.a. bei Tagen der offenen Tür oder bei einem Wettbewerb eingereicht werden. Eine gute Bestätigung für die Schüler und eine gute Werbung für das Gymnasium.

Dem geringen finanziellen Aufwand für das Bereitstellen der Materialien und des Betreuers, steht ein enormer Lerngewinn für den Schüler gegenüber. Der Schüler muss sich selbst erarbeiten, wie er ein längerfristiges Projekt angeht, damit er es in einer gewissen Zeitspanne erfolgreich erledigen kann. Die Schüler müssen sich die Informationen zum Thema selbst erarbeiten und schulen auch ihre Kreativität bei der Umsetzung des Themas in eine ansprechende Präsentation. Die Präsentation fördert wiederum das freie und selbstbewusste Sprechen vor fremden Menschen.

Durch den Projektunterricht könnten viele wichtige Eigenschaften und Arbeitsweisen für die spätere Berufs- und Arbeitswelt des Schülers erlernt werden. Somit ergeben sich für die Schüler Vorteile gegenüber den Gleichaltrigen hinsichtlich selbstständigen Arbeiten und Teamarbeit.

5.4.6. Abschließende Bemerkungen

In der heutigen Zeit ist es für staatliche, wie auch für private Schulen wichtig, sich ständig zu überprüfen und zu verbessern. Neue Wege und Lernmethoden auszuprobieren, sollten die Schulen und damit auch das Freie Gymnasium nicht scheuen.

Wenn Lehrer, Eltern und Schüler immer gut über neue Methoden informiert werden, dann gelingt es i.d.R. oft das Interesse und die Motivation für das erfolgreiche Umsetzen zu wecken.

Wichtig bei der Wahl der weiterführenden Schule ist zwar immer noch die Nähe zum Wohnort und die Lernbedingungen an der Schule, aber die Konzepte der Schulen und der Aspekt der Ganztagschule spielen eine immer größer werdende Rolle. Dies spiegelt sich auch bei der Befragung der Eltern, vor allem am Freien Gymnasium wieder. Bei den Lern- und Unterrichtsbedingungen, beim Schulkonzept und in der Nachmittagsbetreuung sollte sich das Freie Gymnasium Penig als Schule in freier Trägerschaft daher immer überprüfen und ggf. verbessern.

Da sich die Schulen im näheren Umkreis des Freien Gymnasium Penig in ihren Angeboten und Konzepten recht ähnlich sind, braucht das Freie Gymnasium Penig auch für die Zukunft einige schulische Angebote, die sich von den staatlichen Gymnasien im Umfeld abzeichnen und die Schule damit zu etwas Besonderem werden lassen. Nur dann kann weiterhin mit einem anhaltenden Zustrom von Schülern an die Schule gerechnet werden. Das Aufbringen von Schulgeld sollte sich gegenüber den staatlichen Schulen in Angebot und Leistung des Freien Gymnasium Penig widerspiegeln. Wer das gleiche Angebot und die gleiche Leistung an einer staatlichen Schule bekommt, wird sicherlich nicht die finanziellen Aufwendungen für einen Besuch seines Kindes an einer privaten Schule aufbringen wollen.

Noch profitiert man von den Versäumnissen der staatlichen Schulen in den vergangenen Jahren. Aber auch hier erkennt man, wie wichtig Ganztagschulen und kleinere Klassen mittlerweile für eine gute schulische Ausbildung geworden sind.

Dass das Freie Gymnasium Penig eine recht kleine Schule mit ca. 265 Schülern ist und auch bestrebt ist zu bleiben und dadurch ein recht guter Kontakt zwischen Schule und Elternhaus möglich ist, wird sicherlich ein wesentlicher Pluspunkt für die Schule heute und auch zukünftig sein. Dies können die umliegenden Gymnasien nicht bieten. Eine aktive Elternmitarbeit ist damit gut durchführbar. Für eine Schule in freier Trägerschaft ist es auch unumgänglich, dass sich Eltern für den Schulalltag interessieren und sich für die Schule engagieren. Nicht nur als Mäder für die Verschönerung der Klassenräume, sondern auch als Unterstützung bei Schulfesten oder als Gastredner über den eigenen Beruf bzw. die eigene Firma.

Dies allein wird aber die Eltern nicht vom Schulbesuch ihrer Kinder am Freien Gymnasium Penig zukünftig überzeugen können.

Neben dem Erwerb von fachlichen Kenntnissen und Wissen, müssen die Schulen auch soziale Kompetenzen, die Fähigkeiten zum vernetzten Denken und zum selbstständigen Lernen den Schülern vermitteln. Dies gelingt den Reformschulen und den meisten freien Schulen schon heute recht gut durch „freie Arbeit“ und Projektarbeiten als Bestandteil des schulischen Lernens.

Ein weiterer Vorteil, den die Schulen in privater Trägerschaft schon heute nutzen können, ist ein gutes Lehrerkollegium. Gute Lehrerinnen und Lehrer wissen wie sie den Unterricht gestalten müssen, um Schüler zu motivieren und scheuen nicht die Möglichkeit der Weiter- und Fortbildungen. Ein gutes Zusammenarbeiten der Lehrer untereinander ermöglicht auch den Unterricht fächerübergreifend vorzubereiten und abzustimmen. Da die Schulleitung an Schulen in privater Trägerschaft ihre Lehrer weitgehend unabhängig vom den staatlichen Behörden einstellen kann, ist auch ihr die Möglichkeit gegeben, nicht nur fachlich gut ausgebildetes Lehrpersonal zu haben, sondern auch Menschen, die sich untereinander verstehen und zusammenarbeiten können. Wo Lehrer nicht im Team arbeiten können, kann es auch den Schülern nur schwer vermittelt werden.

Um sich regelmäßig überprüfen zu können, bedarf es aber auch einer gezielten Zufriedenheitsbefragung bei Eltern und Schülern. Nur durch eine systematische Befragung über die Qualität des Schulbesuches lassen sich die in der Klassenstufe 5 getroffenen Erwartungen der Eltern überprüfen und damit erneut Erkenntnisse über die effektive Arbeit der Schule herausfinden.

Ein bereits erarbeitetes Zeugnis für die Schule, welches ich in Zusammenarbeit mit der Schulleitung zu Beginn meiner Arbeit und Nachforschung entwickelt habe, lässt sich gut dafür nutzen. Eine Abbildung dieses Zeugnisses ist unter Anlagen der Arbeit beigelegt.

Nach den letzten Prüfungen in der Klassenstufe 12 können Eltern und Schüler dieses Zeugnis problemlos ausfüllen und der Schule zur internen Auswertung überlassen.

Bei meinen Recherchen über die Schulen von morgen und was sie als gute Schulen auszeichnet, fällt einem immer wieder auf, was alle Schulen egal, ob Montessori, Waldorf oder andere Schulen in freier Trägerschaft vereint. Die Kinder als Individuen zu sehen, die sich nach ihren eigenen Interessen und Möglichkeiten entwickeln können.

Während an vielen staatlichen Schulen noch heute das Auswendig lernen und Erlernen von vorgegebenen Lehrplänen mit überforderten Lehrern, akutem Lehrermangel und zu großen Klassen an der Tagesordnung ist, sind die meisten Reformschulen auf einem guten Weg hin zum individuellen Lernen. Zwar müssen bestimmte Grundlagen von jedem Schüler erlernt und beherrscht werden, aber es braucht motivierte, lernbereite Schüler, die das Erlernte auch im späteren Berufsleben noch anwenden können. Wer schon in der Schulzeit die Möglichkeit hat, sich mit seinen Interessen und Fähigkeiten eingehend zu befassen und auf diesem Gebiet dazu zu lernen, wird im späteren Arbeitsleben einige Vorteile nutzen können.

In der heutigen Zeit reicht es nicht, sich auf einmal Gelerntem auszuruhen. Ständiges Lernen begleitet die Menschen durch ihre gesamte berufliche Laufbahn. Sich selbst etwas beizubringen und eigenständiges Lernen, müssen die Schulen den Kindern beibringen. Die Grundlagen des Wissens legen die Schulen mit ihren Vorgaben durch Bund und Länder. Was die Kinder darüber hinaus erlernen wollen, sollte Ihnen selbst überlassen werden. Die Möglichkeiten, was sie sich an Fähigkeiten und Fertigkeiten aneignen möchten, muss ihnen die Schule zur Verfügung stellen. Je vielfältig die Angebote sind, umso größer die Entfaltungsmöglichkeiten für die Schüler.

Die meisten guten Schulen haben erkannt, dass Kinder individuell lernen wollen und selbst bestimmen wann, wie und was sie lernen möchten.

Anlage

1. Fragebogen Freies Gymnasium Penig

Frage 1

Wie wurden Sie auf das Freie Gymnasium Penig aufmerksam? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ durch die Homepage des Freien Gymnasiums Penig bzw. Internet
- ☐ durch Zeitungsartikel über das Gymnasium
- ☐ durch Empfehlungen von Bekannten und Verwandten
- ☐ durch Empfehlung des Grundschulpädagogen Ihres Kindes
- ☐ durch Infoabende an der Grundschule
- ☐ durch Besuche von Tagen der offenen Tür des Gymnasiums
- ☐ Geschwister gehen bereits an die Schule
- ☐ sonstige: _____

Frage 2

Wo haben Sie Informationen über das Freie Gymnasium Penig eingeholt?
(Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ über die Homepage des Freien Gymnasiums Penig
- ☐ durch ein individuelles Gespräch mit der Schulleitung
- ☐ durch Besuche von Tagen der offenen Tür
- ☐ über Elternabende bzw. Infoabende an der Grundschule
- ☐ durch Bekannte oder Verwandte deren Kinder bereits an der Schule sind
- ☐ andere: _____

Frage 3

Nutzen Sie bereits die Homepage des Freien Gymnasiums Penig, um aktuelle Informationen über die Schule und den Schulalltag einzuholen?

- ☐ Ja, ich schaue regelmäßig auf die Internetseite der Schule
- ☐ Ja, ich nutze die Homepage, jedoch eher unregelmäßig
- ☐ Nein, ich nutze den Internetauftritt nicht, da er mir keine brauchbaren Informationen bringt
- ☐ Nein, ich habe kein Internetzugang
- ☐ keine Angaben

Frage 4

Welches waren die ausschlaggebenden bzw. wichtigsten Gründe für die Anmeldung Ihres Kindes am Freien Gymnasium Penig? (*Bitte max. 4 Gründe ankreuzen*)

- ☐ das Schulkonzept des Freien Gymnasium Penig
- ☐ die Lern- und Unterrichtsbedingungen am Freien Gymnasium Penig
- ☐ „gute“ Lehrer und Lehrerinnen
- ☐ Wunsch des Kindes
- ☐ Schulfreund/innen gehen auch an die Schule
- ☐ Geschwister in der Schule
- ☐ Nähe der Schule zum Wohnort
- ☐ Gute öffentliche Erreichbarkeit
- ☐ Nachmittagsbetreuung
- ☐ Internatsunterbringung möglich
- ☐ Aufnahme des Kindes auch ohne Bildungsaufnahme für das Gymnasium möglich
- ☐ das Freie Gymnasium ist eine Privatschule
- ☐ sonstige: _____

Frage 5

Spielte die Entrichtung des Schul- und Betreuungsgeldes eine entscheidende Rolle bei Ihrer Entscheidung?

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ keine Angaben

Frage 6

Konnte Ihr Kind durch einen sog. Schnuppertag am Unterricht des Gymnasiums vor Ihrer Anmeldung an der Schule teilnehmen?

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ keine Angaben

Wenn Ja, hat dieser Tag Ihre Entscheidung positiv beeinflusst?

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ keine Angaben

Frage 7

Kreuzen Sie bitte auf der Skala von 1-4 an, wie wichtig Ihnen die aufgeführten Kriterien bei der Schulwahl waren.

1=sehr wichtig, 2=wichtig, 3=weniger wichtig, 4=unwichtig

	1	2	3	4	weiß nicht
Lern- u. Unterrichtsmethoden					
mathematisch-naturwissenschaftliche Schwerpunktausrichtung					
gesellschaftswissenschaftliche Schwerpunktausrichtung					
Lern- und Unterrichts Atmosphäre					
Umgang der Schüler untereinander					
Ausstattung der Klassenzimmer/ der Schule					
Klassenstärke					
Lehrer-Schüler-Beziehung					
zusätzliche Exkursionen zum Unter- richtsstoff					
Ganztagsbetreuung					
Hausaufgabenbetreuung					
Nachhilfeangebote					
Förderangebote					
Arbeitsgemeinschaften					
Erfahrungen der Schule mit ADS/ADHS bzw. LRS-Kindern					
Motivation der Schüler					
Pädagogisch-didaktische Ausrichtung der Schule					
Der Umgang mit Drogenmissbrauch und Gewalt an der Schule					
Soziales Klima an der Schule					

Frage 8

Möchten Sie als Eltern bei Entscheidungen und Planungen der Schule aktiv mit einbezogen werden?

- ☐ Ja, Eltern sollten bei wichtigen Entscheidungen befragt werden
- ☐ Ja, diese Aufgabe sollte jedoch über den Elternrat erreicht werden
- ☐ Nein, ich möchte mich nicht aktiv beteiligen
- ☐ Nein, diese Aufgabe gehört ausschließlich in die Hände der Schulleitung und ggf. der Lehrerschaft
- ☐ Weiß nicht

Frage 9

Welche Erwartungen haben Sie an den Unterricht bzw. die Unterrichtsgestaltung des Freien Gymnasium Penig gegenüber staatlichen Gymnasien? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ besser ausgebildete Lehrer
- ☐ weniger Unterrichtsausfall
- ☐ Einsatz von vielfältigen Lernmethoden im Unterricht (z.B. freie Arbeit)
- ☐ besserer und häufigerer Einsatz von neuen Medien im Unterricht
- ☐ mehr Einsatz von Projekten und Exkursionen zu Unterrichtsthemen
- ☐ fächerübergreifende Abstimmung von Lehrplaninhalten
- ☐ Förderung des Einzelnen durch individuelles Eingehen des Lehrers auf den Schüler in der Stunde
- ☐ Mein Kind hat mehr Freude am Unterricht durch bessere Gestaltung einer Unterrichtsstunde durch den Lehrer
- ☐ mehr Lerninhalte bzw. zusätzliches Wissen kann vermittelt werden
- ☐ weniger Leistungskontrollen und Hausaufgaben
- ☐ mein Kind muss zuhause weniger lernen

Frage 10

Durch den Besuch meines Sohnes/ meiner Tochter am Freien Gymnasium Penig erwarte ich gegenüber einer staatlichen gymnasialen Schulausbildung (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ bessere berufliche Perspektiven für mein Kind
- ☐ besseres soziales Verhalten meines Kindes gegenüber Anderen
- ☐ mehr Selbstvertrauen meines Sohnes/ meiner Tochter
- ☐ bessere Förderung der Stärken meines Kindes
- ☐ bessere Noten
- ☐ eine gute Teamfähigkeit zu erlangen für sein/ihr späteres Berufsleben
- ☐ mein Kind ist selbstständiger als andere seines Alters
- ☐ optimale schulische Ausbildung

Frage 11 (Anm.: diese Frage haben ausschließlich die Eltern der Klasse 5 SJ 2008/09 auf ihrem Fragebogen beantworten können)

Wenn Sie an den Beginn des Schulbesuches Ihres Sohnes/Ihrer Tochter im September 2008 zurückdenken, haben sich Ihre damaligen Erwartungen an die Schule hinsichtlich Unterrichtsqualität, Umsetzung des pädagogischen Konzepts des Freien Gymnasium Penig und der Lern- und Arbeitsatmosphäre erfüllt?

- ☐ Ja, meine/unsere Erwartungen wurden sogar übertroffen
☐ Ja, meine/unsere Erwartungen wurden zu unserer Zufriedenheit erfüllt
☐ Nein, unsere Erwartungen wurden leider nicht erfüllt
☐ keine Angaben

Frage 12

Was sollte Ihrer Meinung nach am Freien Gymnasium Penig weiter verbessert bzw. eingeführt werden? z.B. bessere Ausstattung der Unterrichtsräume mit Technik, mehr sprachliche Angebote, mehr Kontakt zu Wirtschaft und Universitäten, Maßnahmen zur Verbesserung der Lern- und Arbeitsatmosphäre usw.

[illegible]

Frage 13

Hatte Ihr Kind bei der Wahl seiner künftigen Schule am Ende das letzte Wort?

- ☐ Ja, mein Sohn/ meine Tochter konnte sich frei und ohne unsere Beeinflussung entscheiden
- ☐ Ja, wir haben uns jedoch gemeinsam für eine Schule entschieden
- ☐ Nein, wir haben uns gegen den Wunsch unseres Kindes entschieden
- ☐ Nein, unser Kind hatte bei der Schulauswahl generell kein Mitspracherecht
- ☐ Keine Angaben

Frage 14

Sind Sie der Meinung, dass Ihr Kind mit dem Besuch des Freien Gymnasiums Penig optimal auf sein späteres Berufsleben vorbereitet wird?

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ keine Angaben

Zum Schluss noch ein paar statistische Angaben

1. Wie alt sind Sie?

- ☐ 20-29 Jahre
- ☐ 30-39 Jahre
- ☐ 40-49 Jahre
- ☐ 50-59 Jahre
- ☐ > 60 Jahre

2. Zu welcher Berufsgruppe gehören Sie? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Angestellter
- ☐ Arbeiter
- ☐ Beamter
- ☐ Selbstständig
- ☐ Arbeitssuchend

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

2. Fragebogen Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz

Frage 1

Wie wurden Sie auf das Johann-Mathesius-Gymnasium aufmerksam? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ durch die Homepage des Gymnasiums bzw. Internet
- ☐ durch Zeitungsartikel über das Gymnasium
- ☐ durch Empfehlungen von Bekannten und Verwandten
- ☐ durch Empfehlung Grundschulpädagogen Ihres Kindes
- ☐ durch Infoabende an der Grundschule
- ☐ durch Besuche von Tagen der offenen Tür des Gymnasiums
- ☐ Geschwister gehen bereits an die Schule
- ☐ sonstige: _____

Frage 2

Wo haben Sie Informationen über das Gymnasium eingeholt? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ über die Homepage des Gymnasiums
- ☐ durch ein individuelles Gespräch mit der Schulleitung
- ☐ durch Besuche von Tagen der offenen Tür
- ☐ über Elternabende bzw. Infoabende an der Grundschule
- ☐ durch Bekannte oder Verwandte deren Kinder bereits an der Schule sind
- ☐ andere: _____

Frage 3

Konnte Ihr Kind durch einen sog. Schnuppertag am Unterricht des Gymnasiums vor Ihrer Anmeldung an der Schule teilnehmen?

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ keine Angaben

Wenn Ja, hat dieser Tag Ihre Entscheidung positiv beeinflusst?

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ keine Angaben

Frage 4

Haben Sie bei der Schulwahl auch eine freie bzw. private Schule in Erwägung gezogen?

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ keine Angaben

Wenn Ja, was waren die ausschlaggebenden Gründe sich gegen eine freie bzw. private Schule zu entscheiden?

Frage 5

Welches waren die ausschlaggebenden bzw. wichtigsten Gründe für die Anmeldung Ihres Kindes an diesem Gymnasium? **(Bitte max. 4 Gründe ankreuzen)**

- ☐ das Schulkonzept des Gymnasiums
- ☐ die Lern- und Unterrichtsbedingungen der Schule
- ☐ „gute“ Lehrer und Lehrerinnen
- ☐ Wunsch des Kindes
- ☐ Schulfreund/innen gehen auch an die Schule
- ☐ Geschwister sind an der Schule
- ☐ Nähe der Schule zum Wohnort
- ☐ Gute öffentliche Erreichbarkeit
- ☐ Nachmittagsbetreuung
- ☐ angebotene zusätzliche Arbeitsgemeinschaften
- ☐ ich/wir besuchte(n) selbst diese Schule
- ☐ sonstige: _____

Frage 6

Kreuzen Sie bitte auf der Skala von 1-4 an, wie wichtig Ihnen die aufgeführten Kriterien bei der Schulwahl waren.

1=sehr wichtig, 2=wichtig, 3=weniger wichtig, 4=unwichtig

	1	2	3	4	weiß nicht
Lern- u. Unterrichtsmethoden					
Schwerpunktausrichtung					
Lern-und Unterrichts Atmosphäre					
Umgang der Schüler untereinander					
Ausstattung der Klassenzimmer/ der Schule					
Klassenstärke					
Lehrer-Schüler-Beziehung					
zusätzliche Exkursionen zum Unterrichtsstoff					
Ganztagsbetreuung					
Hausaufgabenbetreuung					
Nachhilfeangebote					
Förderangebote					
Arbeitsgemeinschaften					
Erfahrungen der Schule mit ADHS bzw. LRS-Kindern					
Motivation der Schüler					
Pädagogisch-didaktische Ausrichtung der Schule					
Der Umgang mit Drogenmissbrauch und Gewalt an der Schule					
Das soziale Klima am J.-M.-Gymnasium					

Frage 7

Möchten Sie als Eltern bei Entscheidungen und Planungen der Schule aktiv mit einbezogen werden?

- ☐ Ja, Eltern sollten bei wichtigen Entscheidungen befragt werden
- ☐ Ja, diese Aufgabe sollte jedoch über den Elternrat erreicht werden
- ☐ Nein, ich möchte mich nicht aktiv beteiligen
- ☐ Nein, diese Aufgabe gehört ausschließlich in die Hände der Schulleitung und ggf. der Lehrerschaft
- ☐ Weiß nicht

Frage 8

Welche der aufgeführten Punkte sollten aus Ihrer Sicht an Gymnasien im Allgemeinen verbessert werden?

- ☐ Lehrerausbildung
- ☐ kleinere Klassen
- ☐ weniger Unterrichtsausfall
- ☐ Einsatz von vielfältigen Lernmethoden im Unterricht (z.B. freie Arbeit, Konzentrationsübungen)
- ☐ besserer und häufigerer Einsatz von neuen Medien im Unterricht
- ☐ mehr Einsatz von Projekten und Exkursionen zu Unterrichtsthemen
- ☐ fächerübergreifende Abstimmung von Lehrplaninhalten
- ☐ Förderung des Einzelnen durch individuelles Eingehen des Lehrers auf den Schüler in der Stunde
- ☐ Bessere Gestaltung einer Unterrichtsstunde durch den Lehrer
- ☐ Vermittlung von mehr Lerninhalten bzw. zusätzliches Wissen
- ☐ weniger Leistungskontrollen und Hausaufgaben
- ☐ der Schüler sollte zu Hause weniger lernen müssen

Frage 9

Sind Sie der Meinung, dass Ihr Kind mit dem Besuch eines staatlichen Gymnasiums optimal auf sein späteres Berufsleben vorbereitet wird?

- ☐ Ja
- ☐ Nein
- ☐ keine Angaben

Frage 10

Was sollte Ihrer Meinung nach am Johann-Mathesius-Gymnasium zusätzlich eingeführt bzw. angeboten werden?

Frage 11

Bitte kreuzen Sie die zutreffenden Aussagen an. (Mehrfachnennungen möglich)
Durch den Besuch meines Sohnes/ meiner Tochter an diesem Gymnasium erwarte ich ...

- ☐ bessere berufliche Perspektiven für mein Kind
- ☐ besseres soziales Verhalten gegenüber Anderen
- ☐ mehr Selbstvertrauen meines Sohnes/ meiner Tochter
- ☐ bessere Förderung der Stärken meines Kindes
- ☐ bessere Noten
- ☐ einen gute Teamfähigkeit zu erlangen für sein/ihr späteres Berufsleben
- ☐ mein Kind ist selbstständiger als andere seines Alters
- ☐ optimale schulische Ausbildung

Frage 12

Hatte Ihr Kind bei der Wahl seiner künftigen Schule am Ende das letzte Wort?

- ☐ Ja, mein Sohn/ meine Tochter konnte sich frei und ohne unsere Beeinflussung entscheiden
- ☐ Ja, wir haben uns jedoch gemeinsam für eine Schule entschieden
- ☐ Nein, wir haben uns gegen den Wunsch unseres Kindes entschieden
- ☐ Nein, unser Kind hatte bei der Schulauswahl generell kein Mitspracherecht
- ☐ Keine Angaben

Zum Schluss noch ein paar statistische Angaben

1. Wie alt sind Sie?

- ☐ 20-29 Jahre
- ☐ 30-39 Jahre
- ☐ 40-49 Jahre
- ☐ 50-59 Jahre
- ☐ > 60 Jahre

2. Zu welcher Berufsgruppe gehören Sie? (Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Angestellter
- ☐ Arbeiter
- ☐ Beamter
- ☐ Selbstständig
- ☐ Arbeitssuchend

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

3. Zeugnisentwurf zur Schulqualität des Freien Gymnasium Penig

Stellen Sie dem Freien Gymnasium ein Zeugnis für seine Schulqualität aus. Nutzen Sie dafür die allgemein bekannten Schulnoten von 1-6.

Zur Erleichterung hier eine Interpretation der Notenstufen auf der Grundlage eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz:

1 (<i>sehr gut</i>)	–wenn die Leistung den Anforderungen in besonderem Maße entspricht.
2 (<i>gut</i>)	–wenn die Leistung den Anforderungen voll entspricht.
3 (<i>befriedigend</i>)	–wenn die Leistung im Allgemeinen den Anforderungen entspricht.
4 (<i>ausreichend</i>)	–wenn die Leistung zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht.
5 (<i>mangelhaft</i>)	– wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden können.
6 (<i>ungenügend</i>)	–wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht und selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, dass die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden können.

Bereiche der Schulqualität	Note
1. <u>Lehren und Lernen</u>	
Lernatmosphäre	
Leistungskontrolle	
Wahlmöglichkeiten u. Vielfalt an Unterrichtsangeboten	
Vielfältige Angebote über den Unterricht hinaus	
Unterrichtsgestaltung	
2. <u>Schulkultur</u>	
Soziales Klima	
Förderung leistungsstarker und leistungsschwacher Schüler	
Räumliche Gestaltung/ Qualität der Räumlichkeiten	
Werte und Normen der Schule	
3. <u>Ergebnisse</u>	
Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages (Vermittlung von Wissen, Werten, Kompetenzen u. Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung)	
Schulzufriedenheit der Schüler (bzw. Eltern)	
Identifikation mit der Schule/ Schulverbundenheit	

4. <u>Kommunikation</u>	
Kommunikationsqualität zwischen den Schülern (bzw. Eltern)	
Kommunikationsqualität zwischen den Schülern (bzw. Eltern) und Lehrern	
5. <u>Kooperation</u>	
Schülermitbestimmung bei der Gestaltung des Schullebens (Mitwirkung der Eltern am schulischen Leben, Mitwirkungs-gremien)	
Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen	
Zusammenarbeit mit Unternehmen	
Zusammenarbeit mit Verbänden, Vereinen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen	

Literaturverzeichnis

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.) 2008

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.): Schule und Bildung in Bayern 2008. München : Kastner AG, 2008. – 230 S.
(Reihe A, Bildungsstatistik Heft 50)

Boden 2003

Boden, Wiebke: Freie Schulen, Staatsschulen, Privatschulen. 1. Aufl. Hannover : GRIN, 2003. – 16 S.

Berg/Führ/Furck ... (Hrsg.) 1998

Berg, Christa; Führ, Christoph; Furck, Carl-Ludwig ... (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. München : Beck
Band IV 1945 bis zur Gegenwart. - Teilbd. 2. Deutsche Demokratische Republik und neue Bundesländer. – 1998. – 468 S.

Cortina/Baumert/Leschinsky ... (Hrsg.) 2008

Cortina, Kai S.; Baumert, Jürgen; Leschinsky, Achim ... (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. vollständig neu überarb. Ausgabe. Reinbek : Rowohlt, 2008. – 848 S.

Kaschütz 1998

Kaschütz, Horst: Welche Schule für mein Kind?. 1. Aufl. Grafing : Aquamarin, 1998. – 106 S.

Konrad 2007

Konrad, Franz-Michael: Geschichte der Schule – Von der Antike bis zur Gegenwart. Originalausgabe München : Beck, 2007. – 124 S.

Liedtke 1997

Liedtke, Max (Hrsg.): Handbuch der Geschichte des Bayerischen Bildungswesens. Bad Heilbrunn/Obb. : Klinghardt
Band 3 Geschichte der Schule in Bayern von 1918 bis 1990. – 1997. – 1146 S.

Papenfuss 2009

Papenfuss, Heike: Lernen geht auch anders-Reformschulen sind die bessere Alternative. Düsseldorf : Patmos, 2009. – 197 S.

Sächsisches Staatsministerium für Kultus (Hrsg.) 2006

Sächsisches Staatsministerium für Kultus (Hrsg.): Fit für die Zukunft-Mittelschulen und Gymnasien in Sachsen. Dresden, 2006. – 19 S.

Sächsisches Staatsministerium für Kultus (Hrsg.) 2007

Sächsisches Staatsministerium für Kultus (Hrsg.): Viele Wege zum Erfolg-Das sächsische Schulsystem. 2. Aufl. Dresden, 2007. – 26 S.

Sächsisches Staatsministerium für Kultus (Hrsg.) 2008

Sächsisches Staatsministerium für Kultus (Hrsg.): Der Weg zum Abitur. Dresden, 2008. – 36 S.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) 2008

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildung und Kultur Private Schulen Schuljahr 2006/07. Wiesbaden, 2008. – 230 S.
(Fachserie 11, Reihe 1.1)

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) 2008

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.): Bildung in Sachsen Sonderheft 2008. Kamenz, 2008. – 226 S.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) 2008

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.): Schüler- und Absolventenprognose für die Schuljahr 2008/09 bis 2020/21. Kamenz, 2008. – 4 S.

Einigungsvertrag 1990

EinigungsV (idF v. 31.08.1990) Art. 37

Gesetz über den Neuaufbau des Reiches 1934

Gesetz über den Neuaufbau des Reiches (idF v. 30.01.1934) Art. 1, 2, 6

Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft Freistaat Sachsen 2007

SächsFrTrSchulG (idF v. 01.08.2007) §§ 1, 2, 3, 4, 5, 8, 10, 14

Grundgesetz 1949

GG (idF v. 23.05.1949) Art. 7 (4), 23, 30

Schulgesetz Freistaat Sachsen 2008

SchulG Freistaat Sachsen (idF v. 01.08.2008) § 3 Abs. 1

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik 1949

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (idF v. 10.07.1949) Art. 17

Verfassung des Freistaates Bayern 1946

Verfassung des Freistaates Bayern (idF v. 02.12.1946) 2. Abschnitt Art. 128 (1), 129, 130 (1), 131 (1) (2) (3), 132, 133 (1), 134 (1), 135 (1), 136 (1) (2) (4), 137 (1)

Verfassung des Freistaates Bayern 1968

Verfassung des Freistaates Bayern (idF v. 01.08.1968) Art. 135

Weimer Reichsverfassung 1919

Weimarer Reichsverfassung (idFv. 11.08.1919) Art. 144, 146, 148, 149

Freies Gymnasium Penig, 2009

Freies Gymnasium Penig: Pressespiegel 1999-2009. Penig, 2009

Sächsische Evaluationsagentur für das Schulwesen, 2005

Sächsische Evaluationsagentur für das Schulwesen: Handreichung zum Verfahren der externen Evaluation an sächsischen Schulen Entwurf-Erprobungsphase. Dresden, 2005. – 39 S.

Sächsische Evaluationsagentur für das Schulwesen, 2005

Sächsische Evaluationsagentur für das Schulwesen: Bewertung schulischer Qualität: Beschreibung der ausgewählten Kriterien, Entwurf-Erprobungsphase. Dresden, 2005. – 20 S.

Bundeszentrale für politische Bildung 2009

Bundeszentrale für politische Bildung: Einigungsvertrag Artikel 37 Bildung. URL <www.bpb.de/wissen/3FBP_80,0,0,Kultur_Bildung_und_Wissenschaft_Sport.html>, verfügbar am 07.07.2009

Deutscher Bundestag 2009

Deutscher Bundestag <mail@bundestag.de>: Das Grundgesetz. URL <www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/grundgesetz.html>, verfügbar am 15.05.2009

DeutschlandRadio Berlin 2009

DeutschlandRadio Berlin <hoererservice@dradio.de>: Die deutsche Bildungskatastrophe. URL <www.dradio.de/dlr/sendungen/merkmal/230644/>, verfügbar am 12.04.2009

DocumentArchiv.de 2009

DocumentArchiv.de: Die Verfassung der DDR. URL: <www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html>, verfügbar am 12.05.2009
DocumentArchiv.de: Gesetz über den Neuaufbau des Reiches. URL <www.documentarchiv.de/ns/neu-reich.html>, verfügbar am 12.04.2009
DocumentArchiv.de: Grundgesetz der BRD. URL: <www.documentarchiv.de/brd/grundgesetz.html>, verfügbar am 14.05.2009
DocumentArchiv.de: Weimarer Reichsverfassung. URL: <www.documentarchiv.de/wr/wrv.html>, verfügbar am 12.04.2009

Focus Online 2009

Focus Online: Focus Schule: Lernen Teil 1 –Waldorfschulen Lernen mit allen Sinnen. URL <www.focus.de/schule/lernen/teil1-und150-waldorfschule-lernen-mit-allen-sinnen.html>, verfügbar am 12.07.2009
Focus Online: Focus Schule Privatschulen von A-Z. URL <www.focus.de/intern/archiv/schule-privatschulen-von-a-z.html>, verfügbar am 19.07.2009

Focus Schule - Schulkompass 2009

Focus Schule - Schulkompass: Eins zu Null für Privatschulen. URL <www.schulkompass.de/Artikel/AuswertungPrivatschulen/de>, verfügbar am 19.07.2009

Freies Gymnasium Penig 2009

Freies Gymnasium Penig <info@freiesgymnasumpenig.de>: Aktuelles Schuljahr Höhepunkte 1. Halbjahr. URL <www.freiesgymnasumpenig.de/index2.htm>, verfügbar am 22.07.2009
Freies Gymnasium Penig <info@freiesgymnasumpenig.de>: Erfolge. URL <www.freiesgymnasumpenig.de/index2.htm>, verfügbar am 22.07.2009

GLS Bank 2009

GLS Bank: GLS Bank stellt erstmals Branchenbericht „Freie und Alternativpädagogik“ auf der Grundlage neuester Daten und Fakten vor. URL <www.gls.de/die-gls-bank/presse/aktuelle-pressemeldungen/detail/datum/2007/05/15/gls-bank-stellt-erstmals-branchenbericht-freie-und-alternativpaedagogik-auf-der-grundlage-neuester.html>, verfügbar am 28.07.2009

Institut für Bildungsökonomie an der Freien Hochschule für anthroposophische Pädagogik Mannheim 2009

Institut für Bildungsökonomie an der Freien Hochschule für anthroposophische Pädagogik Mannheim: Freie Waldorfschulen und Schülerzahlen in den Bundesländern Schuljahr 2007/08. URL <www.bildungsoekonomie-waldorf.de/pdfs/schuelerzahlen/WS_Reg_08.pdf>, verfügbar am 19.07.2009

Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz 2009

Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz <jomagym@gmx.de>: Statistik. URL <www.mathesius.de/schulinfos/statistik/index.htm>, verfügbar am 23.07.2009

Landesgymnasium Sankt Afra zu Meißen 2009

Landesgymnasium Sankt Afra zu Meißen: Fundamentum und Additum. URL <www.sankt-afra.de/index.php?id=38>, verfügbar am 26.07.2009

Montessori Dachverband Deutschland e.V. 2009

Montessori Dachverband Deutschland e.V. <kontakt@montessori-deutschland.de>: Montessori-Einrichtungen. URL <www.montessori-deutschland.de/einrichtungen.html>, verfügbar am 24.07.2009

Montessori Dachverband Deutschland e.V. <kontakt@montessori-deutschland.de>: Marie Montessori. URL <www.montessori-deutschland.de/746/Maria_Montessori.html>, verfügbar am 22.07.2009

Profiling Institut 2009

Profiling Institut: Privatschulen – Hintergrund. URL <www.privatschulen24.de/privatschulen.html>, verfügbar am 19.07.2009

RP Online 2009

RP Online: Serie "Auf ins Leben" Boom bei Privatschulen. URL <www.rp-online./public/article/bildung/81841/Boom-bei-Privatschulen.html>, verfügbar am 19.07.2009

Sächsische Schuldatenbank 2009

Sächsische Schuldatenbank: Suche nach Einrichtungen. URL <www-db.sn.schule.de/index.php?id=25>, verfügbar am 28.07.2009

Sächsische Schuldatenbank: Schulporträt Sachsen, Johann-Mathesius-Gymnasium Rochlitz. URL <www-db.sn.schule.de/output/210_db.php?dc=4240347>, verfügbar am 29.07.2009

Sekretariat der Kultusministerkonferenz 2009

Sekretariat der Kultusministerkonferenz <poststelle@kmk.org>: Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2008 (2). URL <www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Defkat2008_2__m_Anlagen_01.pdf>, verfügbar am 02.07.2009

Sekretariat der Kultusministerkonferenz <poststelle@kmk.org>: Zur Geschichte der Kultusministerkonferenz 1948-1998. URL <www.kmk.org/wir-ueber-uns/gruendung-und-zusammensetzung/zurgeschichte-der-kultusministerkonferenz-1948-1998.html>, verfügbar am 24.05.2009

Statistisches Bundesamt Deutschland 2009

Statistisches Bundesamt Deutschland: Allgemeinbildende Schulen Schüler/innen mit fremdsprachlichem Unterricht. URL <www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Schulen/Tabellen/Content50/AllgemeinbildendeSchulenFremdsprachUnterricht.psm1>, verfügbar am 04.08.2009

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2009

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen <Presse@statistik.sachsen.de>: Jeder achte Schüler in Sachsen lernt an einer der 340 Schulen in freier Trägerschaft. URL: <www.statistik.sachsen.de/12/pressearchiv/archiv2008/pm03108.htm>, verfügbar am 02.04.2009

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen <Presse@statistik.sachsen.de>: Tabelle. URL: <www.statistik.sachsen.de/21/02_02/02_04_tabelle.as>, verfügbar am 07.07.2009

TU Dresden 2009

TU Dresden: Entstehung und Vorgeschichte höherer Bildung. URL: <www.tu-dresden.de/kollegLLL/Seminar_Wolter/Folien_Gymnasium.pdf>, verfügbar am 10.04.2009

Universität Turin, Archiv der Rechts- und Verfassungsgeschichte 2009

Universität Turin, Archiv der Rechts- und Verfassungsgeschichte: Die Verfassung des Freistaates Bayern 1946. URL <www.dircost.unito.it/cs/docs/bayern1946.html>, verfügbar am 14.05.2009

Verfassungen der Welt 2009

Verfassungen der Welt: Verfassung Bundesrepublik Deutschland. URL <www.verfassungen.de/de/de49/gg49-55-i.html>, verfügbar am 18.07.2009

Weltsprachen.net 2009

Weltsprachen.net: Weltsprachen-Rangliste. URL <www.weltsprachen.net>, verfügbar am 05.08.2009

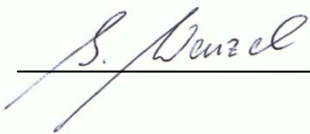
Wikipedia.org 2009

Wikipedia.org: Die Ursulinen. URL: <de.wikipedia.org/wiki/Ursulinen>, verfügbar am 10.04.2009

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt, sämtliche Quellen ordnungsgemäß zitiert und markiert und die Arbeit an keiner anderen Einrichtung bereits eingereicht habe.

Penig, den 16.08.2009



A handwritten signature in black ink, reading "S. Denzel", is written over a horizontal line. The signature is enclosed within a light green rectangular box.

